ISSN: 1865-9632

3,50 Euro
(Ausland: 5,00)

Lotta

Antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen

#69
Winter 2017/2018
lotta-magazin.de

DER RECHTE HAKEN

Neonazis & Kampfsport

Außerdem: Die extreme Rechte und Katalonien // Extremismusklausel 2.0 in Hessen // §219a: Ärzt*innen im Kreuzfeuer

Editorial

Liebe Leser_innen,

vorweg eine Bitte und ein Hinweis in eigener Sache: In Kürze werden wir eine Abo-Kampagne („300plus“) starten, mit dem Ziel, uns bis Ende 2018 über 300 zusätzliche Lotta-Abos freuen zu dürfen, um mehr Planungssicherheit zu haben. Im Zeitalter der Digitalisierung ist das kein einfaches Unterfangen. Werbematerial kann ab dem 1. März 2018 unter lotta-vertrieb@nadir.org angefordert werden. Bitte helft uns bei der Verbreitung und weist Freund_innen, Kolleg_innen und Genoss_innen auf die Lotta hin. Bitte beachtet auch den neuen Abopreis von 18,- Euro im Jahr inklusive Versand *(https://www.lotta-magazin.de/abo)*. Der Laden- und Handverkaufspreis von 3,50 Euro bleibt aber.

Die im Schwerpunkt „Polizei und Politik“ der Lotta #68 behandelten Themen begleiten uns auch weiterhin, insbesondere im Nachgang des G20-Gipfels in Hamburg. Ende Dezember startete die Polizei eine Öffentlichkeitsfahndung, die von den Medien aufgegriffen wurde. Die „schweren Vorwürfe“, die für eine solche Maßnahme nötig sind, beschränkten sich in der Regel auf „Plünderungen“ und „Landfriedensbruch“. Auf der Ebene der Repression scheint nach dem G20 alles möglich zu sein. Bereits im Oktober wurde in NRW die erst Ende 2016 eingeführte Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamt_innen wieder abgeschafft. Dies macht es erneut noch schwieriger, Polizist_innen nach Angriffen zu identifizieren. Und diese Übergriffe gibt es. So wurden Anfang Dezember beim AfD-Bundesparteitag in Hannover drei Antifaschist_innen von mehreren Polizist_innen zusammengeschlagen, als sie, wehrlos auf dem Boden liegend und in einer Betonpyramide eingehakt, eine Straße blockieren wollten. Einer der Angegriffenen erlitt offene Unterschenkelknochenbrüche, musste mehrere Stunden operiert werden und wird lange mit dieser Verletzung zu kämpfen haben. Wir wünschen ihm an dieser Stelle eine schnelle Genesung. Lass dich nicht unterkriegen! Am selben Morgen räumte die Polizei eine Sitzblockade mit Wasserwerfern, bei Temperaturen um den Gefrierpunkt. Beides ein Vorgeschmack auf kommende Tage.

Was sich in Deutschland die AfD noch erträumt, ist in Österreich bereits Realität. Die FPÖ stellt zusammen mit der ÖVP die Regierung, der FPÖ-Vorsitzende Heinz-Christian Strache ist Vizekanzler, das Innenministerium in den Händen der FPÖ. Schon im Wahlkampf zeigte sich, dass beide Parteien inhaltlich kaum noch zu unterscheiden sind, sie präsentierten eine Mixtur aus Sozialkürzungen, Autoritarismus und Abschottung gegenüber Einwanderer_innen und Flüchtlingen. Immerhin setzten Antifaschist_innen am Tag der „Regierungsangelobung“ in Wien mit verschiedenen Aktionen und Demonstrationen ein starkes Zeichen.

Wie immer möchten wir zum Schluss allen danken, die zur Entstehung dieser Ausgabe beigetragen haben. Ein besonderer Dank geht an den Übersetzer des Katalonien-Artikels und an unseren Gastautor Rainer Roeser, der zum wiederholten Male auf unsere Anfrage hin einen Artikel über die AfD beigesteuert hat.

Ein kämpferisches 2018 wünscht eure Lotta-Redaktion.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe war der 31. Dezember 2017. Aktuellere Entwicklungen konnten nur in einzelnen Beiträgen berücksichtigt werden. Erscheinungsdatum ist der 29. Januar 2018.

ERRATUM

Natürlich heißt der AfD-Politiker Tillschneider (MdL Sachsen-Anhalt) mit Vornamen nicht „Hans-Christian“, wie es in Lotta #68 auf Seite 45 steht, sondern Hans-Thomas. Ein Fehler hat sich auch auf Seite 19 eingeschlichen. Der von Kay Diesner verübte Mord war natürlich im Jahr 1997 und nicht 2007. Sorry!

Inhaltsverzeichnis

Gesellschaft

Unter Generalverdacht ..... Seite 4
Die hessische Extremismusklausel 2.0

Ärzt*innen im Kreuzfeuer ..... Seite 6
Der §219a und die Kriminalisierung von Abtreibungen

Schwerpunkt

Neonazis und Kampfsport ..... Seite 9
Eine Einleitung in den Schwerpunkt

Kämpfen für die Volksgemeinschaft ..... Seite 10
Neonazis und Kampfsport

Bestens vernetzt ..... Seite 14
Schlaglichter auf das europäische Nazikampfsport-Netzwerk

Mehr als nur Klamotten ..... Seite 16
Extrem rechte Kampfsportmarken im Überblick

Freundschaftliche Beziehungen und rechte Ansichten ..... Seite 19
Bedeutung von Kampfsport in rechten Fußballfanszenen

Krieger und Walküre ..... Seite 22
Geschlechterverhältnisse im Kontext von Kampfsport in der extremen Rechten

„Uns geht es nicht um die Diskreditierung des Sports“ ..... Seite 25
Interview mit „Runter von der Matte. Kein Handshake mit Nazis“

Extreme Rechte

Eine verfestigte Szene ..... Seite 27
Neonazismus in Hamm — ein aktueller Überblick

Feindliche Übernahme ..... Seite 29
„Neue Rechte“ und Neonazis auf der Frankfurter Buchmesse

Frauen in der „Identitären Bewegung“ ..... Seite 32
Strategien, Diskurse und Geschlechterbilder

Zwischen Höhenflug und Marginalisierung ..... Seite 35
Die extreme Rechte im nördlichen Rheinland-Pfalz im Jahr 2017

Unter freiem Himmel ..... Seite 38
Demonstrative Rechtsaußen-Aktionen im 4. Quartal 2017

Kurzmeldungen ..... Seite 40
Fakten, Fakten, Fakten aus NRW, RLP und Hessen

Braunzone

„Bonnie und Clyde haben fertig“ ..... Seite 46
AfD in NRW mit neuem Landesvorstand

Kontext NSU

„Hier im Prozess sind meine Fragen nicht beantwortet worden“ ..... Seite 48
Die Plädoyers der Nebenklage im Münchener NSU-Prozess

Ungeklärte Fragen ..... Seite 52
Das Ende des hessischen Untersuchungsausschusses

Internationales

Gegen das Recht auf Selbstbestimmung Kataloniens .... Seite 55
Die spanische extreme Rechte verbündet sich mit dem Staat

(Anti)Rassismus

Überlebende fordern sicheren Aufenthalt und Anerkennung ..... Seite 58
23 Jahre nach dem Brandanschlag in Köln-Gremberg

Geschichte

„Ein halbes Jahrhundert des Vergessens“ ..... Seite 60
Die bis heute prekäre Erinnerung an die Opfer der „Aktion Reinhardt“

Rezensionen

Polens Rolle rückwärts / Der „Antibolschewistische Block der Nationen“ (ABN) / „Reichsbürger“ unter der Lupe / Das NSU-Unterstützungsnetzwerk in Sachsen ..... Seite 64

Von Simon Tolvaj

Unter Generalverdacht

Die hessische Extremismusklausel 2.0

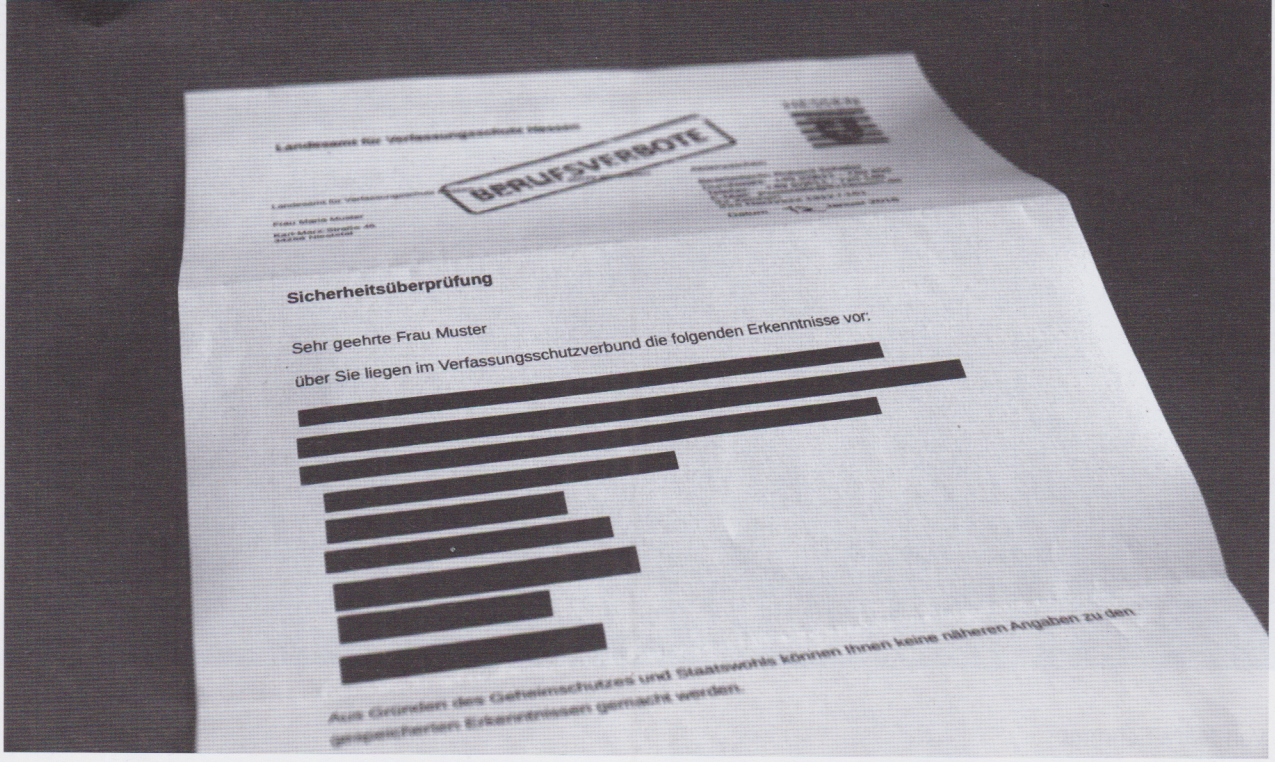
Mit dem Zuwendungsbescheid für das Jahr 2018 sollte eine verpflichtende Sicherheitsüberprüfung für Mitarbeiter_innen der hessischen Präventionsprojekte durch den Verfassungsschutz eingeführt werden. Nach großem medialen Protest und einer bundesweiten Solidaritätswelle mit den Projektträgern ruderte das Innenministerium zwar ein Stück zurück; ganz vom Tisch ist die Überprüfung aber nicht.

Die hessische CDU ist das Epizentrum der Extremismusklauseln. Die aus Hessen stammende Bundesfamilienministerin **Kristina Schröder** hatte es 2011 zur Bedingung für eine Förderung aus Bundesprogrammen gemacht, dass die Antragssteller eine „Demokratieerklärung" unterzeichnen, in der sie sich zur „Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung" (FDGO) bekennen und versichern, dafür Sorge zu tragen, dass auch ihre Kooperationspartner sich den Zielen des Grundgesetzes verpflichtet fühlen. Nach lauten Protesten schaffte Schröders Nachfolgerin **Manuela Schwesig** 2014 die Klausel wieder ab. Nun wagt das hessische Innenministerium einen erneuten Versuch, der weit über Schröders altes Vorhaben hinausgeht. Ganz in extremismustheoretischer Manier hat es die Auseinandersetzungen um die akzeptierende Jugendarbeit im Bereich Salafismus in Hessen zum Anlass genommen, alle Berater_innen unter „Extremismus"-Verdacht zu stellen. Die Finanzierung für demokratiefördernde Projekte aus Landes- und Bundesmitteln sollte an eine verpflichtende „Sicherheitsüberprüfung" durch das hessische Landesamt für Verfassungsschutz (VS) geknüpft werden. Geplant war, die Mitarbeiter_innen auf Einträge im Nachrichtendienstlichen Informationssystem (NADIS) zu prüfen und gegebenenfalls eine Weiterbeschäftigung zu untersagen. Weder das Einholen der Auskunft noch eine mögliche Kündigung sollten von der betroffenen Mitarbeiter_in nachvollzogen werden können — schließlich sind die VS-Erkenntnisse geheim.

Schon heute existieren neben der Eignungsfeststellung durch die Träger im Bewerbungsverfahren feste Prüfmechanismen: Das Bekenntnis der Mitarbeiter_innen zur FDGO ist seit je verpflichtende Praxis, die Vorlage des polizeilichen Führungszeugnisses in vielen pädagogischen Bereichen Standard; doch nicht einmal für ein Beamt_innenverhältnis ist eine geheimdienstliche Überprüfung notwendig. Diese betrifft lediglich Beschäftigte, die mit geheimen staatlichen Informationen oder an sicherheitsrelevanten Stellen wie Atomkraftwerken arbeiten. Der hessische Innenminister **Peter Beuth** meinte nun, auch Menschen sollten dazu zählen, die Workshops zu Rassismus an Schulen anbieten.

Bundesweiter Gegenwind

Zurecht empörte der Vorstoß die bundesdeutsche Beratungslandschaft, als das Vorhaben Ende November durch eine Stellungnahme des *Mobilen Beratungsteams Hessen* aus Kassel öffentlich gemacht wurde. Rasch schloss sich der Bundesverband der Mobilen Beratungen mit kritischen Äußerungen an; es folgten solidarische Stellungnahmen mehrerer politischer Bildungsvereinigungen und aus der sozialwissenschaftlichen Forschung. Alle monierten den Vertrauensbruch gegenüber den langjährigen Kooperationspartnern. Die öffentliche Gegenwehr zeigte Wirkung. Bereits Mitte Dezember ruderte Beuth zurück und kündigte an, von einer Überprüfung der bestehenden Projektträger abzusehen. Bestehen bleiben soll jedoch die Prüfung neuer Träger sowie die Prüfung „begründeter Einzelfälle". Damit ist zwar die akute Bedrohung bestehender Strukturen vorerst vom Tisch; der VS wird aber dennoch in seiner Stellung gestärkt, und es bleibt ein diffuses Bedrohungsszenario für einzelne Mitarbeiter_innen.



Beratung und Geheimdienst

Der hessische VS besaß bereits vor der Neuerung einen weitreichenden Einfluss auf die Beratungsstruktur. Das *beratungsNetzwerk Hessen* fungiert in dem Bundesland als Kernorganisation, in der die gesamte hessische Beratungspraxis organisiert und verwaltet wird. Es ist organisatorisch und finanziell beim Innenministerium angesiedelt. Zusammen mit dem kürzlich gegründeten *Demokratiezentrum* an der *Philipps-Universität* Marburg stellt es die Schnittstelle zwischen den meisten frei arbeitenden Berater_innen beziehungsweise deren Trägerorganisationen und dem Innenministerium dar. Es ergibt sich dadurch zweierlei: eine zentralisierte Organisation der Beratungsstrukturen und eine direkte Anbindung an das hessische Innenministerium. Letzteres wird vom „Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus" der Hochschule Düsseldorf (FORENA) in einer solidarischen Stellungnahme kritisiert. Die FORENA fordert, die Beratung organisatorisch anders anzugliedern, da sie beim Innenministerium nicht in den richtigen Händen sei. In anderen Bundesländern, etwa in NRW, liegt die Verantwortung beim Familienministerium. Durch die Anbindung an das Innenministerium ist eine Nähe zu den Sicherheitsbehörden unumgänglich; sie sind Teil des Beratungsnetzwerkes und seiner Lenkungsgruppe, des regelmäßigen Koordinationstreffens der Trägerorganisationen. Der VS sitzt dort als ungleicher Partner mit den zivilgesellschaftlichen Akteur_innen an einem Tisch und hat als einziger eine Kontroll- und Vetofunktion, ohne selbst auch nur annähernd Transparenz über seine Arbeitsweise zu bieten. Eine gesonderte Prüfung der Mitarbeiter_innen scheint auch deshalb absurd, weil der VS durch die Struktur in regelmäßigem Kontakt mit den Projektträgern steht und man im *beratungsNetzwerk Hessen* auf eine zehnjährige gemeinsame Praxis verweisen kann.

Es scheint paradox: Je weiter nach der NSU-Enttarnung die Glaubwürdigkeit des hessischen Inlandsgeheimdiensts und sein Ansehen in der Zivilgesellschaft sinken, je mehr er die Aufklärung des NSU-Komplexes in Hessen verhindert (siehe hierzu S. 52 ff.), desto mehr Stellen und Kompetenzen schreibt ihm die schwarz-grüne Regierung Hessens zu. Obwohl eklatante Missstände in der hessischen Behörde offensichtlich wurden, wird an einem Ausbau der VS-Strukturen und -Kompetenzen festgehalten. 2013 wurde die Behörde einer internen Revision unterzogen, in deren Zuge das *Hessische Informations- und Kompetenzzentrum Extremismus* (HKE) gegründet wurde. Dieses Gremium aus Ministerien und Sicherheitsbehörden vergibt seither die Mittel zur Demokratieförderung. Schon vor der Einführung einer Mitarbeiter_innenprüfung gehen die Gelder in Hessen also durch die Hände des Verfassungsschutzes.

Nichts aufgeklärt, nichts gelernt

Und es geht noch weiter: Noch bevor der hessische NSU-Untersuchungsausschuss seinen Bericht verfasst hat, bringt die Regierung ein neues VS-Gesetz auf die Schiene, das eine neue Dimension an Kompetenzerweiterung für den VS mit sich bringt. Onlinedurchsuchungen und ein immens eingeschränktes Auskunftsrecht sind dabei nur Teilaspekte. Der Versuch, ausgerechnet den VS in das Verfahren zur Einstellung neuer Mitarbeiter_innen bei Demokratieprojekten einzubringen, sagt viel über das Demokratieverständnis aus — nicht über das der Projektmitarbeiter_innen, sondern über das der Regierung.

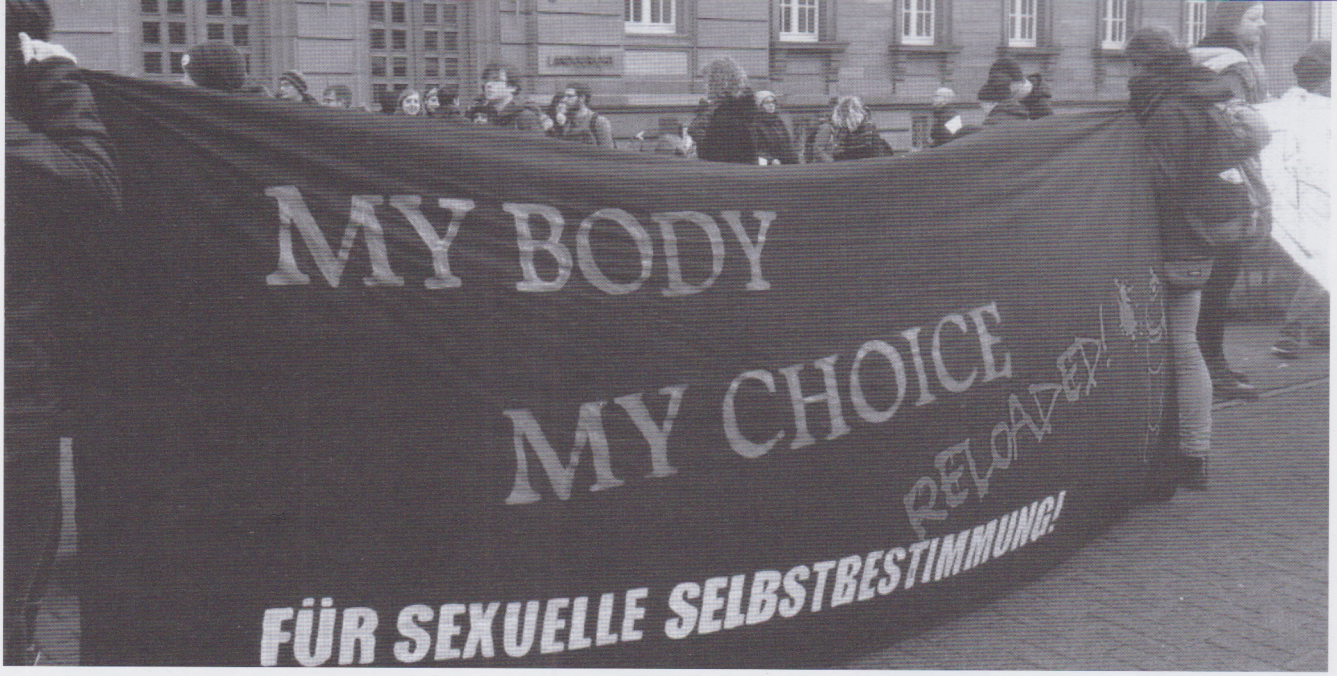


Foto: Autonomes FrauenLesbenreferat Marburg

Von Mara Schmidt

Ärzt*innen im Kreuzfeuer

Der §219a und die Kriminalisierung von Abtreibungen

Am 24. November 2017 warteten etwa 300 Demonstrant*innen vor dem Amtsgericht im hessischen Gießen auf eine Urteilsverkündung. Angeklagt war die Ärztin Kristina Hänel, weil sie Schwangerschaftsabbrüche durchführt und dies auch auf ihrer Homepage aufführt. Letzteres ist laut §219a StGB als unerlaubte Werbung für Abtreibungen verboten. Anders als viele ihrer Kolleg*innen entfernte Hänel die Informationen nicht, wehrte sich juristisch und ging an die Öffentlichkeit.

In Deutschland hat die Kriminalisierung von Abtreibung eine lange Geschichte. Auch wenn der Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen heute gegeben ist, bleiben Abtreibungen auf Grundlage des §218 verboten und nur unter bestimmten Voraussetzungen für die schwangere Person und die behandelnden Ärzt*innen straffrei. Das Werbeverbot für Abtreibungen findet sich im §219a, einem Paragrafen, der 1933 als Teil der nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik installiert wurde und insbesondere jüdische, kommunistische und liberale Ärzt*innen kriminalisieren sollte. Der Paragraf differenziert jedoch nicht zwischen kommerzieller Werbung und sachlicher Information. Dies führt zu einer absurden Situation: Wer sich online informieren möchte oder Adressen von Ärzt*innen sucht, wird auf deren Webseiten nicht fündig, weil diese nicht einmal erwähnen dürfen, dass sie Schwangerschaftsabbrüche vornehmen. Stattdessen landet man schnell auf den Webseiten von Abtreibungsgegner*innen, die mit moralischen Vorhaltungen und Bildern von zerstückelten Föten Fehlinformationen verbreiten und ungewollt Schwangere gezielt zu verunsichern versuchen. Und der Fall **Kristina Hänel** macht noch etwas deutlich: Es sind Abtreibungsgegner*innen, die den §219a StGB zunehmend dafür benutzen, gezielt Ärzt*innen anzuzeigen und einzuschüchtern.

Selbsternannte „Lebensschützer"

Abtreibungsgegner*innen bezeichnen Schwangerschaftsabbrüche als Mord und inszenieren sich damit als „Lebensschützer". Unter diesem Label sammeln sich Personen und Gruppen aus unterschiedlichen politischen Spektren: christliche Fundamentalist*innen, Rechtskonservative und Teile der „Neuen Rechten". Neben der fundamentalen Ablehnung des Selbstbestimmungsrechts schwangerer Personen eint sie tiefsitzender Sexismus, Homo- und Trans*feindlichkeit: eine Feindschaft gegenüber geschlechtlicher und sexueller Vielfalt, die Ablehnung von gleichgeschlechtlicher Ehe und alternativen Familienmodellen sowie von Feminismus und „Gender-Ideologie". Die Aktivitäten der „Lebensschützer" umfassen hierzulande unterschiedliche Aktionsfelder. Organisiert als Vereine und Interessengruppen in Verbänden und Parteien betreiben sie Lobbyarbeit, starten Kampagnen und betreiben teilweise sogar eigene Beratungsstellen, in denen unge-

wollt Schwangere davon überzeugt werden sollen, die Schwangerschaft fortzusetzen.

„1000 Kreuze für das Leben"

Die wohl größte öffentliche Resonanz gab es in den vergangenen Jahren zu Trauermärschen und Gebetszügen, bei denen der „im Mutterleib getöteten Kinder" gedacht werden soll. Die größte solche Veranstaltung ist der vom *Bundesverband Lebensrecht* organisierte „Marsch für das Leben" in Berlin, der vor allem aus dem evangelikalen Spektrum getragen wird. In Münster, Fulda, München und Salzburg (Österreich) tritt **Wolfgang Hering** mit seinen erzkatholischen Vereinen *EuroProLife* und *Helfer für Gottes kostbare Kinder Deutschland e.V.* als Veranstalter von „1000 Kreuze für das Leben" auf. In Freiburg zeichnet die *Pius-Bruderschaft* verantwortlich, in Annaberg-Buchholz sind es die *Christdemokraten für das Leben.*

Relativierung und Instrumentalisierung der Shoah

Die „Lebensschützer" sind online stark präsent. Der Gießener Prozess hat insbesondere die Website von **Klaus Günter Annen** und seinem Verein *Initiative Nie wieder!* aus Weinheim in den Fokus gebracht. Auf *babycaust.de* und *abtreiber.com* betreibt Annen eine Art Online-Pranger für seine politischen Gegner*innen und veröffentlicht unter anderem Namen und Daten von als „Tötungsspezialisten" bezeichneten Ärzt*innen sowie Pharmavertreter*innen, Politiker*innen, Wissenschaftler*innen und Mitarbeiter*innen von *ProFamilia*. Zudem ereifert er sich in zahlreichen Anzeigen über Ärzt*innen, unter anderem auf Grundlage des Werbeverbots des §219a. Laut eigener Aussage hat er in den letzten 16 Jahren über 400 Strafanzeigen gestellt, von denen die meisten jedoch im Sande verliefen. Den Titel der Website *babykaust.de* hat Annen bewusst gewählt. Er setzt damit die Beendigung einer Schwangerschaft mit dem Massenmord an den europäischen Jüdinnen und Juden gleich. Auf der Startseite schreibt er: „Der Holocaust der Nazis ist der Inbegriff des Grauens im Dritten Reich. Gibt es eine Steigerungsform der grausamen Verbrechen? Ja, es gibt sie! Damals KZ`s — heute OP`s". Damit instrumentalisiert und relativiert er die nationalsozialistischen Verbrechen für die eigene politische Agenda. Aus diesem Grund solidarisierte sich auf der Kundgebung vor dem Gericht in Gießen auch ein Vertreter der Lagergemeinschaft Auschwitz mit der angeklagten Ärztin und verlas einen Redebeitrag. Darin hieß es: „Wer den Schwangerschaftsabbruch mit den Toten von Auschwitz gleichsetzt, handelt zynisch und verhöhnt das Leid der Opfer. Nie, nie, niemals dürfen die Toten von Auschwitz und den anderen Nazi-Vernichtungslagern [...] instrumentalisiert werden und schon gar nicht, um einem gesellschaftlichen Rückschritt öffentliches Interesse zu verschaffen."

Verknüpfung mit völkischem Nationalismus

In Schwangerschaftsabbrüchen sieht Annen nicht nur eine Steigerung der nationalsozialistischen Vernichtungsideologie, er propagiert die Idee eines vom Staat protegierten und durch Abtreibung eingeleiteten Aussterbens der europäischen Völker. „Was wir z. Zt. in Europa erleben, ist ein Genozid der Völker: Wir töten unsere eigene Nachkommenschaft — rechtswidrig aber straffrei — (größtenteils auch noch vom Staat finanziert) und in das Vacuum der fehlenden Kinder lassen die Politiker Flüchtlinge aus ‚aller Herren Länder' strömen, damit der Exodus des eigenen Volkes möglichst lange unbemerkt bleibt" (alle Fehler im Original), schreibt Annen auf seiner Seite. Dabei bedient er die bekannten rassistisch-nationalistischen Bilder eines Kulturkampfes, in dem überlebt, wer mehr eigene Nachkommenschaft produziert.

Hetzkampagnen und „Gehsteigberatungen"

Ärzt*innen sehen sich nicht nur online Diffamierungen und Anfeindungen ausgesetzt, einige sind auch an ihren Arbeitsplätzen unmittelbar mit „Lebensschützern" konfrontiert. In mehreren Städten finden regelmäßig Mahnwachen und „Gehsteigberatungen" vor Arztpraxen und Kliniken statt, in denen Abtreibungen durchgeführt werden. Die „Lebensschützer" beten, verteilen Infomaterial und sprechen gezielt Frauen an, die die Praxis betreten oder verlassen. Ziel ist, diese von einer eventuell geplanten Abtreibung sprichwörtlich auf den letzten Metern abzuhalten. Welchen psychischen Druck diese Belästigung auf ungewollt Schwangere in einer außergewöhnlichen Situation ausübt, kann man sich vorstellen.

Im Kreuzfeuer der Abtreibungsgegner*innen steht seit vielen Jahren eine Münchener Klinik. Zunächst mieteten die bereits erwähnten Vereine um Wolfgang Hering in unmittelbarer Nähe eigene Räumlichkeiten an und errichteten dort das „Lebenszentrum München". Nachdem die Klinik Anfang 2016 neue Räumlichkeiten bezogen hatte, gab das „Lebenszentrum", dessen Schaufensterscheiben nach zahlreichen Sachbeschädigungen gar nicht mehr erneuert worden waren, seinen Standort auf und steht nun aktuell ohne eigene Räume da.

Die so entstandene „Lücke" in der Drangsalierung des Klinikinhabers nutzt derzeit offensiv eine fast in der Versenkung verschwundene Kleinstpartei: die

Foto: feminist riot crew marburg

Kundgebung in Solidarität mit Kristina Hänel in Gießen.

christliche *Deutsche Zentrumspartei (Zentrum)* unter dem Bundesvorsitz von **Gerhard Woitzik**, immerhin 20 Jahre lang Vize-Bürgermeister in Dormagen (Rhein-Kreis Neuss). Die mit Kreisverbänden in NRW und Niedersachsen vertretene Partei inszeniert sich neuerdings als „einzige Pro Life Partei Deutschlands". Auf ihrem *youtube*-Kanal veröffentlichte sie Aufnahmen einer Mahnwache vor den neuen Klinikräumen, in der „Kinderschlachtung im Akkord" betrieben würde. Angebliche Passant*innen ereifern sich in einer miserablen schauspielerischen Leistung über eine moralische Verwerflichkeit von Abtreibungen. Den bisherigen Höhepunkt an Geschmacklosigkeit erreichte die Partei jedoch Ende November 2017 mit dem Verteilen von Flugblättern gegen die Neueröffnung der Klinik. Das Deckblatt der an zahlreiche Privathaushalte in München verteilten Druckschrift war beschriftet mit den Worten „Neueröffnung" und „Gutschein für eine Gratis-Pizza Ihrer Wahl". Auf der Innenseite wurden zwei Pizzen mit zerstückelten Embryonen als Belag abgebildet, darunter die Beschreibung „Hm ... lecker! Gemetzgert nach der Absaugmethode".

Auch wenn derartige Aktionen in der breiten Bevölkerung — und wohl auch in der „Lebensschutz"-Szene — nicht auf große Sympathien stoßen, wird an der Drangsalierung und Einschüchterung der Klinik-Mitarbeiter*innen festgehalten.

„Deutsche Staatsjuristen — Macker und Sexisten!"

Im Gießener Prozess sprach das Amtsgericht Kristina Hänel schuldig und verhängte eine Geldstrafe in Höhe von 6.000 Euro. Die Ärztin will das Urteil nicht akzeptieren und notfalls bis vor das Bundesverfassungsgericht ziehen. Dennoch war es ein durchaus erfolgreicher Tag, denn der Prozess katapultierte das Thema Abtreibung wie lange nicht mehr in eine breite Öffentlichkeit. Selbst die Gießener Bürgermeisterin solidarisierte sich öffentlich mit der Angeklagten — wenn auch nicht in ihrer offiziellen Funktion, sondern „als Frau". Vor und hinter den Mauern des Gerichtsgebäudes verfolgten über 300 solidarische Menschen die Verhandlung und machten ihrem Unmut nach der Urteilsverkündung mit minutenlangen lauten Sprechchören wie etwa „Deutsche Staatsjuristen — Macker und Sexisten!" Luft. Eine am Nachmittag geplante Mahnwache von Abtreibungsgegner*innen neben der Praxis von Frau Hänel hielt einer kurzen antifaschistischen Intervention nicht stand. **Klaus Sydow**, Beisitzer im Bundesvorstand der „Christen in der AfD" monierte später auf Facebook den Diebstahl von Flugblättern. Er habe ganz alleine dagestanden, und die hinzu gerufene Polizei habe ihm nicht geholfen. Die Ereignisse des Tages zeigen, wie wichtig es ist, antifaschistische und feministische Kämpfe zusammenzudenken und entsprechende Netzwerke zu (re-)aktivieren.

Eine von Kristina Hänel initiierte Online-Petition wurde letztlich von über 150.000 Personen unterzeichnet und an Vertreter*innen des Bundestages übergeben. Aus den Reihen von *Grünen*, *Die Linke*, FDP und SPD sind vermehrt Stimmen zu hören, die eine Streichung des §219a fordern, der Bundesrat wird schon bald über eine erste Initiative beraten. Ob es tatsächlich zu einer Gesetzesänderung kommt, bleibt aber abzuwarten. Für eine Umsetzung der Jahrzehnte alten feministischen Forderung der ersatzlosen Streichung der Paragraphen 218 und 219 wird es in absehbarer Zeit sicherlich nicht reichen. Dabei wäre die vollständige Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen dringend nötig, um ungewollt Schwangeren das Leben zu erleichtern und um Abtreibungsgegner*innen den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Von Britta Kremers

Neonazis und Kampfsport

Eine Einleitung in den Schwerpunkt

Das Thema Kraft- und Kampfsport erlebt in den letzten Jahren eine zunehmende Bedeutung innerhalb der neonazistischen Szene. Dies heißt nicht nur, dass in den eigenen Reihen verschiedene Kampfsportdisziplinen trainiert werden, sondern auch, dass sich europaweit extrem rechte Kampfsportveranstaltungen etabliert haben, bei denen Neonazis aus den verschiedensten Ländern zusammenkommen, „um sich mit ihren weißen Brüdern zu messen". Darüber hinaus ist ein neonazistischer Kampfsport-Lifestyle entstanden, der von verschiedenen extrem rechten Marken bedient wird und die Kasse klingeln lässt. Die zunehmend professionalisiert und modern auftretende extrem rechte Kampfsport-Szene inszeniert sich selbst als Elite und knüpft mit ihren Gesundheits- und Körperbildern an Vorstellungen des historischen Nationalsozialismus an. Dabei geht es um weit mehr als um Sport, denn letztendlich geht es im neonazistischen Verständnis von „Kampf" immer um die Existenz der eigenen „Nation" und des eigenen „Volkes".

Mit dem vorliegenden Schwerpunkt möchten wir dazu beitragen, das international agierende militante Netzwerk des NS-Kampfsports zu beleuchten und über seine Bedeutung aufzuklären. Auch wenn der Fokus auf der neonazistischen Szene liegt, gilt es für eine weitere Auseinandersetzung, auch deren Wirken und Auftreten in als „unpolitisch" geltenden Veranstaltungen und Vereinen im Auge zu behalten.

Dass antifaschistische Aufklärungs- und Informationsarbeit vonnöten ist, haben nicht zuletzt auch die dürftigen Antworten der nordrhein-westfälischen Behörden auf eine „Kleine Anfrage" der Fraktion *Bündnis90/Die Grünen* im Landtag zum Neonazikampfsport-Event „Kampf der Nibelungen" gezeigt. Die dort genannten Einschätzungen und Erkenntnisse sind entweder Ausdruck einer fehlenden tiefgreifenden Analyse, oder die Bedeutung der neonazistischen Kampfsport-Szene soll seitens des Innenministeriums bewusst heruntergespielt werden.

Zu Beginn zeichnet **Tobias Hoff** die Entwicklungen der NS-Kampfsport-Szene nach und rückt dabei das Netzwerk, das rund um den „Kampf der Nibelungen" entstanden ist, in den Fokus.....Seite 10

Johannes Hartwig und **Tobias Hoff** werfen einige Schlaglichter auf das internationale Netzwerk der extrem rechten Kampfsport-Szene.....Seite 14

Dem Business NS-Kampfsport widmen sich die Autor_innen von der **Kampagne: „Runter von der Matte"**. In ihrem Artikel stellen sie verschiedene rechte Kampfsportmarken vor und ordnen diese im Feld der neonazistischen Geschäftswelt ein.....Seite 16

Über die Rolle und Bedeutung von Kampfsport innerhalb rechter und rechtsoffener Fußballfan-Szenen und deren Anknüpfungspunkte schreibt **Philipp Beitzel** auf.....Seite 19

Sophie Beuth, **Charlotte Kaufmann** und **Sonja Brasch** nehmen in ihrem Artikel die Geschlechterverhältnisse im Kontext des NS-Kampfsports in den Blick .....Seite 22

Abschließend werden in einem Gespräch mit der **Kampagne „Runter von der Matte"** antifaschistische Interventionsmöglichkeiten diskutiert.....Seite 25

Foto: Recherche Nord

Organisatoren des „Kampf der Nibelungen“: Malte Redeker und Alexander Deptolla.

Von Tobias Hoff

Kämpfen für die Volksgemeinschaft

Neonazis und Kampfsport

In den letzten Jahren hat sich innerhalb der extremen Rechten eine eigenständige international vernetzte Kampfsport-Szene mit eigenen Marken, Veranstaltungen und Strukturen herausgebildet. Von zentraler Bedeutung ist dabei das Netzwerk, das sich rund um das Event „Kampf der Nibelungen“ (KdN) gebildet hat.

Dass Neonazis verschiedene Formen und Arten von Kampfsport betreiben, stellt kein neues Phänomen dar. Kampfsport wird innerhalb der extremen Rechten nicht „nur“ auf einer individuellen Ebene betrieben, sondern auch von organisierten Strukturen durchgeführt. Beispielsweise in der 2009 verbotenen *Heimattreuen Deutschen Jugend* (HDJ), zu deren völkisch-rassistischer Kinder- und Jugendarbeit eine Vielzahl von Zeltlagern gehörten, in denen immer auch „sportliche Maßnahmen“ — inklusive des Erlernens von Kampfsporttechniken — angeboten wurden. Oder in den „Freien Kameradschaften“, wie dem *Aktionsbüro Mittelrhein* (ABM), dessen Mitglieder sich vor dem Koblenzer Landgericht unter anderem wegen der Bildung einer Kriminellen Vereinigung verantworten müssen. Im Prozess, der 2017 platzte und nun neu aufgerollt wird, kam zu Tage, dass regelmäßige Kampfsport-Trainings durchgeführt wurden, an denen Neonazis aus dem Rheinland teilgenommen haben. Darüber hinaus wurde im Rahmen der Razzien gegen Mitglieder des ABM ein „Leitfaden für Aktivisten“ gefunden, der unter anderem den Besuch von Kampfsportschulen und die Weitergabe des dort Erlernten an „Kameraden“ propagiert.

Nicht nur Sport

Es gibt für Neonazis unterschiedliche Motive, einen Kampfsport, insbesondere sogenannte Vollkontaktvarianten wie Mixed Martial Arts (MMA), zu erlernen und zu trainieren. Sei es, um sich so ganz pragmatisch auf den erklärten „Kampf um die Straße“ vorzubereiten und die Fähigkeiten gezielt, beispiels-

weise gegen „politische Gegner", einzusetzen. Aber auch auf einer ideologischen Ebene haben „Kampf" und ein damit verbundener völkisch-rassistisch aufgeladener Körperkult in der extremen Rechten eine wichtige Bedeutung. Die inhaltlichen Bezüge der extremen Rechten zum Kampfsport sind so auch stark verknüpft mit soldatischen Männlichkeitsbildern und einer heroischen „Krieger"-Ästhetik. In der Zeitschrift *Der Aktivist*, die von den *Jungen Nationaldemokraten* (JN) herausgegeben wird, widmete man sich 2013 in einer Schwerpunktausgabe dem Thema Kampfsport. „Primär bedeutet Kampfsport jedoch eines, nämlich kämpfen", heißt es dort. Dass dies im neonazistischen Verständnis nicht ausschließlich im sportlichen Sinn zu verstehen ist, zeigt sich in den weiteren Zeilen, in denen man liest, letztlich gehe es um den „Kampf um die Existenz unseres Volkes".

Die Anfänge

Während Kampfsport innerhalb der verschiedenen Spektren der extremen Rechten schon lange Zeit einen hohen Stellenwert innehatte und im Kreise von „Kameraden", aber auch innerhalb „unpolitischer" Vereine und Gyms betrieben wurde, setzte Mitte der 2000er Jahre eine Entwicklung ein, die darüber hinaus geht. Denn in einer sich herausbildenden NS-Kampfsport-Szene wird Kampfsport nicht „nur" betrieben, sondern auch vermarktet und dient darüber hinaus als Identität stiftendes Element einer sich als pan-europäisch verstehenden „weißen Kampfgemeinschaft". Anfang/Mitte der 2000er Jahre waren es vornehmlich Kampfsportveranstaltungen, die in Sachsen unter Beteiligung von Personen aus dem rechten Hooligan-, Türsteher- und Rocker-Milieu stattfanden und auf die neonazistische Szene eine große Anziehungskraft ausübten. Extrem rechte Kampfsportler, die an diesen „Fight Nights" teilnahmen, kamen unter anderem aus der Chemnitzer Hooligan-Szene, die unter dem Label *HooNaRa* („Hooligans Nazis Rassisten") bundesweit Bekanntheit erlangte. Auch wenn Neonazis bei diesen Veranstaltungen mehr oder weniger offen auftreten konnten, gab es Ende der 2000er Jahre in Sachsen und Brandenburg dann auch erste Kampfsportveranstaltungen, die konspirativ und geschlossen aus und für die neonazistische Szene organisiert wurden. Vorbildcharakter für die hiesige Szene besaßen die Entwicklungen in Russland und in anderen europäischen Ländern.

„White Rex"

Die Gründung der Marke und Kampfsport-Promotion *White Rex* (vgl. LOTTA #62, S. 26 f.) im Jahr 2008 durch den russischen Neonazi **Denis Nikitin** stellt den Beginn einer Professionalisierung extrem rechter Kampfsportstrukturen in ganz Europa dar. Denn *White Rex* ist nicht nur eine Marke, die mit einer professionellen Marketingstrategie Kleidung und Kampfsportausrüstung vertreibt, sondern seit 2011 auch Ausrichter eigener Kampfsportevents mit bis zu 1.000 Besucher_innen. Die extreme Rechte in Europa — auch in Deutschland — zeigte sich fasziniert. Auf verschiedenen Ebenen waren Protagonisten aus Deutschland schon früh in die *White Rex*-Events involviert. So spielten die beiden NS-Hardcore-Bands *Moshpit* (Sachsen) und *Brainwash* (Sachsen) am 13. August 2011 auf einem von *White Rex* organisierten RechtsRock-Konzert. Nachdem eine Reisegruppe um den *Walhall Athletik*-Gründer **Daniel Weigl** (siehe Seite 16) 2012 bei einem *White Rex*-Turnier zu Gast war, kam es im Jahr 2013 erstmals auch zu einer Beteiligung nordrhein-westfälischer Neonazis. Beim von *White Rex* organisierten 18. „Geist des Kriegers"-Turnier am 30. März 2013 in Jekaterinburg kämpfte der Dortmunder **Timo Kersting**. Begleitet wurde er von dem zum damaligen Zeitpunkt in Dortmund lebenden JN-Funktionär und Kampfsportler **Andreas Kolb** sowie dem langjährigen Kader der Dortmunder Neonaziszene **Alexander Deptolla**, der für die weitere Entwicklung neonazistischer Kampfsportangebote noch eine zentrale Rolle einnehmen sollte. Rund ein halbes Jahr später stand Kersting für den *Boxclub Dortmund* erneut in Russland im Ring. Beim „Birth of a Nation"-Turnier am 4. Oktober 2013 in Moskau fungierte dann Denis Nikitin als sein Trainer in der Ringecke. Die Konstellation verwundert nicht, pflegte Nikitin doch schon zu dieser Zeit enge Verbindungen in die rechten Hooligan-Szenen in Köln und Dortmund, zu denen auch Kersting zählt (siehe S. 19).

Europäisches Netzwerk

Im Jahr 2013 weitete Nikitin sein Netzwerk zunehmend nach Westeuropa aus. Mit dem Sponsoring eines von der neofaschistischen *CasaPound*-Bewegung ausgerichteten Kampfsportevents Ende Mai 2013 in Rom führte *White Rex* seine „Geist des Kriegers"-Reihe auch außerhalb Russlands durch. In *CasaPound Italia* fand *White Rex* einen Partner, der seit vielen Jahren eigene Kampfsportevents organisiert und mit dem Label *Il Circuito* eigenständige Kampfsportstrukturen betreibt (siehe S. 14). Bei dem Turnier in Rom standen mit Timo Kersting und Andreas Kolb erneut zwei deutsche Kämpfer, in diesem Fall für das *Walhall Athletik*-Team, im Ring. Auch zwei Jahre später nahm Kolb an einem *CasaPound*-Turnier in Rom teil, diesmal für *White Rex Germany*. Spätestens ab 2013 festigte sich ein transnationales Netzwerk extrem rechter Kampfsport-Events und -Strukturen. Nikitin nahm dabei eine zentrale Rolle ein. Sei es als Kämpfer, Trainer, Ausrichter und Promoter bei Turnieren,

sei es durch das Sponsoring von *White Rex*-KämpferInnen und -Gruppen oder bei der Durchführung von „Selbstverteidigungsseminaren" in ganz Europa.
Im Jahr 2015 wurde im Rahmen der von *White Rex* und dem französischen NS-Kampfsportlabel *Pride France* (siehe S. 14) beworbenen „European Fighting Tour" letztendlich auch ein deutsches Event in das grenzüberschreitende NS-Kampfsportnetzwerk integriert: der „Kampf der Nibelungen".

Der „Kampf der Nibelungen"

Die Kampfsportveranstaltung „Kampf der Nibelungen" hat sich in den letzten fünf Jahren von einer rein szeneintern beworbenen Veranstaltung mit zirka 150 Teilnehmenden im Jahr 2013 zu einem der größten neonazistischen Events in diesem Bereich in Westeuropa entwickelt. Am 14. Oktober 2017 kamen 600 BesucherInnen und Mitwirkende zum KdN in die sauerländische Kleinstadt Kirchhundem (Kreis Olpe/NRW). Wurde das Turnier in den Jahren 2013 und 2014 noch unter dem Namen „Ring der Nibelungen" im rheinland-pfälzischen Vettelschoß abgehalten, erfolgte im Jahr 2015 die Umbenennung in „Kampf der Nibelungen", der mit über 300 BesucherInnen im westfälischen Hamm stattfand. 2016 verfolgten schon über 400 Neonazis das Ereignis im nordhessischen Gemünden. Kirchhundem 2017 bedeutete dann eine nochmalige Steigerung und Professionalisierung. Vor Ort waren KämpferInnen und BesucherInnen aus dem gesamten Bundesgebiet sowie aus Frankreich, Bulgarien, Russland, Schweden, Italien und den Niederlanden. Darunter natürlich auch wie in den Vorjahren Denis Nikitin, der wieder einmal selbst in den Ring stieg. Nachdem er 2016 gegen den aus Minden stammenden Neonazi **Marcus Winter** kämpfte, trat er 2017 gegen einen Kämpfer des *NS Fight Club* aus Bulgarien an. An den fast 20 Kämpfen beteiligten sich erneut Aktivisten aus organisierten Neonazi-Strukturen, die schon wegen teils schwerer Gewaltdelikte aufgefallen sind oder einen Bezug zu Hooliganstrukturen aufweisen. Im Ring standen unter anderem **Christoph Drewer** (Dortmund) für das „KdN-Team", **Sebastian Dahl** (Bad Blankenburg/Thüringen), **André Bostelmann** (Tostedt) und auch ein Mitglied der Neonazi-Gruppierung *Syndikat 52* aus der Region Aachen

Hinter den Kulissen

Die zunehmende Professionalisierung ist insbesondere auf die Personen hinter dem KdN zurückzuführen, der aus erfahrenen Protagonisten der extremen Rechten besteht. Neben der Einbindung extrem rechter Kampfsportmarken wie *Greifvogel Wear*, *Black Legion* oder *Pride France* (siehe Seite 16) als Sponsoren und teilnehmende Teams sind es die Strukturen der militanten *Hammerskin Nation* („Hammerskins"), die seit dem ersten „Ring der Nibelungen" maßgeblich in die Organisation eingebunden sind. Dabei ist insbesondere einer der führenden Exponenten der deutschen „Hammerskins", **Malte Redeker** aus Ludwigshafen, zu nennen, der jährlich auch als Ringrichter fungiert. Darüber hinaus sind es Dortmunder Neonazis um den 34-jährigen Alexander Deptolla, dessen Name sich mittlerweile auch als offizielles Impressum auf der KdN-Homepage findet. Deptolla kann als Bindeglied zwischen den Dortmunder Neonazi-Strukturen und dem konspirativ agierenden Netzwerk der „Hammerskins" bezeichnet werden. So gehörte er zu einer Reisegruppe deutscher „Hammerskins", die im Juni 2017 auf der Ferieninsel Mallorca durch die Störung eines Auftrittes der Schlagersängerin **Mia Julia** bundesweit für Schlagzeilen sorgten. Zu den Dortmunder KdN-Strukturen zählt auch der 29-jährige **Kevin Kruck**. Der Kampfsportler ist weniger auf Aufmärschen oder öffentlichen Aktionen der Dortmunder Szene anzutreffen, bewegt sich in dieser aber schon seit mehreren Jahren. Bei dem Angriff auf die 1. Mai-Kundgebung des DGB 2009 in Dortmund gehörte er zu den Festgenommen. Auch in das Spektrum um die Dortmunder *Combat 18*-Band *Oidoxie* pflegt Kruck beste Verbindungen.
Eine weitere zentrale Person mit engen Dortmund-Bezügen im KdN-Netzwerk ist der 30-jährige **Philipp Liebetrau**. Ende der 2000er Jahre galt er laut Südthüringer Antifa-Strukturen als führende Kader in der Region. Er soll auch im neonazistischen Medienprojekt *Media Pro Patria* involviert gewesen sein. Schon zu Zeiten des *Nationalen Widerstands Dortmund* (NWDO) war Liebetrau regelmäßiger Gast in Dortmund und bewegte sich im engeren Kreis der dortigen Nazistrukturen. So war er auch beim letzten internen Treffen des NWDO am 22. August 2012, ein Tag vor dessen Verbot, im damaligen Zentrum in der Rheinischen Straße anwesend.

NS-Körperkult

Liebetrau, der zudem als Mitglied der NS-Hardcore (NSHC)-Band *Terrorsphära* in Erscheinung tritt, ist Bestandteil einer neuen Struktur innerhalb der NS-Kampfsportszene, die auch auf dem KdN 2017 mit einem Infotisch und Bannern präsent war. Unter dem Label *Wardon 21* wird ein drogenfreier und gesunder Lebensstil propagiert; dabei werden Ideen der Straight-Edge-Bewegung in einem neonazistischen Sinn umgedeutet (siehe S. 16). *Wardon 21*, zu deren Kern unter anderem eine Gruppe Thüringer Neonazis um Liebetrau, **Philipp Oertel**, **Jörg Henning**, den Sänger der NSHC-Band *Painful Life*, **Stefan Wedekind** aus Sachsen-Anhalt und **Manuel Eder** (Gitarrist der NSHC-Band *Terrorsphära*) zählen, traten erstmals bei dem Kampfsportturnier

Force & Honneur im Juni in der Nähe von Genf auf. Auf der *Pride France*-Veranstaltung, die gemeinsam mit *White Rex* und dem *KdN* ausgerichtet wurde, repräsentierten Liebetrau, Kruck und **Vanessa Venker** (Dortmund) das *KdN*-Team, das mit **Kai Zimmermann** (Fürth) auch einen Kämpfer stellte. Vor Ort waren zudem Vertreter von *PPDM — Father Frost Mode* aus Russland anwesend, die ihr Trainingsprogramm vorstellten und als inhaltliche Blaupause für *Wardon 21* angesehen werden können. Die zunehmende Bedeutung und grenzüberschreitende Vernetzung der NS-Straight-Edge-Kampfsportszene zeigte sich im Dezember 2017 in der finnischen Region Patsola. Dort fand ein Treffen mit zeitgleichem Videodreh für PPDM statt. Als Darsteller in dem professionell aufgemachten Motivationsvideo, das von *Thor Steinar Russland* gesponsert wurde, luden sich die russischen Neonazis Gleichgesinnte aus Tschechien, Polen und Deutschland ein. So waren Philipp Liebetrau und Philipp Oertel für *Wardon 21* vor Ort und durften sich mit ihren pathetischen Losungen vom „Schicksal der Völker" und „harten Körpern" sowie martialischen Sportdarbietungen in dem Video verewigen.

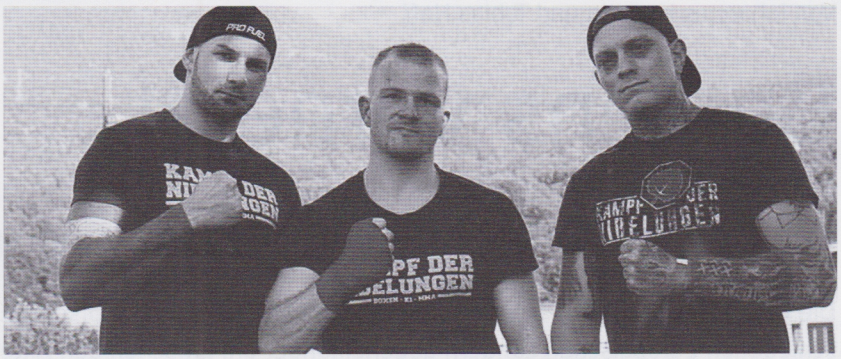


Foto oben: Facebook, Foto unten: youtube.com

Bild oben: KdN-Team beim Force & Honneur Turnier 2017: v.l.n.r. Philipp Liebetrau, Kai Zimmermann und Kevin Kruck.
Bild unten: „White Rex"-Gründer Denis Nikitin.

Zunehmende Verankerung

Der KdN stellt für die neonazistische Szene in Deutschland die bedeutendste eigenständige Kampfsportveranstaltung dar. Darüber hinaus versuchen die Macher um Deptolla, mit dem Ausbau des hauseigenen Vertriebs mehrere Shirt-Motive auf dem immer dichteren Markt rechter Kampfsportmarken zu platzieren. Ein Straight-Edge-Motiv ist jüngst in Kooperation mit *Wardon21* entstanden. Der Name „Kampf der Nibelungen" inklusive Logo wurde schon im Februar 2016 als Marke beim Deutschen Patent- und Markenamt eingetragen. Als Markeninhaber fungiert der Rechtsanwalt **Olaf Sonfeld** aus Bottrop, der bereits zuvor durch seine Funktion in extrem rechten Vereinen wie dem *Deutschen Rechtsschutzkreis* in Erscheinung getreten ist.

Noch zeichnet sich die extrem rechte Kampfsportszene durch ein geschlossenes Auftreten aus. Dabei wird sich aber in Zukunft zeigen, ob und inwieweit ihr „Kampf" auch einer um die Geldtöpfe sein wird. Der Veranstaltungsmarkt wird wohl im Jahr 2018 um ein Event erweitert. Unter dem Namen „Tiwaz" wird ein Turnier für „Mitteldeutschland" angekündigt — noch im beschworenen Einklang mit dem KdN und anderen Akteuren.

Der allgemein gestiegene Stellenwert von Kampfsport für die Neonazi-Szene zeigt sich auch daran, dass es bei dem für den 20./21. April 2018 angekündigten Neonazi-Spektakel „Schild & Schwert" in Ostritz (Sachsen) neben diversen RechtsRock-Auftritten und Redebeiträgen auch ein kleines, vom KdN ausgerichtetes Kampfsportturnier geben soll. Inhaltliche Konflikte deuteten sich schon im Vorfeld in einem Posting auf der KdN-Facebook Seite an. Die KdN-OrganisatorInnen teilten mit, dass ihnen die Zusage nicht leicht gefallen sei. Denn: „Besucher die zu einem Konzert wollen, mit unserer Idee zu vereinbaren, fällt nicht immer leicht." Bleibt die Frage, ob dies auch die eigenen Reihen betrifft, wenn — wie im Juni 2017 geschehen — Redeker, Deptolla und Co. auf Sauftour in Mallorca gehen, während andere Protagonisten des KdN-Teams zeitgleich „reine Körper" und drogenfreies Leben propagieren.

Von Johannes Hartwig und Tobias Hoff

Bestens vernetzt

Schlaglichter auf das europäische Nazikampfsport-Netzwerk

Die NS-Kampfsportszene ist international eng vernetzt. Auf Kampfsport-Events treten KämpferInnen aus verschiedenen europäischen Ländern gegeneinander an, zwischen den Akteuren herrscht ein reger Austausch. Die dargestellten extrem rechten Kampfsportturniere, Marken und Gruppen in Europa sind als Schlaglichter zu verstehen und erheben keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit.

Frankreich
2013 gründete **Tomasz Skatulsky** das rechte Kampfsportlabel *Pride France*. Über den Internetshop *2yt4y* vertreibt Skatulsky nicht nur *Pride France*-Kleidung und -Kampfsportzubehör, sondern auch zahlreiche extrem rechte Kampfsportmarken aus ganz Europa. Skatulsky, der aus dem Spektrum von *Blood & Honour* Hexagone stammt, kämpft seit vielen Jahren bei neonazistischen Kampfsportevents in ganz Europa, sei es beim *Kampf der Nibelungen* (KdN), beim *Tana delle Tigri* in Rom oder dem *Propatria-Fest* in Griechenland. Er steigt jedoch auch als MMA-Kämpfer bei kommerziellen Kampfsport-Turnieren wie der *Slam Fighting Championship* im Mai 2016 für das Team *Warhorse Fight Clan* in Italien in den Ring. Mittlerweile präsentiert sich *Pride France* nicht nur europaweit als Sponsor extrem rechter Kampfsport-Events in Erscheinung, sondern tritt auch mit einem eigenen Team an. Dazu gehört beispielsweise der ungarische Kampfsportler **Suhajda „Starec" Zoltán**. Seit 2014 organisiert *Pride France* eigene Kampfsportveranstaltungen, die bis 2016 unter dem Titel *Day of Glory* unter der maßgeblichen Beteiligung von *White Rex* in Lyon stattfanden. In Kooperation mit *White Rex* und dem KdN richtete *Pride France* im Jahr 2017 das *Force & Honneur-Event* am französischen Lac d`Annecy aus.

Polen
Das in Warschau ansässige Kampfsportgym *Fight Club Fanga* veranstaltet seit 2015 das Kampfsportturnier *First To Fight*. Beworben wurde die Veranstaltung unter anderem auf der Seite der polnischen *Autonomen Nationalisten*. Gesponsert wird die Veranstaltung von der Streetwear-Marke *Sportowo na stylowo* (dt. sportlich stilvoll). Die Marke, die nationalistische und antikommunistische Motive verbreitet, trat ebenfalls 2015 gemeinsam mit *White Rex* als Sponsor für ein von *First To Fight* und *Fight Club Fanga* organisiertes MMA-Seminar mit dem finnischen Kämpfer **Niko Puhakka** auf. 2017 war *Sportowo na stylowo* zudem Sponsor des französischen Kampfsport-Events *Force & Honneur*.

Italien
Die seit 2011 im Rahmen des *Tana delle Tigri*-Festivals durchgeführte Kampfsport-Gala ist eines der am längsten bestehenden extrem rechten Kampfsport-Events. Das Festival, das bereits seit 2008 von *CasaPound Italia* durchgeführt wird, dient zur Vernetzung europaweiter Neonazistrukturen. Die Veranstaltung, auf der neben Rechts-Rock-Konzerten auch Vorträge zum Programm gehören, fand bis 2015 in der von *CasaPound* besetzten Metro-Station Area 19 statt. Organisiert wird das Kampfsport-Event von dem zu *CasaPound* gehörenden Sportverband *Il Circuito*, seit 2013 in Kooperation mit *White Rex*. Auch deutsche Kampfsportler wie **Timo Kersting** und **Andreas Kolb** stiegen schon bei den *Tana delle Tigri* in den Ring (siehe S. 10).

Ukraine
Auch in der Ukraine finden regelmäßig rechte Kampfsportevents statt. Im Kiewer *Reconquista Club* nahmen bei „Fight Nights" Ende 2017 neben ukrainischen Kampfsportlern auch internationale Kämpfer wie **Denis Nikitin** oder **Tomasz Skatulsky** teil. Aus der Ukraine stammt auch das Label *Svastone*, das neben dem Angebot von Kleidung und Boxhandschuhen Kampfsport-Events sowie RechtsRock-Konzerte ausrichtet. Die Marke wird in Deutschland über einschlägige Versände der extremen Rechten vertrieben.

Russland
Motor der internationalen Vernetzung extrem rechter Kampfsportszenen ist die russische Marke *White Rex* um **Denis Nikitin**. Bei zahlreichen Veranstaltungen quer durch Europa tritt *White Rex* als Mitveranstalter auf, nicht selten steigt Nikitin dabei auch persönlich in den Ring. Neben den russischen Amateur- und Profi-Kämpferteams bestehen auch in anderen europäischen Ländern — beispielsweise in Tschechien — *White Rex*-Mannschaften, oder es werden einzelne KämpferInnen gesponsert. Mit *Beloyar-Pagan Company* gibt es eine weitere extrem rechte Kampfsportmarke, die ebenfalls versucht, den Markt außerhalb Russlands zu erschließen. In Deutschland wird die Marke von dem RechtsRock-Label und -Versand *PC Records* vertrieben. Zudem besteht mit *PPDM-Father Frost* Mode eine Marke oder vielmehr ein Trainingsprogramm, das einen drogenfreien Straight-Edge-Lebensstil und einen „gesunden Volkskörper" in Anlehnung an NS-Vorstellungen propagiert. Vertreter von *PPDM* präsentierten ihr Programm unter anderem beim *Force & Honneur*, zudem reisen Personen aus der NS Straight-Edge-Bewegung nach Russland, um sich dort zu vernetzen und ausbilden zu lassen.

Bulgarien
Mit dem *NS Fight Club Sofia* existiert in Bulgarien eine explizit neonazistisch ausgerichtete Kampfsport-Gruppe. Dortmunder Neonazi-Strukturen um die Partei *Die Rechte* pflegen seit Jahren beste Kontakte nach Sofia. Mehrmals besuchten Vertreter des *Kampf der Nibelungen*-Teams den *Fight Club* in Sofia. Im Gegenzug beteiligte sich der *NS Fight Club* am KdN 2017 und war mit zwei Kämpfern im Ring vertreten.

Griechenland
Seit 2014 organisieren Nazis aus dem Umfeld der griechischen Nazipartei *Chrysi Avgi (Goldene Morgenröte)* und der griechischen Sektion von *Blood & Honour* das jährlich stattfindende *Propatria-Fest*. Bei der Kampfsportveranstaltung in der Nähe von Athen treten Nazis aus ganz Europa als Kämpfer auf. Unter anderem waren Ende 2016 Vertreter des extrem rechten „Hausprojektes" *Haus Montag* aus dem sächsischen Pirna zu Gast in Griechenland. Auch das deutsche Label *Greifvogel Wear* zählt zu den Partnern von *Propatria* und trat 2015 als Sponsor in Erscheinung. *Propatria* selbst unterstützt europaweit extrem rechte Events wie *Triumph of the Will* in Ungarn oder die italienische Reihe *Tana delle Tigri*.

In der Neonazi-Szene immer häufiger zu sehen:
T-Shirt Motive vom „Kampf der Nibelungen" und „White Rex".

Von der Kampagne Runter von der Matte

Mehr als nur Klamotten

Extrem rechte Kampfsportmarken im Überblick

Mit dem Aufkommen eines gesteigerten Interesses der extrem rechten Szene an Kampf- und Kraftsport Anfang der 2000er Jahre witterte die rechte Modeindustrie ihre Chance. Mittlerweile gibt es europaweit mehr als ein Dutzend Kampfsportlabels, die manchmal subtil, zumeist aber offensichtlich mit martialischen Motiven, markigen Slogans und modernen Designs eine wachsende Neonazi-Kampfsportszene bedienen.

Um die Jahrtausendwende entstand in Bremen die rechte Streetwear -und Sportmarke *Sport Frei*. Vertrieben wird sie von **Henrik Ostendorf**, einem Multifunktionär der extremen Rechten. Zusammen mit seinem Bruder **Hannes Ostendorf** (Sänger der RechtsRock-Bands *Kategorie C* und *Nahkampf*) war er Teil der rechten Bremer Hooligangruppe *Standarte* sowie 2009 Geschäftsführer des *Deutsche Stimme Verlags*, und er publiziert heute das geschichtsrevisionistische Magazin *Ein Fähnlein*. Mit den Designs von *Sport Frei* wendet er sich vorrangig an die rechte Hooliganszene, schaffte es aber auch, die Marke in der rechten Kampfsportszene zu etablieren. So sponsert er seit 2014 das Neonazi-Kampfsportturnier *Kampf der Nibelungen* (KdN). Obwohl Ostendorfs Label auf dem Markt rechter Sportkleidung als Vorreiter und Ideengeber gilt, hat es heute kaum noch Wirkung auf die Szene. Dies mag zum einen daran liegen, dass sich der Bremer Neonazi nie bemühte, seine Produkte zeitgemäß zu gestalten, zum anderen scheint Ostendorf in zu vielen rechten Projekten involviert zu sein, als dass er Zeit für die Mitwirkung am Aufbau einer professionellen, internationalen rechten Kampfsportszene hätte.

Gymnastik für die Götter

Einen wesentlich größeren Einfluss hatte der bayrische Neonazi **Daniel Weigl**, der 2012 das Kampfsportlabel *Walhall Athletik* ins Leben rief. Im selben Jahr nahm Weigl als Teil einer Gruppe deutscher Neonazis an dem von der rechten Kampfsportmarke *White Rex* ini-

tiierten Turnier *Duh Voina* (dt. Geist des Kriegers) in Russland teil. Nicht nur die darauffolgende Beteiligung deutscher Neonazis an weiteren von *White Rex* organisierten Kampfsport-Events in Russland und Europa, auch die Anbindung von *White Rex* an die deutsche Neonazi-Szene dürfte Weigls Networking geschuldet sein. Zumal einige Kämpfer des später initiierten KdN in Deutschland der verbotenen Kameradschaft *Freies Netz Süd* angehörten, zu der auch Weigl zählte. So etwa **Kai Zimmermann**, der im Juni 2017 das Team des KdN auf einem rechten Turnier bei Genf vertrat. In letzter Zeit tritt *Walhall Athletik* wieder vermehrt mit vermeintlich unpolitischen Kämpfern bei öffentlichen Kampfsport-Events auf. Mit Slogans wie „Strength and Honour" stellt die Marke Bezüge zur extremen Rechten her, wird aber auch gerade wegen der Doppeldeutigkeit der Motive und Designs gerne getragen und kann durch die subtile Aufmachung ebenso bei nicht-rechten Sportler_innen punkten.

Weigl, der die Geschäftsführung des Labels zwischenzeitlich abgab, war im Sommer 2016 wieder als Geschäftsführer registriert. Die schlechte Publicity um seine Person, die ihm anfänglich seine Karriere als Label-Betreiber verbaute, scheint keine große Bedeutung mehr zu haben. Der Markt eindeutig extrem rechter Kampfsportmarken ist seit der Entstehung von *Walhall Athletik* gewachsen — auch deshalb ist der Fokus von Weigls Produkten abgerückt.

Nicht nur eine Marke

Die russische Marke *White Rex* ist dagegen seit ihrem Erscheinen 2008 ein „Big Player", wenn nicht sogar die treibende Kraft in der europaweiten rechten Kampfsportszene. Ins Leben gerufen wurde *White Rex* von dem russischen Neonazi, Hooligan und MMA-Kämpfer **Denis Nikitin**. Mit Unterstützung des *Hells Angels MC* veranstaltete Nikitin in Russland seit 2011 die sogenannten *Geist des Kriegers*-Turniere. Diese Turnierreihe fand auch in Italien statt, sowie mehrmalig in Frankreich (siehe Seite 14).

White Rex bietet eine Palette an Kampfsportartikeln an, deren Slogans und Motive sich klar auf rassistische und neonazistische Ideen beziehen. Dass die Marke in Westeuropa solch einen Anklang fand, liegt vor allem an der pan-europäischen Stilisierung. Statt sich explizit auf Russland zu beziehen, wird eine europäische Identität propagiert. Damit griff Nikitin die heute in großen Teilen der rechten Szene vorherrschende Meinung auf, dass jedem Volk sein Land zustünde, das „weiße Europa" aber spätestens seit der „Flüchtlingskrise" gemeinsam kämpfen müsse, um die vermeintliche Islamisierung zurückdrängen zu können. T-Shirt-Motive, auf denen martialisch auftretende weiße Europäer auf stereotyp dargestellte Muslime Jagd machen, dazu der Schriftzug „Angry Europeans", vermarkten sich in diesem Kontext bestens. Nikitins Engagement im Rahmen der internationalen Vernetzung extrem rechter Kampfsportler_innen beschert ihm nicht nur hohe Erträge, die er laut Eigenangaben in die Unterstützung von inhaftierten Neonazis steckt, auch an der Person Nikitin als politischer Botschafter hegt die rechte Szene wachsendes Interesse. So trat er im Juli 2017 auf dem RechtsRock-Event *Rock gegen Überfremdung* in Themar (Thüringen) vor rund 6.000 Neonazis als Redner auf und wurde im November von der NPD nach Anklam (Mecklenburg-Vorpommern) eingeladen, wo er zum Thema „Russland verstehen — ein Streifzug durch die russische Geschichte bis zur Gegenwart" sprach. Dabei wurde er als „Begründer des Kampfsport-Netzwerks White Rex" angekündigt. Eine Beschreibung, die passender nicht hätte sein können. *White Rex* ist schon lange nicht mehr nur eine Marke, sondern ein Netzwerk, in dem rechte Hooligans und Kampfsportler_innen auch ideologisch agieren und agitieren.

Körperkult und Hitler-Zitate

Weniger international, aber mit ähnlichem Duktus tritt seit 2015 das rechte Cottbuser Kampfsportlabel *Black Legion* auf. Als Strohmann für den Verkauf der Klamotten dient der Sänger der Rechts-Rock-Band *Hausmannskost* und Betreiber des rechten Musiklabels *Rebel Records*, **Martin Seidel**. Mit T-Shirt-Slogans wie „Defend Europe" nähert sich die Marke dem aktuellen (neu)rechten Diskurs an, während andere Artikel durch Zitate von **Adolf Hitler** eher rückwärtsgewandt wirken. Die Reproduktion nationalsozialistischer Vorstellungen, vor allem im Hinblick auf den „Kriegergeist" und den Körperkult, ist in der rechten Kraftsport- und Kampfsportszene reichlich vorhanden. Das liegt vor allem an dem Bild der Szene, dass vorrangig Männer wehrhaft sein müssten und der „Volkskörper" gesund zu sein habe, um die „nationale Identität" verkörpern und verteidigen zu können. Die damit einhergehende„Reinheit" bezieht sich sowohl auf die Verachtung der von Vielfalt geprägten „multikulturellen" Gesellschaft als auch darauf, was dem Körper Schaden zufügen könnte. Die Ablehnung von Drogen, Alkohol, Nikotin und teilweise auch Fleisch ist eigentlich das Kernelement der Straight-Edge-Bewegung. Mit dem Bezug der rechten Szene auf diesen „im Geiste klaren Lifestyle", vermischt mit Vorstellungen von einem wehrhaften Volk, wird aus der einst individualistischen, progressiven Haltung eine durch den Begriff „NS Straight Edge" gefasste Lebensform. Die Marke *Black Legion* verinnerlichte diese Deutung und produzierte mehrere T-Shirts, die sich in ihrer Symbolik auf die Straight-Edge-Bewegung beziehen. Als

Foto: Recherche Nord

Kommerz auf dem Acker: Stand von „Black Legion" beim „Rock für Identität" 2017 in Themar.

Sponsor auf Turnieren wie dem KdN ist *Black Legion* die einzige deutsche Marke, die diesen Begriff zu besetzen und zu vermarkten weiß. Sie hat daher im deutschen Kontext eine besondere Relevanz.

Authentisches Business

Die rechte Kampf- und Kraftsportmarke *Greifvogel Wear*, vertrieben durch **Sebastian Raack**, füllte mit ihrer Entstehung 2013 eine Lücke — nämlich die einer modern wirkenden, in der rechten Szene als authentisch geltenden Sportmarke, die außerhalb von rechten Zusammenkünften erst auf den zweiten Blick als neonazistisch identifiziert wird. Die Marke des ehemaligen *Blood & Honour Südbrandenburg*-Kaders Raack ist heute in Deutschland die wohl meist getragene rechte Kampfsportmarke. Der Macher erschloss sich eine Käufer_innenschaft, die nicht unbedingt Kampf- oder Kraftsport betreiben und dies über Kleidung zum Ausdruck bringen will, sondern die grundsätzlich gern als „Krieger" oder „Kriegerin" wahrgenommen werden möchte. Der Kampfsport-Bezug ist dennoch wichtig: *Greifvogel Wear* sponsert international rechte Turniere, stellt eigene Mannschaften mit tatsächlichen Sportler_innen auf und lässt sich von einflussreichen NS-Hardcore-Bands wie *Terrorsphära* promoten. Die Marke wurde dadurch nicht nur zum Eigenläufer, sondern vor allem zur Geldmaschine. Und besonders Letzteres ist auf dem Markt rechter Kampfsportmarken ausschlaggebend, um deren Relevanz bewerten zu können. Rechte beziehungsweise rechtsoffene Marken wie *Thor Steinar* und *Yakuza* fangen zwar seit geraumer Zeit ebenfalls an, den gesamtgesellschaftlichen Fitnesstrend zu vermarkten und entsprechende Produkte anzubieten, die finanziellen Erträge werden aber kaum in „nationale Projekte" fließen, wie es bei *White Rex*, *Black Legion* oder *Greifvogel Wear* der Fall sein dürfte. Vor allem Raack schuf mit dem erwirtschafteten Geld seiner Marke Infrastruktur für die Szene. Im Dezember 2016 erwarb er unter anderem eine Gaststätte in Südbrandenburg, in der nicht nur Konzerte mit rechter Beteiligung stattfanden, sondern auch das Ladengeschäft von *Greifvogel Wear* und seinem RechtsRock-Label *OPOS Records* beherbergt wird, das eine zentrale Bedeutung für die Produktion und den Vertrieb insbesondere von NS-Hardcore besitzt.

Identität zum Anziehen

Einendes Element aller rechten Kampfsportlabels ist die Identitätsstiftung. Wie bei den bekannten Marken *Thor Steinar* und *Erik &Sons* wird der Käuferklientel suggeriert, dass das Tragen dieser Marken einen Bruch mit dem Mainstream darstellt. Die Labels dienen als Erkennungsmerkmal der extremen Rechten, die Käufer_innen verstehen sich mitunter als „Outlaw". Ähnlich funktioniert es mit der rechtsoffenen Marke *Yakuza*, die durch ihren „Crime & Mafia-Look" versucht, sich von der gängigen Streetwear abzugrenzen.

Auch innerhalb der extremen Rechten zielt das Tragen rechter Kampfsportmarken darauf ab, sich als Teil einer elitären Gemeinschaft zu inszenieren, die dem Bild des betrunkenen unsportlichen Neonazis das Image der Kämpfer-Natur entgegensetzt. So versuchen die Labels auch, moderne Tendenzen der extremen Rechten aufzugreifen und weiterzuentwickeln. Dabei ist es nicht unüblich, dass rechte Kampfsportmarken auf Elemente des NS-Hardcore beziehungsweise der „Autonomen Nationalisten" zurückgreifen. Beide Subkulturen der rechten Szene bezogen sich bereits früh auf einen Lifestyle, den wir heute als „NS Straight Edge" in der rechten Kampfsportszene wiederfinden. Mit Aussprüchen wie „Du hast die Pflicht, gesund zu sein" oder „Stärke durch Disziplin" wird Bezug auf eine Rhetorik genommen, an der die Propagandist_innen des NS-Regimes sicher Gefallen gefunden hätten.

—

Mehr Infos zu rechten Kampfsportmarken und deren Vertriebsstruktur findet ihr unter: runtervondermatte.noblogs.org

Foto: schwatzgelb.de

Von Philipp Beitzel

Freundschaftliche Beziehungen und rechte Ansichten

Bedeutung von Kampfsport in rechten Fußballfanszenen

Die deutsche Fußballfanszene befindet sich derzeit in einer Umbruchphase. Dabei verschwimmen bei jüngeren Generationen die Grenzen zwischen gewaltaffinen Ultras und rechtsgerichteten Hooligans. Antirassistische Fangruppen stellt dies vor neue Herausforderungen.

Mitte September 2017 veröffentlichte die russische Youtube-Plattform *okolofutbola.tv*, auf der auch das russische Kampfsportlabel *White Rex* wirbt, ein Video über die *Nordische Wut* (NW), eine Hooligan-Gruppe bei *Hansa Rostock*. Der sportliche (Wett-)Kampf und die körperliche Leistungsfähigkeit stehen bei der NW an erster Stelle. Man definiert sich als „eine reine Gruppe aus Sportlern", Drogen- und Alkoholkonsum werden nicht toleriert. Der Film zeigt, wie gut vernetzt die Szene mittlerweile ist: Um einen kurzfristig ausgefallenen Kampf zu kompensieren, stößt die NW zu einem bereits vereinbarten Match zwischen Kieler und Kaiserslauterer Hooligans. Beim gemeinsamen Gruppenfoto ertönt der Ruf „Heil Hansa", einige zeigen dazu den Hitlergruß. Was das Video nicht verrät: Die *Nordische Wut* gründete sich auch aus Ablehnung gegenüber nicht-weißen Kämpfern, die in der Rostocker Hool-Szene mitwirkten. Nach Recherchen des NDR sind einige Mitglieder der Gruppe, unter denen sich auch Bundeswehrsoldaten und Mitarbeiter einer deutschlandweit tätigen Security-Firma befinden, bereits im Kontext rechter Straftaten auffällig geworden.

Gewaltaffine Fußballfans

Die NW steht stellvertretend für eine neue und extreme Entwicklung in den Fanszenen, zu deren Hochburgen NRW gehört. In Dortmund waren phasenweise zwei besonders gewaltaffine Gruppen aktiv. Die 1999 gegründeten *Desperados* (DES) galten lange als die führende Ultra-Gruppierung auf der Südtribüne, sie entwickelten und intensivierten über die Jahre Kontakte zum *Nationalen Widerstand Dortmund* (NWDO). Im Sommer 2015 gründeten sich zudem die *0231*

Riots, die sich in Teilen aus ehemaligen Mitgliedern der DES rekrutierten. Auch zwischen den *0231 Riots* und der Dortmunder Neonaziszene bestehen enge Kontakte. Nachdem im Sommer 2017 gegen die Gruppe ein Vereinsverbotsverfahren angestrebt wurde — der Bundesgerichtshof erklärte Anfang 2015 anhand der Gruppe *Hooligans Elbflorenz*, dass Hooligan-Gruppen als kriminelle Vereinigungen eingestuft werden können –, verkündeten die *0231 Riots* ihre Auflösung. Ein Großteil ihrer Mitglieder erhielt dazu ein bundesweit wirksames Stadionverbot, nachdem im Februar 2017 auf der Fahrt zum Spiel des BVB in Darmstadt Pyrotechnik, Vermummungsmaterialien und Kampfsporthandschuhe gefunden wurden. Die *Desperados* treten seit dem Herbst 2017 ebenfalls — zumindest im Stadion — nicht mehr aktiv auf. Beide Dortmunder Gruppen pflegen Kontakte in die Kölner Szene, insbesondere zu den *Boyz* und den mit diesen eng verbandelten Hooligan-Strukturen, die unter dem Label *Hooligans Köln* auftreten. Gemeinsam gehen Dortmunder und Kölner gegen andere Hool-Gruppen wie die NW „auf den Acker". Im Jahr 2013 nahmen die *Hooligans Köln* an einem neonazistischen Hooligan-Fußballturnier in Moskau teil und posierten auf Fotos mit Hitlergruß. Im August 2017 hing im Kölner Block die Zaunfahne der *Revolte 0221*. Der Name dürfte angelehnt sein an die Dortmunder „Riots". *Revolte 0221* wird ebenfalls eine extrem hohe Gewaltbereitschaft nachgesagt. Nach Einschätzung von Experten gibt es in jeder relevanten Fanszene in NRW mindestens eine gewaltbereite ultranahe Gruppe.

Mischszenen

Gewalt ist oftmals fester Bestandteil der eigenen Definition von Fankultur — auch bei „links" eingestellten Gruppierungen. Nahezu alle organisieren ein eigenes Kampfsporttraining. Allgemein hat sich der Fokus weg von den 90 Minuten im Stadion bewegt. Ein Grund hierfür ist sicherlich auch in der immer weiter zunehmenden Kommerzialisierung des Produkts Fußball zu suchen. Das sinn- und identifikationsstiftende Element Verein ist zu einer GmbH oder AG geworden, Spieler und Trainer sind austauschbar. Das Zusammengehörigkeitsgefühl wird deshalb stärker als zuvor in der Gruppe und der Verbundenheit zur eigenen Stadt gesucht. In einem Interview mit der ukrainischen Website *troublemakers.com* beschreibt der Gründer von *White Rex*, **Denis Nikitin**, die deutsche Szene wie folgt: „Die deutschen Gruppen haben sich längst von den Mannschaften abgenabelt und machen ihr eigenes Ding. Sogar in Köln ist das Verständnis so, dass wir nicht für den Verein, sondern für unsere und die Dortmunder Jungs kämpfen. Wir kämpfen für unsere Stadt, unsere Region."

Um das Jahr 2010 begann die Zerfaserung der Ultra-Szenen, als sich in vielen Kurven die Gruppen aus verschiedensten Gründen spalteten. Teilweise, weil sie im Stadion unterschiedliche Interessen verfolgten oder ihnen Mitglieder der eigenen Gruppierung nicht mehr „radikal" genug erschienen. In einigen Städten lagen diesen Spaltungen aber auch politische Motive zugrunde. Es kam zu gewalttätigen Konflikten, unter anderem in Aachen, Duisburg, Braunschweig oder Düsseldorf. In Aachen und Braunschweig waren dabei die antirassistischen Gruppen den rechten und rechtsoffenen Ultra- und Hooligan-Gruppen unterlegen.

Die Grenzen zwischen den Fankulturen der Ultras und der Hooligans verschwimmen zusehends. Es hat sich eine Misch-Szene gebildet, die sich unterschiedlicher Elemente beider Seiten bedient: des hohen Organisationsgrades und des Gruppenlebens der Ultras mit ihrem enormen Gewaltpotenzial und des konspirativen „Ackermatches" der Hooligans. Für die verabredeten Schlägereien werden in Studios Kampfsporttechniken perfektioniert. Nikitin erläutert, dass sie „trainieren und leben (...) wie echte Sportler, gesunde Ernährung, 6-mal die Woche Training, pumpen, boxen etc." Dies hat eine zunehmende Abnabelung vom Fußballsport zur Folge, denn die eigene Gruppe genießt einen höheren Stellenwert als der Bezugsverein.

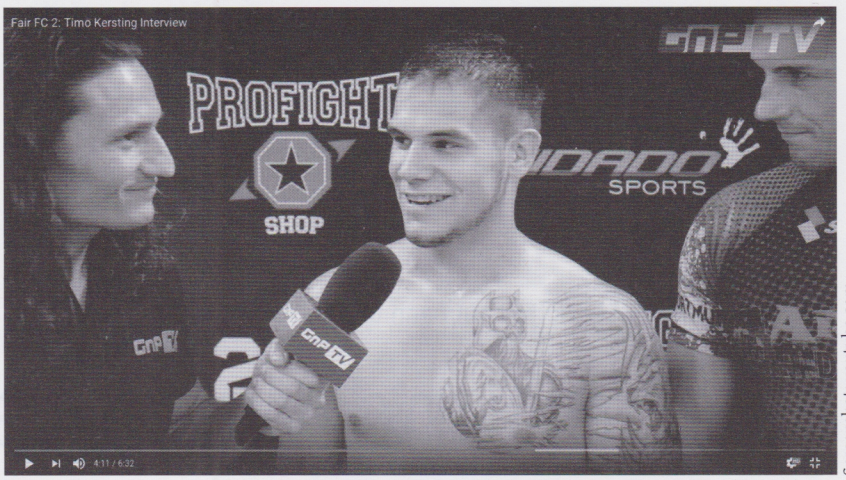
Nationalistische Ideen

Nikitin ist der ideologische Kopf hinter *White Rex*, der Marke, die er erst als Kampfsportturnier und später als Modelabel vermarktete, damit „die Sportler, die eher im Hintergrund agieren, in unsere Welt eintauchen können. In die Welt unserer Ideen." Mit den Turnieren und der Modemarke vermittelt er einen neuen rechten Lebensstil. Diesen überträgt er in die Welt der Hooligans, obwohl er nach eigener Aussage keine Affinitäten zum Fußballsport hat. Auch der Support der Ultras im Stadion interessiert ihn nicht, sein Interesse gilt dem Kampfsport. Diesen lebt er in der Hooligan-Szene von ZSKA Moskau aus. Als 2013 die *Hooligans Köln* um die *Boyz* in Moskau zu Gast waren, gab es im Anschluss einen Kampf mit dem Nachwuchs der Moskauer Hooligans. Auf Kölner Seite kämpfte damals schon Nikitin. Zu seinen Kontakten zählt der Dortmunder „Mixed-Martial-Arts"-Kämpfer **Timo Kersting**, der sich im Umfeld des NWDO bewegte. Kersting organisierte unter anderem das Kampfsporttraining für die DES und ist eine der Schlüsselfiguren, unter anderem zwischen den „Riots" und der Dortmunder Hooligan-Gruppierung *Northside*. Dabei übernimmt er eine wichtige Netzwerkfunktion, auch für andere Städte. „Mit den Jungs aus Dortmund ist eine echte Männerfreundschaft entstanden. Uns verbinden die

nationalistischen Ideen. (...) Wir haben eine Art Bündnis aus freundschaftlichen Beziehungen und rechten Ansichten", fasst Nikitin das Verhältnis zusammen.

Vom Acker in den Ring

Bei vielen MMA- und Freefight-Turnieren stehen mittlerweile Personen aus der Fanszene im Ring, werden von ihrer Gruppe zu den Kämpfen begleitet und mit fußballtypischem Support unterstützt. Teilweise werden die Events von ihnen (mit)organisiert. Bei einem der bekanntesten Turniere, dem „Fair Fighting Championship", sollten sich 2015 **Christian „BIFI" Willing** und **Marcus Kottke** gegenüberstehen. Wegen „verwaltungstechnischen Einwirkens" gegenüber Willing, wie es auf der Homepage der Organisatoren heißt, fiel der Kampf kurzfristig aus. Willing gehört zur Hooligan-Szene bei *Rot-Weiß Essen* (RWE). Als Boxstall wird der Name seiner Hool-Gruppe *Alte Garde Essen/Boxclub Hafenstrasse* angegeben. Er soll im Jahr 2013 beteiligt gewesen sein, als die Vorführung des Films „Blut muss fließen" im Essener Fanprojekt von etwa 20 rechten Hooligans der *Alten Garde* verhindert wurde. Die Essener Gruppe pflegt Beziehungen zu den beiden rechten Bremer Gruppen *Standarte Bremen* und *Nordsturm Brema*. Nachdem die Dortmunder „Riots" sich im Juli 2017 auflösten, hing beim Spiel von RWE bei der zweiten Mannschaft von Borussia Ende Juli ein Banner mit der Aufschrift „Für immer Riot 0231" vor der Essener Kurve.
Willings Gegner, der Leipziger Marcus Kottke, kämpft für das *Imperium Fighting Team* (IFT) um **Benjamin Brinsa**. Kottke war an dem Übergriff auf den Leipziger Stadtteil Connewitz am 11. Januar 2016 beteiligt und stammt wie Brinsa aus der rechten Fanszene von *Lok Leipzig*.
Für gewaltorientierte Ultras und Hooligans bedeutet die Teilnahme an den Turnieren eine öffentliche sportliche



Screenshot: youtube.com

Timo Kersting im Interview mit GNP1-TV.

Anerkennung, die sie bei ihren konspirativen Matches so nicht erfahren. Beim Training in den Kampfsportstudios treffen sie auf Gleichgesinnte aus anderen Milieus, kampfsportorientierte Rechte oder Personen aus dem Rockermilieu. Alle eint eine ähnliche Vorstellung von Normen und Werten, die Faszination für Gewalt, der hierarchische Aufbau innerhalb ihrer jeweiligen Gruppen und ein ähnliches Bild von Männlichkeit. Ein Bild des kriegerischen, archaischen und soldatischen Mannes. Disziplin, Siegeswille, Überlegenheit gegenüber dem sportlichen und politischen Gegner. Das sind Schnittmengen, die die Hooliganszene für Rechte so attraktiv macht.
Auch beim neonazistischen Kampfsport-Event *Kampf der Nibelungen* (KdN) haben in den letzten Jahren regelmäßig Kämpfer, die einen Bezug zu organisierten Ultra- und Hooligan-Strukturen aufweisen, als Kämpfer teilgenommen oder waren als ZuschauerInnen anwesend. So nahm 2016 unter dem Kampfnamen „Adolf" auch ein Mitglied der Bielefelder Hooligan- und Ultragruppe *Venomous Generation* (VG) am KdN teil.

Verzerrte Hegemonie in Fanszenen

In den Stadien stellen Gruppen wie die „Riots" und ihre potenziellen Nachfolger eine Bedrohung für antirassistische Ultras und Fans dar. Sie dulden keine andere politische Gesinnung. Nach dem Motto „Fußball ist Fußball und Politik bleibt Politik..." wird jegliche nicht in ihre Denkmuster fallende Äußerung als „linke Einmischung" gesehen. Die Trennlinie bestimmen dabei die rechten und rechtsoffenen Gruppen. Durch die Professionalisierung im Kampfsport verschiebt sich das Gewaltmonopol zu ihren Gunsten. Dies hat auch Auswirkungen auf das Innenleben antirassistischer Gruppen, die Teile der eigenen Ideale dadurch unter Umständen aufgeben müssen. Sie sehen sich gezwungen, ihrerseits aufzurüsten. Und dies nicht nur aus Gründen des Selbstschutzes und für den Fall körperlicher Auseinandersetzungen. Die Hegemonie in Fankurven wird auch immer über die Frage des Gewaltmonopols definiert. Verliert eine Gruppe diesen Status, ist sie innerhalb der eigenen Szene umso angreifbarer. Und trotz der temporären Stadionverbote in den letzten Monaten ist es wahrscheinlich, dass Gruppen wie *0231 Riot* und ihre Nachahmer in Köln und anderswo wieder auftauchen werden.

Von Sophie Beuth, Charlotte Kaufmann und Sonja Brasch

Krieger und Walküre

Geschlechterverhältnisse im Kontext von Kampfsport in der extremen Rechten

Wie viele Elemente der extremen Rechten erscheint auch der Nazikampfsportsektor als reine Männerwelt: Fast alle Kämpfer sind Männer, fast nirgendwo sonst in der Szene kann man das archaische und dominante Männerbild so in Reinform betrachten. Doch auch Frauen sind bei den Events zu finden, nicht nur im Publikum, auch auf der Matte und als Teil der Organisationsteams. Sie haben kein leichtes Standing, ihr Auftreten wird vom szenetypischen Sexismus begleitet. Einend für Männer und Frauen ist die Vorstellung vom Leben als Kampf, für den man sich bereit und fit halten muss.

Seit April 2016 tritt die russische MMA-Kämpferin **Anastasia Yankova** beim renommierten internationalen Kampfsport-Event *Bellator Fighting Championship* an. Sie ist eine von 38 Frauen unter insgesamt 169 Kämpfer_innen. Yankova hat sich in den letzten Jahren professionalisiert und wird mittlerweile von *Nike* gesponsert. In sozialen Netzwerken wird sie von Fans an ihre Verpflichtung erinnert: „Bitte vergesse nie, wofür es sich lohnt zu kämpfen! Volk, Nation, Vaterland!" Begonnen hat Yankova ihre Kampfsport-Karriere bei *White Rex*. 2013 gewann sie bei einem der *Geist des Kriegers*-Turniere. Als Hauptdarstellerin eines Promotion-Videos von *White Rex* mit dem Titel „Strength Through Beauty" wurde sie zur weiblichen Ikone in der rechten Kampfsport-Szene. Distanziert hat sich Yanova bis heute nicht, sie steht zu ihren Wurzeln.

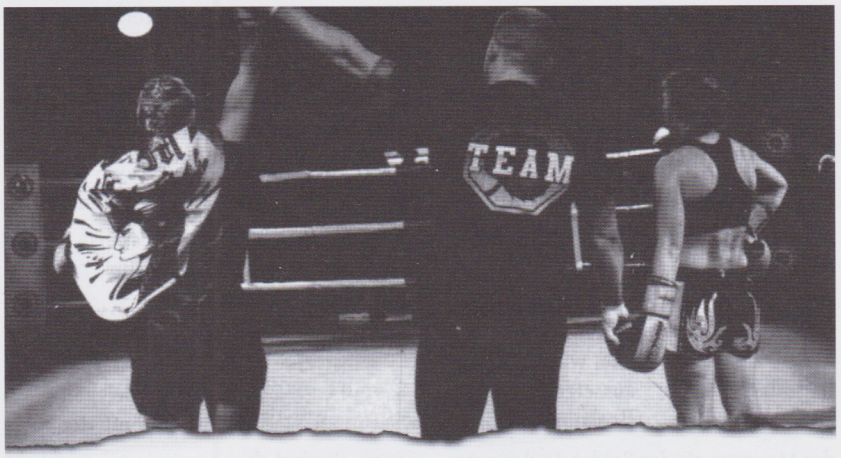
Auch beim deutschen Kampfsport-Event *Kampf der Nibelungen* (KdN) findet seit 2016 jeweils ein Frauenkampf statt. So stieg 2016 die JN-Aktivistin **Julia Thomä** aus Mecklenburg-Vorpommern in den Ring. 2017 traten dann „Tanja aus München" und die zum Team von *Pride France* gehörende „Emma aus Frankreich" gegeneinander an. In einem Bericht über den KdN in der Zeitschrift *NS-Heute* wird ein Zuschauer des Kampfes mit den Worten zitiert: „Die kämpfen besser als die Männer!" Dennoch scheint diesen Frauenkämpfen in der Selbstdarstellung des KdN keinerlei Bedeutung beigemessen zu werden. Auf der Facebook-Seite der Veranstalter beschwert sich „**Emma Artimes**", die den Frauenkampf beim KdN 2017 gewann, in den Kommentaren, dass auch Frauen gekämpft hätten, diese aber nicht im Video auftauchten. Bis auf seltene Ausnahmen wie **Yankova** werden in der Selbstdarstellung der NS-Kampfsportmarken oder -events Frauen als „Nummern- und Showgirls" oder Models gezeigt.

Mutter und Kriegerin — Seiten einer Medaille

Der Widerspruch, in dem sich die Frauen in der NS-Kampfsportszene bewegen, ist so alt wie die NS-Bewegung selbst. Sie wollen aktiver Teil der politischen Bewegung sein, ihre Arbeit wird aber von den Männern nicht als politische anerkannt. Schon Mitte der 1920er Jahre veröffentlichte die Nationalsozialistin **Pia Sophie Rogge-Börner** Schriften zur Emanzipation von „arischen" Frauen, ihre Publikation „Die deutsche Kämpferin" war der erste Versuch einer rassistisch-feministischen Organisierung in der deutschen Rechten. Die Zeitschrift wurde 1937 verboten, Rogge-Börner verfasste danach nur noch Prosa. Auch in den 1980er Jahren wurde über die Stellung von Frauen als aktiver Teil der

Kampfgemeinschaft diskutiert. In der Zeitschrift „Die Kampfgefährtin" der *Deutschen Frauenfront* (DFF) wurde die Frage thematisiert, welche Rolle Frauen und Mädchen im Straßenkampf zukommen sollte. Immer wieder beanspruchen Frauen ihren Platz, entweder in der ersten Reihe oder zumindest als kämpfende Gefährtin — und immer wieder werden sie von ihren männlichen Kameraden zurechtgewiesen, nicht selten auf extrem sexistische Art und Weise. Es lassen sich Parallelen zur Skinhead-Kultur ziehen.

In der bürgerlichen Gesellschaft gilt die Hausfrau am Herd als Gegenstück zur Kämpferin. In der extrem rechten Ideologie ist diese Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit verschoben, denn auch das Dasein als Mutter wird als Kampf gesehen. Der Kampf der Frauen wird dann nicht mit Waffen ausgetragen, sondern mit der ideologischen Erziehung der Kinder, Frauen können sich damit ideologisch in allen ihren Aufgabenbereichen als wehrhaft und kämpferisch erleben.



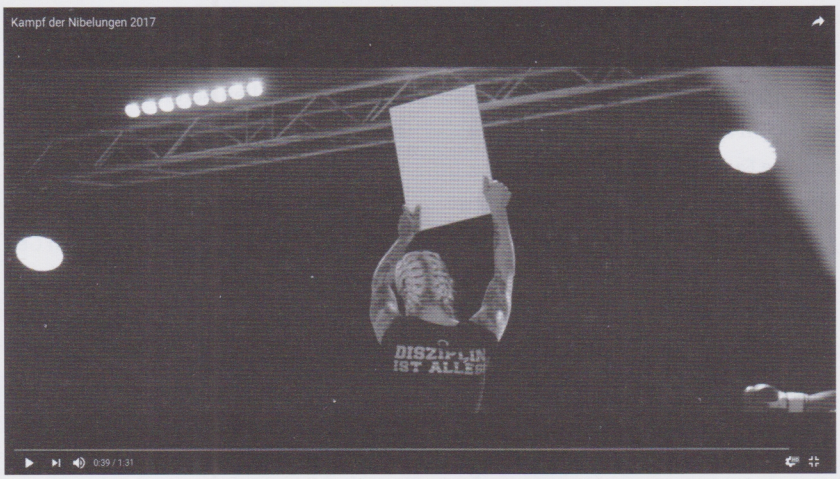


Foto oben: NS-Heute #6, Ausschnitt, Screenshot unten: youtube.com

Bild oben: „Emma Artimes" gewann den Frauenkampf beim KdN 2017.

Kampfziel „Volksgemeinschaft"

Im Zentrum dieses Verständnisses vom Leben als Kampf steht das Konstrukt der „Volksgemeinschaft". Die „Volksgemeinschaft" erscheint vor diesem Hintergrund in einem permanent bedrohten Zustand durch äußere Einflüsse — Stichwort „Großer Austausch" — und innere Bedrohungen — Stichwort „Blutsreinheit". Für den Fortbestand der „Volksgemeinschaft" braucht es „echte" Männer und Frauen, die gemeinsam als Familie deren kleinste Zelle bilden.

Damit bietet das Konstrukt sinnstiftende Identitätsangebote für beide Geschlechter, aus denen sich spezifische Aufgabenbereiche ableiten. Nicht nur die Vorstellung von Geschlecht ist damit biologistisch, sondern auch die Vorstellung der gesamten Gesellschaft als organischer Zusammenhang, als „Volkskörper". Rassismus und Sexismus sind dabei ideologisch fest miteinander verbunden, was sich auch im extrem rechten Diskurs über Sexismus niederschlägt. Dieser ist nur als ethnisierter Sexismus zu besprechen und muss deshalb von „Fremden" kommen. Sexismus innerhalb der Szene und des eigenen „Volkes" wird ausgeblendet.

Die soldatische Männlichkeit

Der Erhalt der „Volksgemeinschaft" fordert auch von den Männern eine fest bestimmte Rolle. Das Leitbild der Männlichkeit, die sogenannte hegemoniale Männlichkeit, innerhalb der extremen Rechten ist der Soldat. Das Konzept der hegemonialen Männlichkeit, das von der australischen Soziologin **Raewyn Connell** entwickelt wurde, geht davon aus, dass es gleichzeitig ein gesellschaftliches Machtgefälle zwischen Männern und Frauen und ein Machtgefälle zwischen verschiedenen sozial konstruierten Männlichkeiten gibt. An der Spitze dieser Hierarchie steht die hegemoniale Männlichkeit. Dieser Typus profitiert vollständig von patriarchalen Herrschaftsstrukturen und ist an ihrer Durchsetzung interessiert. Also in den meisten Fällen der weiße, heterosexuelle Cis-Mann, der gesund und körperlich fit ist. Dem Typ der hegemonialen Männlichkeit entsprechen nur wenige Männer, die anderen streben die Idealvorstellung lediglich an.

Hegemoniale Männlichkeit wird dabei als Ergebnis sozialen Handelns verstan-

den, um die gegebene Geschlechterordnung sowie weitere Machtverhältnisse, die damit verschränkt sind, aufrecht zu erhalten. Dabei ist sie aber auch historisch und gesellschaftlich veränderbar und Modernisierungsprozessen unterworfen. Gesamtgesellschaftlich gesehen, setzt sich aktuell vor allem eine Männlichkeitskonzeption durch, die sich weniger durch physische Durchsetzungsfähigkeit auszeichnet als durch Wissen und Expertentum. Hier zählt also eher der Manager als der Soldat. In der extremen Rechten und dort insbesondere in der Kampfsportszene ist eine andere hegemoniale Männlichkeit anzutreffen: der Mann als kämpferischer, das Volk und die Familie beschützender Recke. In einem Video zu einem von der extrem rechten *Partei National Orientierter Schweizer* durchgeführten Selbstverteidigungs-Seminar mit **Denis Nikitin** erklärt dieser, es gehe darum zu lernen, „stark zu sein. Unsere Frauen zu schützen und uns selbst schützen zu können". Diese Männlichkeitskonstruktion, als doing gender verstanden, bildet sich vor allem auch über den Aspekt der Körperlichkeit heraus.

Wesentliches Element extrem rechter Ideologie sind autoritäre Ordnungsvorstellungen, also die Orientierung an Macht und Stärke, Unterwürfigkeit gegenüber Autoritätspersonen und das Beharren auf Konventionen, Stereotypen und Vorurteilen. Autoritäre Ordnungsvorstellungen gehen dabei auch Hand in Hand mit der Durchsetzung der patriarchalen Ordnung. Die ideologische Hierarchisierung, also die eigene ausgemachte Überlegenheit gegenüber dem Anderen zeigt sich auch innerhalb der hegemonialen Männlichkeit: der Mann als der Stärkere und damit Dominierende gegenüber der Frau und/oder allen Schwächeren gegenüber, die dem hegemonialen Männlichkeitsbild nicht entsprechen. Das Idealbild des extrem rechten Mannes als kämpferischer, völkischer, die deutsche Familie beschützender Kämpfer lässt sich auch als Ausdruck und Versuch der Durchsetzung hegemonialer Ansprüche deuten. Hier bietet sich der Kampfsport besonders an, um dieses Bild zu verkörpern, auszutrainieren und zu zelebrieren.

Gehorsam, Disziplin, Stärke

Die im Kampfsport entstehenden Männerbünde sind kein rein rechtes Phänomen, sie sind aber zumindest unter dem Fokus Gender anknüpfbar für extrem rechte Ideologien. Ähnlich wie in anderen subkulturellen Bereichen wie der Hardcore- und Skinheadkultur ist davon auszugehen, dass extrem rechte Männer sich an Männlichkeitsvorstellungen orientieren, für die es in der modernen Gesellschaft ihrer Ansicht nach keinen Platz mehr gibt, die sich aber in diesen Kontexten nach wie vor wunderbar ausleben lassen. Im Kampfsport tritt der einzelne Mann als Einzelkämpfer in der Gruppe auf, in der er sich seinen Platz in der Hierarchie wortwörtlich erkämpfen und sich gegenüber Schwächeren durchsetzen muss. Innerhalb dieses Männerbundes im Kampfsport geht es aber auch um die oben genannte Stärkung und Verteidigung der individuellen Männlichkeit.

Dieser gemeinsame Kampf in einem von autoritärer Ordnung geprägten, auf Drill ausgelegten Kampfsport-Kontext ist der Ort, an dem sich hegemoniale Männlichkeit konstituieren und manifestieren kann. Verhaltensweisen, die im klassischen Kampfsport das Grundkonstrukt bilden, lassen sich fast eins zu eins in der rechten Ideologie wiederfinden. Gehorsam, Disziplin, Stärke zeigen, Niederlagen einstecken, mit sich selber ausmachen und nicht nach außen zeigen, keinen Schmerz zulassen, für die Sache kämpfen, den Gegner besiegen und im besten Fall ausschalten: alles männlich konnotierte Eigenschaften, die dem Ausbau des Machtanspruchs stützen.

Zwischen Normalo-Kampfsportlern und rechtem Kampfsportler zu unterscheiden, mag auf den ersten Blick gar nicht so leicht sein, da die Übergänge fließend sind und sich der Kampfsport in seiner strukturell männlichen Erscheinung als attraktiver Agitationsraum anbietet, um die rechte Ideologie salonfähig zu machen. Denn primär scheint es erst einmal nur um die Ästhetisierung des Körpers zu gehen, wenn auf das traditionelle Körperideal hin trainiert wird oder die Akzeptanz von Gewalt und Gewaltausübung in einem vermeintlich konsensualen Raum stattfindet. Doch hier wird Gewalt zum doing masculinity: Die Gewalt stellt die Männlichkeit her und damit auch die Unterdrückung des Nicht-Männlichen.

Im Ring und im Gym: fight sexism — fight fascism!

Wie in allen subkulturellen Bereichen, die sich aufgrund ihrer Strukturiertheit als Grauzonen anbieten, ist der Kampf gegen Sexismus eine wichtige Säule im antifaschistischen Kampf. Ob in der Kurve oder auf der Matte, dominante und unreflektierte Männlichkeit ist ein fester Bestandteil faschistischer Ideologien, Männerbünde sind elementar für ihre Struktur. Frauen sind weder friedfertig noch unpolitisch, ihr Aktivismus ist ebenso zu beobachten und zu bekämpfen wie derjenige der Männer.

Das Interview wurde geführt von Britta Kremers

„Uns geht es nicht um die Diskreditierung des Sports“

Interview mit „Runter von der Matte. Kein Handshake mit Nazis“

Im Sommer 2017 trat die Kampagne „Runter von der Matte. Kein Handshake mit Nazis“ an die Öffentlichkeit, um über extrem rechte Strukturen und Aktivitäten im Bereich des Kampfsports zu informieren. Wir sprachen mit Vertreter_innen der Kampagne sowohl über Möglichkeiten des Umgangs in Vereinen, Gyms und Veranstaltungen als auch über antifaschistische Perspektiven.

Bitte stellt euch doch einmal kurz vor. Warum habt Ihr euch gegründet?
Unsere Kampagne entstand aus einem persönlichen Bedürfnis, Neonazis im Kampf-und Kraftsport etwas entgegenzusetzen. Vor allem, weil wir selbst Kampfsportler_innen und Kampfsportbegeisterte sind und uns dadurch oft im Gym oder auf Veranstaltungen mit Neonazis und deren Sympathisant_innen konfrontiert sehen, beziehungsweise weil die Veranstalter_innen und Gymbesitzer_innen nicht konsequent mit dem Thema umgehen. Daraus ist die Idee entstanden, ein verständlich geschriebenes Plakat aufzusetzen, das kurz und knapp aktuelle rechte Kampfsportlabels aufführt und erklärt, und auf das sich Verantwortliche im Zweifelsfall bei ihren Veranstaltungen beziehen können. Tja, und aus dem Plakat entstand dann eine ganze Kampagne.

Nach wie vor werden die meisten extrem rechten Kampfsportler_innen in „normalen“ Vereinen und Gyms trainieren und bei „unpolitischen“ Wettkämpfen antreten. Wie ist eure Erfahrung mit dem dortigen Umgang?
Es ist wichtig, Veranstalter_innen und Trainer_innen ihre Verantwortung bewusst zu machen. Viele sehen nur den Sport und vergessen, wen sie da trainieren oder wen sie sich in den Ring holen. Besonders Trainer_innen reagieren oft trotzig, da sie ihrem Team gegenüber loyal sein möchten und damit etwaige Neonazis in Schutz nehmen. Bei Veranstalter_innen ist das einfacher. Da ist der öffentliche Druck größer, und natürlich geht's auch um Geld und Reputation. Zudem sind dort unterschiedlichste Menschen, beispielsweise aus anderen Gyms, anzutreffen, die auch keine Lust auf rechte Kampfsportler_innen haben. Dadurch kann ein Diskurs entstehen,

den wir als Kampagne durch Argumente und Wissen versuchen wollen zu unterstützen.

Was sollten Vereine und Veranstalter_innen also tun, um Nazis keine Bühne zu bieten?
Zuallererst sollten sie sich informieren. Mittlerweile sponsern einige rechte Labels Veranstaltungen oder Kampfsportler_innen, da ist es wichtig, wachsam zu sein und zu intervenieren. Außerdem werden durch den Kauf dieser rechten Modemarken auch rechte Strukturen unterstützt. Trainer_innen und Kampfsportveranstalter_innen müssen verstehen, worum es Neonazis in diesem Bereich geht, nämlich nicht um den Wettkampf, sondern um den Ausbau der Wehrhaftigkeit. Ihnen eine Bühne zu bieten, bedeutet auch, ihnen ein Rekrutierungsfeld zu überlassen. Denn durch sportliche Ästhetik lassen sich heutzutage mehr junge Menschen mitreißen als etwa von rechten Konzerten. Kampfsportler_innen und ihre Vereinsstrukturen sollten sich vernetzen, um sich gemeinsam von Neonazis im Sport abgrenzen zu können.

Die Kampagne richtet sich auch an Vereine, Trainer_innen und Wettkampfveranstalter_innen. Gab es dort Reaktionen?
Klar! Viele sehen in der Kampagne einen Schritt in die richtige Richtung und verstehen, dass es uns nicht um die Diskreditierung des Sports geht oder darum, ohne Sinn und Verstand Personen anzukreiden. Wir wissen schließlich selbst, wie schwer es sein kann, gute Vereine zu finden, in denen keine Neonazis trainieren. Vor allem in der Provinz, wo du oft keine Wahl hast. Bundesweit haben Gyms unsere Plakate zu rechten Kampfsportmarken bestellt. Das war ein gutes Feedback und bestärkt uns in unserer Arbeit. Im besten Fall, so hoffen wir, wird die Kampagne zum Selbstläufer: Veranstalter_innen und Gyms verwenden selbstständig unser Logo. Der Anstoß unsererseits war wichtig, die erfolgreiche Umsetzung kann aber nur durch eine weitreichende Beteiligung geschehen.

Die Nazi-Kampfsport-Szene ist international eng vernetzt, und in vielen europäischen Ländern gibt es Kampfsport-Labels und Events. Wisst Ihr von antifaschistischen Protesten und Kampagnen wie eurer, die sich mit dem Thema auseinandersetzen?
Naja, antifaschistische Kampfsport-Turniere haben sich in den letzten Jahren in Tschechien, Polen, Italien, Spanien, Griechenland und auch in Deutschland etabliert. Dadurch werden Räume geschaffen, in denen sich die Leute wohl und sicher fühlen. Wir möchten mit unserer Kampagne aber vor allem die großen Events erreichen. Anknüpfungspunkte gibt es immer wieder, zum Beispiel bei der „No Compromise Championship“ vor ein paar Jahren, die von sich aus rechte Kämpfer_innen und Marken wie „Walhall Athletik“ von ihrem Event ausgeschlossen haben. Durch den Slogan „love MMA — hate fascim“ gab es eine klare Positionierung, die wir bei anderen Events oft vermissen. Toll finden wir auch das neu gegründete Label „Less Talk“, das Kampfsportartikel mit antifaschistischen Inhalten vertreibt.
Unser Hauptanliegen war es, ein Bewusstsein für die Thematik zu schaffen. Unser Ziel ist es aber, Neonazis gänzlich den öffentlichen Raum im Gym oder im Ring zu nehmen. Ein großer Schritt wäre es, wenn sich die Veranstalter_innen von Events wie „We love MMA“ verhalten und beispielsweise unser Logo auf ihre Plakate drucken lassen oder sich anderweitig klar positionieren würden.

Das Thema Kampfsport hat in den letzten Jahren an Präsenz innerhalb antifaschistischer Strukturen zugenommen. Wie kann ein emanzipatorischer Umgang mit dem Thema aussehen?
Kampfsport im Allgemeinen ist in unserer Gesellschaft ein zunehmender Trend. Vor allem Mixed Martial Arts (MMA) versucht seit Jahren aus der Schmuddel-Ecke rauszukommen. Übertriebener Körperkult, Mackertum und der scheinbar niemals endende Drang nach Leistungssteigerung gehen damit einher und sollten auch in unseren Zusammenhängen reflektiert werden. Zu schnell entstehen Situationen, wo sich manche abgehängt fühlen oder andere unterfordert. Wir sollten uns aber auch bewusst sein, dass Sport ein Ventil für den Alltag ist und damit nicht unbedingt vorrangig der politischen Bildung dienen muss. Trotzdem ist es kein Raum frei von gesellschaftspolitischen Zwängen, in dem beispielsweise stets heterosexistische Geschlechterbilder oder stereotype Gesundheitsbilder reproduziert werden. Durch positive Aspekte kann Kampfsport auch durch uns ein anderes Gesicht bekommen. Unsere Erfahrung ist, dass Kampfsportarten wie Muay Thai oder MMA sehr viel Selbstbeherrschung und Konzentration abverlangen, um die Partner_in oder sich selbst nicht unnötig im Training zu verletzen. Den Wettkampf an sich begreifen wir als weiterführende Trainingsform, in der ich meinem Gegner auch Respekt zolle und einen Raum gebe, um mit mir fair und nach Regeln zu kämpfen. Sport bedeutet für uns Fairness, Respekt, gegenseitige Anerkennung und Unterstützung. Allein deswegen ist es für uns nicht vereinbar, mit Neonazis, Rassist_innen und anderen Menschenfeinden im Ring zu stehen oder zu trainieren, da sie mit ihrer Ideologie per se diese Werte nicht teilen.

Von Michael Tillmann und Torben Heine

Eine verfestigte Szene

Neonazismus in Hamm — ein aktueller Überblick

Behörden und Lokalmedien sind sich einig: Die Neonazi-Szene im westfälischen Hamm befinde sich auf dem Rückzug. Dabei haben sich lediglich die Schwerpunkte der Szene verschoben. Statt Parteiaufbau setzt man aktuell auf die Festigung einer rechten Erlebniswelt. In keiner anderen NRW-Stadt fanden in den letzten zwei Jahren so viele Rechtsrock-Events statt.

Hamm galt viele Jahre als Neonazi-Hochburg. Diesen Ruf begründete seit 2003 die *Kameradschaft Hamm* (KSH) mit einer umfangreichen Demonstrationspolitik und zahlreichen Gewalttaten (vgl. LOTTA #43, S. 24-25). Nach ihrem Verbot im August 2012 schlossen sich die Neonazis der Partei *Die Rechte* (DR) an, die ihnen ein Dach zur Fortsetzung ihrer Aktivitäten bot. Der aktuelle NRW-VS-Bericht bezeichnet den DR-Kreisverband Hamm nun als „deutlich weniger aktiv". Der Inlandsgeheimdienst begründet seine Einschätzung damit, dass die DR am 3. Oktober 2016 keine Demonstration durchgeführt hat. In den Vorjahren waren bis zu 300 Neonazis zum Einheitstag in Hamm aufmarschiert. Auch 2017 fiel der Aufmarsch aus. Der DR-Funktionär und vormalige KSH-Führer **Sascha Krolzig** hatte im September sämtliche bereits vorliegenden Anmeldungen für die kommenden sieben Jahre zurückgezogen. Daraufhin meldete der lokale *Westfälische Anzeiger*: „Demo abgeblasen: Rechte Szene zieht sich aus Hamm zurück." Die Polizei Hamm sekundierte, es sei hinsichtlich rechter Gewalt „total ruhig" geworden. Tatsächlich sucht die Hammer Neonazi-Szene kaum noch die Öffentlichkeit. Website und Facebook-Auftritt der DR Hamm sind seit Monaten nicht mehr erreichbar. Der letzte Aufmarsch fand im Mai 2016 mit 50 Teilnehmenden anlässlich der Mobilisierung für den „Tag der deutschen Zukunft" statt, er war nicht öffentlich beworben worden. Sitzungen des Stadtrats besucht der 2014 gewählte DR-Vertreter **Dennis Möller** zwar noch, Anträge oder Anfragen bringt er aber seit eineinhalb Jahren nicht mehr ein. Sein in die Bezirksvertretung Hamm-Herringen gewählter Bruder **Jens Möller** glänzt dort ebenfalls nicht durch Tatendrang. „Total ruhig" ist es deshalb trotzdem nicht. 2016 beschmierten Unbekannte das *Die Linke*-Büro und eine sich im Bau befindliche Moschee in Herringen mit Hakenkreuzen und Neonazi-Parolen. Vor der Bundestagswahl wurden Wahlplakate mit Hakenkreuzen und Parolen wie „Volksverräter" verunstaltet, Anfang November 2017 Grabsteine sowjetischer Kriegsgefangener auf dem Friedhof Hövel zerstört. Eine Woche später versammelten sich 20 Neonazis am Volkstrauertag zum üblichen „Heldengedenken" in Ryhnern. Auch an wichtigen Aufmärschen nimmt stets eine Delegation aus Hamm teil.

„Nationales Zentrum"

Dass die Neonazis nicht weg sind, zeigte sich auch am 3. Oktober 2017, als eine Handvoll von ihnen mit Fahnen und Plakaten eine antifaschistische Demonstration provozierte. Sie standen auf dem Dach ihres „Nationalen Zentrums" im Kentroper Weg 18. Hier verfügen die Neonazis seit 2012 über eine ehemalige Gaststätte, die szeneintern auch „Zuchthaus" genannt wird. Mieter ist der Hammer Neonazi **Tim Hauptführer**. Die Bedeutung dieser zirka 200 Quadratmeter großen Räumlichkeit für die lokale

Foto: cacique

Neonazis auf dem Dach des „Nationalen Zentrums“ in Hamm am 3. Oktober 2017.

Szene ist hoch. Sie dient als Versammlungs- und Veranstaltungsstätte, Lager und sicherer Rückzugsort, die nicht nur von der DR, sondern ebenso von der NPD Unna/Hamm genutzt wird. Die Veranstaltungen sollen eine rechte Erlebniswelt etablieren und den Zusammenhalt der Szene festigen. Dazu passt, dass sich die Szene betont familienfreundlich gibt. So lud man am 16. April 2017 in den Kentroper Weg zum „Ostarafeuer“ — mit Live-Musik sowie Kaffee, Kuchen und Kinderbetreuung. 2017 fanden im „Nationalen Zentrum“ neben zahlreichen Kneipenabenden und Partys mindestens vier Konzerte/Liedermacherabende statt. Immer wieder forderten Hammer AntifaschistInnen, dass der Mietvertrag mit den Neonazis beendet werden und die Stadtverwaltung alle ordnungsrechtlichen Mittel ausschöpfen möge, um das Treiben im Kentroper Weg zu unterbinden. Die Stadt kündigte zwar Prüfungen an, eingeschritten ist sie bislang aber nicht, da es sich ihrer Einschätzung nach um „Privatveranstaltungen“ handelt.

RechtsRock-Hochburg

Räumlichkeiten wie jene im Kentroper Weg, die fest in der Hand von Neonazis sind und in denen sie sicher Konzerte veranstalten können, sind in NRW eine Besonderheit. Dies hat mit dazu geführt, dass Hamm die NRW-Stadt mit den meisten Neonazi-Musikveranstaltungen wurde. Eine Zählung ergab, dass dort 2016 und 2017 insgesamt mindestens elf Musikveranstaltungen stattfanden beziehungsweise angekündigt waren. Hinweise deuten darauf hin, dass zusätzlich auch das „Verteidigt Europa“-Konzert am 18. November 2017 mit *Blitzkrieg*, *Exzess*, *Germanium* und *Barbarossa* in Hamm stattfand. Für größere Konzerte mit Bands wie *Sturmwehr* oder *Oidoxie* wird zuweilen nicht den Kentroper Weg genutzt, sondern auf Schützenheime zurückgegriffen. Anlässlich des Geburtstags von Sascha Krolzig traten im Juni 2017 die Bands *Sleipnir* und *Smart Violence* sowie die Liedermacher *KS Bernd* und *Reichstrunkenbold* auf. Krolzig bedankte sich im Anschluss bei den „Organisationen vom ‚Zuchthaus‘“. Bis 2015 trat der DR-Kreisverband als Organisator der Musikveranstaltungen auf, mittlerweile werden diese ohne Veranstalter beworben. Als Kontaktperson agiert vielfach **Dennis de Piccoli**, ein ehemaliger KSH-Aktivist. Dass die Hammer Neonazis über gute Kontakte zu Rechtsrock-Bands verfügen, dürfte auch an den in der Stadt lebenden und in zahlreichen Bands spielenden **Martin Böhne** (*Sleipnir*, *Sturmwehr*, *Oidoxie*, *Division Germania* und andere) und **Patrick Gerstenberger** (unter anderem *Smart Violence*, *Division Germania*, *Sturmwehr*, *Stahlgewitter*) liegen (vgl. LOTTA #68, S. 29 — 30). Der nächste Balladenabend im „Nationalen Zentrum“ ist bereits angekündigt. Ausgerechnet am Holocaust-Gedenktag, dem 27. Januar 2018, sollen dort *Sturmwehr* und *Der Knappe* auftreten.

Erlebniswelt Oberliga Westfalen

Die Neonazis nutzten derweil auch die Fanszene des Fußball-Fünftligisten *Hammer SpVG* als Agitationsfeld. Bereits 2003 gründeten KSH-Mitglieder einen Gruppe namens *Supporters Hamm*, die etwa zwei Jahre lang die Spiele besuchte. Im Februar 2017 stürmten Neonazis beim Auswärtsspiel in Lippstadt den Platz und stimmten rechte Gesänge wie „SV Lippstadt, Jude, Jude, Jude“ sowie „frei, sozial und national“ an. Sie waren mit dem offiziellen Fanbus des Vereins angereist. Da die Fanszene in Hamm klein ist, konnten sich die Neonazis, die auch bei der Fangruppe *Los Gamberros* mitmischten, dort schnell etablieren — nicht zuletzt, weil der Verein versuchte, die Verantwortung für die Ausschreitungen im Februar auf angeblich ortsfremde und unbekannte Personen zu schieben. Erst nachdem im Oktober 2017 beim Auswärtsspiel in Lippstadt erneut rechte Symbole im Stadion gezeigt wurden und die Neonazis versucht hatten, die gegnerischen Fans zu attackieren, reagierte der Verein. Er sprach zahlreiche Stadionverbote aus. Die *Los Gamberros* lösten sich daraufhin auf.

—

Michael Tillmann ist Sprecher der Antifaschistischen Aktion Hamm.

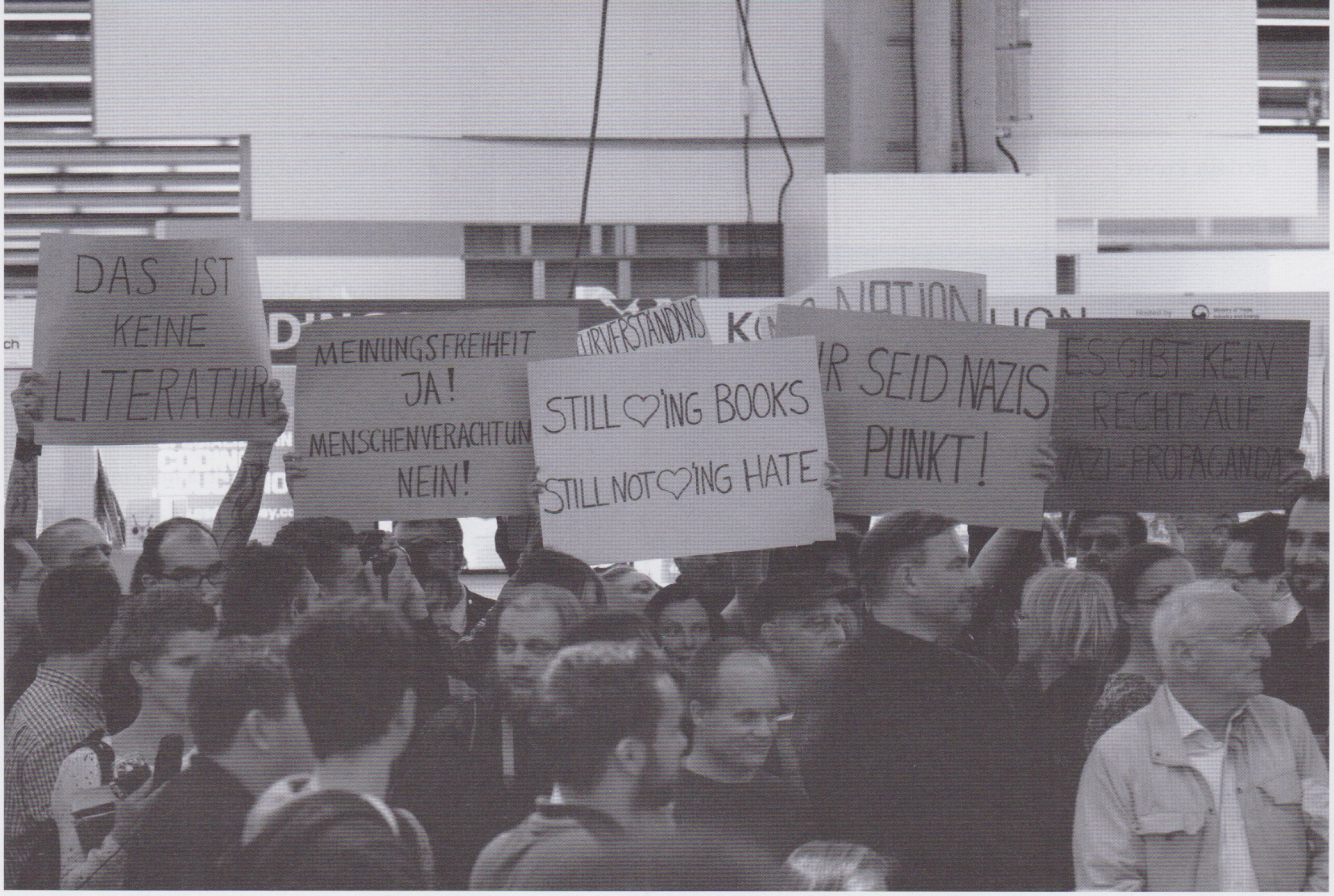


Foto: Protestfotografie FFM

Von Danijel Majic

Feindliche Übernahme

„Neue Rechte" und Neonazis auf der Frankfurter Buchmesse

Der Auftritt des neurechten „Antaios-Verlages" war das beherrschende Thema auf der diesjährigen Buchmesse in Frankfurt am Main. Verlag und AnhängerInnen nutzten die ihnen gebotene Bühne zur Selbstinszenierung.

Das Fazit, das die Leitung der Frankfurter Buchmesse einen Tag nach dem Ende der weltgrößten Bücherschau zog, dürfte in deutschen Redaktionsstuben für reichlich Kopfschütteln gesorgt haben: „Frankfurter Buchmesse 2017: So politisch wie nie", lautete die Überschrift der Pressemitteilung vom 16. Oktober. Ein beinahe zynisches Resumée, wenn man bedenkt, welche Szenen sich nicht einmal 48 Stunden zuvor auf der Buchmesse abgespielt hatten. „Lautstarke Tumulte bei Antaios-Veranstaltung", titelte am Samstag zuvor *hessenschau.de*. Rund „400 Personen aus beiden Lagern" hatten sich nach Angaben der Frankfurter Polizei in Halle 4.2 der Frankfurter Messe gegenübergestanden, getrennt durch Einsatzkräfte. Gemeint waren jene, die gekommen waren, um auf dem Podium des *Antaios-Verlages* ein „Schaulaufen der Rechten" (*Frankfurter Rundschau*) zu erleben, und diejenigen, die dagegen protestieren wollten. Am Ende dieses Samstagabends standen zwei vorläufige Festnahmen, ein verletzter Stadtverordneter, eine Messeleitung, die nicht mehr fähig oder willens ist, ihr eigenes Hausrecht durchzusetzen, und ein gleichermaßen erzürnter wie erfreuter **Götz Kubitschek** — Gründer und Geschäftsführer des *Antaios-Verlages*.

Seit seiner Gründung im Jahre 2000 hat sich der in Schnellroda in Sachsen-Anhalt ansässige Verlag zum wichtigsten Herausgeber von Literatur der sogenannten „Neuen Rechten" entwickelt. Im Verlag erscheinen Übersetzungen von Theoretikern der französischen *Nouvelle Droite* wie beispielsweise **Alain de Benoist**, aber auch Titel von „Eigengewächsen". Daneben bietet das ebenfalls im Verlag erscheinende Theorieorgan *Sezession* auch immer wieder Vertre-

Foto: Protestfotografie FFM

Schreihals Götz Kubitschek und Mario Müller (rechts) von den „Identitären“.

terInnen der *Identitären Bewegung* (IB) ein Podium.

Kulturelle Hegemonie

Der Aufstieg des *Antaios-Verlages* ist eng verknüpft mit der Person seines Gründers Götz Kubitschek sowie dessen Frau **Ellen Kositza**. Kubitschek selbst verortet sich in der Tradition der sogenannten „Konservativen Revolution“ der Weimarer Republik, einer Strömung von antiliberalen und antidemokratischen Theoretikern wie **Oswald Spengler** und **Carl Schmitt**, deren Werke nach Lesart der „Neuen Rechten“ einen originär rechten Theoriefundus darstellen, der nicht mit dem Nationalsozialismus verquickt und dementsprechend historisch unvorbelastet sein soll. Eine Fiktion, die auf den 2003 verstorbenen Schweizer Schriftsteller **Armin Mohler** zurückgeht, als dessen „Freund und Schüler“ Kubitschek sich selbst sieht.

Mit seinen intellektuellen Vorbildern teilt Kubitschek die Überzeugung, dass die Zustände, die es im Sinne ihres Konservatismus zu erhalten lohnt, erst hergestellt werden müssen. Für die AnhängerInnen des von Kubitschek mitgegründeten *Instituts für Staatspolitik* (IfS) bedeutet dies: Überwindung des universalistischen Zeitgeistes, Rückzug auf den autoritären Nationalstaat, Erhaltung der Identität des deutschen Volkes im Sinne weitestgehender ethnischer Homogenität. Zur Umsetzung dieser Ziele setzt die „Neue Rechte“ auf das vom linken Theoretiker **Antonio Gramsci** entlehnte Konzept des Kampfes um die kulturelle Hegemonie durch die Besetzung des „vorpolitischen Raumes“ (vgl. Schwerpunkt Lotta #64).

Kubitscheks Thesen werden bereits seit längerem auch in der *Alternative für Deutschland* (AfD) rezipiert. Auf ihrem „Rittergut“ in Schnellroda — inzwischen zu einem Tagungs- und Schulungszentrum ausgebaut — hielt **Björn Höcke** im November 2015 seine berüchtigte Rede über angebliche unterschiedliche „Fortpflanzungsstrategien“ von Europäern und Afrikanern. In derselben Rede sprach er davon, sich in Schnellroda regelmäßig „geistiges Manna“ abzuholen.

Mediale Selbstinszenierung

Kubitschek und Kositza schweigen. Ein seltener Moment auf der Frankfurter Buchmesse. Vor dem Podium der Bundeszentrale für politische Bildung, auf dem am dritten Fachbesuchertag der Historiker **Volker Weiß** auftritt, hat sich das neurechte Verlegerpaar demonstrativ in Pose geschmissen. Mit verschränkten Armen und versteinertem Blick lauscht Kubitschek den Ausführungen, während Ellen Kositza mit einem kleinen Stapel Flugblätter daneben steht. Weiß hat sich mit seinem Buch „Die autoritäre Revolte“ den Zorn der beiden zugezogen. Bei der Leipziger Buchmesse im Mai diesen Jahres hatte Kubitschek Weiß minutenlang beschimpft. An diesem Freitag aber schweigt er — und lässt sich dabei filmen.

Dass sie sich nicht allein auf ihren Stand beschränken werden, sondern die gesamte Messe als Bühne begreifen, machen die VertreterInnen von *Antaios* ebenfalls vom ersten Tag an klar. Eine der Töchter Kubitscheks versucht ein Panel des Börsenvereins zu stören und beklagt, dass nur „über uns, aber nicht mit uns geredet werde“. Ein Opfernarrativ, das auch Ellen Kositza bei ihren Auftritten immer wieder im Mund führt. „Wir müssen auf Augenhöhe reden“, erklärt sie etwa am Samstag, kurz bevor in Halle 4.2 der Tumult losbricht. Bereits vor Beginn der Messe hatte sie in einem offenen Brief der *Amadeu-Antonio-Stiftung* einen solchen Dialog angeboten — freilich nicht, ohne im gleichen Brief zu erklären, warum die VertreterInnen der Stiftung eigentlich keine würdigen Dialogpartner seien. Die Stiftung, die Projekte gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus fördert, bezieht während der Messe einen Stand schräg gegenüber von *Antaios* — auf Einladung der Messeleitung.

Aktionen

Dass der *Antaios*-Auftritt zu Protesten führen würde, war den Verantwortlichen der Buchmesse bewusst. Der Börsenverein selbst hatte am ersten Messetag eine Demonstration gegen Rassis-

mus in der Messehalle 3.1, wo *Antaios* untergebracht war, organisiert. Bereits vor der Eröffnung hatten Unbekannte die Auslage des Verlages mit Kaffeepulver und Zahnpasta beschädigt. Es blieb nicht der einzige Zwischenfall. In der Nacht auf Freitag wurde der Gemeinschaftsstand des *Manuscriptum-Verlags* und des Magazins *Tumult* (vgl. *Der Rechte Rand* #162) komplett ausgeräumt. In einer weiteren Nacht- und Nebelaktion überklebten Unbekannte die Wandplakate des *Antaios-Verlages* mit Folien, auf denen der Spruch „Zu Risiken und Nebenwirkungen lesen sie ein Geschichtsbuch oder fragen sie ihre Großeltern“ prangte. Ebenfalls am Freitag wurde am Stand der *Jungen Freiheit* der Gründer des linken *Trikont-Verlages*, **Achim Bergmann**, nach einem Zwischenruf von einem Besucher niedergeschlagen. Ein Vorspiel für die Auseinandersetzungen am Samstag, welche die Tageszeitung *Die Welt* später in einem Kommentar als das „Worst-Case-Szenario“ für eine Buchmesse bezeichnete.

Machtdemonstration

Einen letzten Coup hat sich Kubitschek für den ersten offiziellen Publikumstag aufgehoben. Erst zwei Tage vorher hatte er bekanntgegeben, dass Björn Höcke am Messesamstag dem Stand einen Besuch abstatten wolle. Kubitschek hat seinen politischen Weggefährten zu einem Messerundgang eingeladen. Sie bleiben nicht allein. Rund 150 Menschen schließen sich der Tour an. Mit dabei sind erwartungsgemäß bekannte Gesichter der IB. Dazu kommen rechte Lokalpolitiker, wie **Wolfgang Hübner**, langjähriger Stadtverordneter der *Bürger für Frankfurt*, sowie Aktivisten der süddeutschen Neonazi-Szene: **Maximilian Reich** vom *Antikapitalistischen Kollektiv* (siehe Lotta #66, S. 29) und **Patrick Schröder**, der zuletzt Neonazi-Konzerte in Themar organisierte. Dieses Publikum ist es, das auf den zunächst vereinzelten Protest von einem guten Dutzend GegendemonstrantInnen mit frenetischen „Jeder hasst die Antifa“-Sprechchören antwortet, eingepeitscht von **Martin Semlitsch** — besser bekannt unter seinem Pseudonym **Martin Lichtmesz** — und Götz Kubitschek auf der Bühne des Forums Wissenschaft und Bildung in Halle 4.2. JournalistInnen werden angegangen, GegendemonstrantInnen Plakate aus der Hand gerissen. Der Stadtverordnete **Nico Wehnemann** wird beim Versuch die Halle zu verlassen, von einem Sicherheitsmann zu Boden gerissen und leicht verletzt.

Im Herzen des Establishments

Eine Stunde lang, während auf der Bühne Björn Höcke, **Caroline Sommerfeld**, Martin Semlitsch und schließlich **Akif Pirinçci** zu Wort kommen, scheint in Halle 4.2 die Rechte in Deutschland die Oberhoheit über jenen vorpolitischen Raum zu genießen, die sie sich so sehr wünscht. Als jedoch um 18 Uhr **Martin Sellner** und **Mario Müller** — ein zweifach wegen Körperverletzung vorbestrafter ehemaliger Aktivist der „Freie Kameradschaften“-Szene in Niedersachsen, der nun beim IB-Ableger *Kontrakultur Halle* aktiv ist — die Bühne betreten, bricht der Tumult los. Alle Versuche Sellners und Müllers, das Wort zu ergreifen, werden von mehr als 100 GegendemonstrantInnen mit Sprechchören übertönt. 40 Minuten lang kommen die Rechten nicht zu Wort. Dann verlassen die DemonstrantInnen Halle 4.2 freiwillig.

Es wäre eine Niederlage für Kubitschek, wenn sich ihm nicht am Ende doch noch einmal die Gelegenheit zur Selbstinszenierung böte. Als **Juergen Boos**, Leiter der Buchmesse, das Podium betritt, um die Veranstaltung für beendet zu erklären, lässt Kubitschek ihn nicht zu Wort kommen. „Wir machen einfach weiter“, erklärt er. Martin Sellner gibt dem Publikum die passende Deutung der Ereignisse mit an die Hand: „Wir sind hergekommen und haben ein Zeichen gesetzt — im Herzen des linksliberalen Establishments!“ Das von Sellner selbst produzierte Video, das diese Ansprache zeigt, trägt den Titel „Übernahme einer Buchmesse“.

Am Tag nach den Tumulten indes beginnt sich der Spin, an dem Kubitschek und seine Mitstreiter während der Messe bereits gewerkelt hatten, effizient zu drehen. Die „Neue Rechte“ inszeniert sich als Opfer eines repressiven links-liberalen Mainstreams, und Teile der deutschen Presse sekundieren ihr dabei: „Eine Gesellschaft, in der bereits die schiere Buchmessepräsenz von Verlagen, die sich publizistisch gegen den linksliberalen Mainstream stellen, zum Politikum gerinnt, hat mit der Meinungsfreiheit ein Problem“, schreibt etwa *Die Welt*. In „Deutschlandfunk Kultur“ beschränkt sich die Berichterstattung über die Tumulte auf die Wiedergabe von Aussagen der *Antaios*-Autorin Caroline Sommerfeld, welche die GegendemonstrantInnen unter anderem pauschal als „Linksextremisten“ titulieren darf. Die Anwesenheit bekannter RechtsextremistInnen etwa war keine Erwähnung wert. Die Leitung der Buchmesse stellt derweil in ihrer Pressemitteilung lapidar fest: „Überschattet wurde die Buchmesse durch Konfrontationen zwischen rechten und linken Gruppierungen.“

—

Anmerkung der LOTTA: Dieser Artikel erschien erstmals in Der Rechte Rand, Ausgabe 169, und wurde leicht modifiziert.

Foto: Lionel C. Bendtner

Von Laika Alva

Frauen in der „Identitären Bewegung“

Strategien, Diskurse und Geschlechterbilder

Rechten ProtagonistInnen gelingt es zunehmend, sich gleichzeitig vermeintlich für wie auch gegen geschlechtliche Gleichstellung zu positionieren. Damit reagiert die Rechte auf gesellschaftliche Veränderungen, die vielfältige, sich permanent modernisierende Geschlechterbilder mit sich bringen. Angeblich naturbedingten Geschlechterunterschieden kommt nicht länger uneingeschränkt eine hierarchisierende Ordnungsfunktion zu. Von Relevanz sind dabei auch die sexualisierten Übergriffe an Silvester 2015/2016 in Köln, die in einem rechten antifeministischen Diskurs gerahmt und für eine anschlussfähige Ideologie der „Identitären“ genutzt wurden.

Antifeministische Begründungsmuster sind ein zentraler Eckpfeiler extrem rechter, christlich-fundamentalistischer und wertkonservativer Diskurse. In den vergangenen Jahren haben sich Allianzen formiert. Hier verbinden sich unterschiedliche Spektren, die sich ansonsten nicht unbedingt in allen Themengebieten entsprechen mögen, seien es „Besorgte Eltern“, AfD, „Demo für Alle“, „Identitäre“, Neonazis sowie Teile der CSU/CDU. Die Mobilisierung gegen emanzipatorische Inhalte stellt zunehmend ein Phänomen transnationaler Vernetzung dar. Beispielhaft kann das internationale ultrakatholische Netzwerk TFP („Tradition — Familie — Privateigentum“), das in Polen gegen Abtreibung mobilisiert, genannt werden. Es bestehen enge Verbindungen zwischen TFP und der Zivilen Koalition um **Beatrix von Storch**, stellvertretende AfD-Vorsitzende. So wird der europäische Zweig der TFP von **Paul von Oldenburg**, Cousin von Beatrix von Storch, koordiniert. Dabei ist es kein Zufall, dass antifeministische Argumentationsmuster der „Natürlichkeit der Geschlechter“ in einem gesellschaftlichen Klima an Relevanz gewinnen, in dem ebenso völkisch-nationalistische und antimuslimische Diskurse erneut Aufwind erfahren.

Die Vorstellung von der „weißen“ heterosexuellen Kleinfamilie als Kerneinheit ist zentral für das Konzept eines „Europa der Vaterländer“, das ebenso auf patriarchalen Geschlechterbilder wie auf rassistischen Ausschlüssen beruht. Und so stehen für die „Identitären“ feministische Errungenschaften ihrer europäischen Bevölkerungspolitik als Feindbild diametral entgegen.

Feministischer Positionen als Ausdruck der Modernisierung?

Hinsichtlich rechter antifeministischer Ideologien zeigt sich eine widersprüchliche Konfiguration: Innerhalb der pauschalen Gleichsetzung des Islam mit Rückständigkeit, Sexismus und Frauenunterdrückung, wird in Abgrenzung gleichzeitig die eigene Fortschrittlichkeit in Sachen Emanzipation postuliert. Auch die post-Köln-Debatte zeigte Rassifizierungsprozesse von Sexismus durch Aneignung feministischer Standpunkte. Sie ist gleichzeitig auch ein Beispiel für einen vom Alltagsrassismus getragenen Diskurs über sexualisierte Gewalt, der durch die Rechte weiter angeheizt wurde. Das Begründungsmuster für die Übergriffe in dieser Nacht zielte nicht etwa auf das Thema sexualisierte Gewalt im öffentlichen Raum, sondern auf die vermeintliche Herkunft der Täter*innen ab. Und so konnte die Rechte in diesen rassistischen Diskurs intervenieren, um ihr Feindbild des „übergriffigen Fremden“ gesellschaftlich weiter zu festigen. Wenn die „Identitären“ auf der Frankfurter Buchmesse 2017 gegenüber linken Gegendemonstrant*innen rufen „Wo wart ihr Silvester?“, dann wollen sie ein Bild über sich produzieren, das sich für Frauenrechte einsetzt und sexualisierte Übergriffe gegen Frauen öffentlich anprangert. Versucht wird, sich einen modernen Anstrich in Abgrenzung zur „klassischen“ rückwärtsgewandten und am Nationalsozialismus orientierten extremen Rechten zu verpassen. Und so laufen Aktivistinnen bei Demos der „Identitären“ medienwirksam in den ersten Reihen mit, um diesen Anschein aufrecht zu erhalten. Aber ist die Darstellung der „gleichberechtigten Aktivistin“ wirklich Realität?

Aktivistinnen bei den „Identitären“

Im Februar 2017 brachte das extrem rechte *Compact Magazin* eine Ausgabe mit dem Titel „Jung, Wild, Patriotisch“ heraus. In einem Interview mit „identitären Frauen“ sprechen diese von einem Frauenanteil von bis zu 35 Prozent bei ihren Stammtischen. Das sei ein Frauenanteil, der dem des Bundestags entsprechen würde. Und es seien nicht einmal alle „Mädels“ da gewesen, so die Interviewten. Demgegenüber besagen Recherchen des *apabiz e.v.*, dass der Frauenanteil bei den „Identitären“ 10 bis 15 Prozent betrage und höhere Führungsfiguren zumeist männlich seien. Somit würden sich die „Identitären“ nicht grundlegend von anderen rechten Strukturen unterscheiden.
Die existierenden Aktivistinnen nutzen die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel der politischen Kommunikation und Vernetzung strategisch für sich, insbesondere die sozialen Netzwerke. Ob **Paula Winterfeldt** (IB Berlin-Brandenburg), **Melanie Schmitz** (*Kontrakultur Halle*), **Ina Alles** (IB/JA Leipzig) oder **Alina von Rauheneck** (IB Wien): Die sozialen Netzwerke dienen allen als Medium der Inszenierung moderner, aktivistischer und rechter Frauen. Suggeriert wird das Bild einer starken, unabhängigen und gleichberechtigten Aktivistin. So kann beispielsweise die Facebookseite „Identitäre Mädels und Frauen“ als ein solches Medium angesehen werden. Dabei wird diese gezielt genutzt, um menschenfeindliche Botschaften zu platzieren. Doch wie gestaltet sich nun das strategische Vorgehen der Protagonistinnen auf ihrer Facebook-Seite? Und welche Geschlechterbilder setzen sie dabei ein?

Die Strategien der „Identitären Mädels und Frauen“

Die Protagonistinnen der „Identitären“ bedienen sich auf ihrer Facebookseite vielfältiger und komplexer Begründungsmuster für ihre rassistischen Welt- und Menschenbilder. Gerade die rassifizierte Sexismusdebatte im Zuge der Silvesterereignisse verdeutlicht dabei die Strategie, unterschiedliche diskursive Stränge in Verbindung zu bringen, um Anknüpfungspunkte im Sagbarkeitsfeld für rechte Diskurse zu schaffen. Seitdem versuchen die Aktivistinnen vermehrt, eine weibliche Klientel über die sozialen Netzwerke zu mobilisieren. Häufig erfolgt eine gezielte Anrufung der „politischen Aktivistin“, die in avantgardistischer Manier Seite an Seite mit den Männern die „Zukunft Europas“ verteidigt. Posts wie „So schön kann Aktivismus sein...“ sollen das „spezifisch Weibliche“ an ihrer rassistischen Politik hervorheben, um sie für eine weibliche Klientel zu normalisieren und anschlussfähig zu machen. Auch die Argumentation mit „Frauenrechten“ durch die Chiffre Silvesternacht muss als Versuch der Sichtbarmachung und Anpassung mittels Diskursverschränkungen verstanden werden. Die Errungenschaften feministischer Bewegungen werden seither durch die „Identitären Mädels und Frauen“ für die moralische Untermauerung ihrer Agenda vereinnahmt, auf Konzepte der Gleichberechtigung nehmen sie nur innerhalb eines rassistisch-kulturalistischen Kontextes positiv Bezug. Ein Auszug aus einem Interview einer Aktivistin der *Identitären Bewegung Bayern* mit *SZ-jetzt* am 28. Oktober 2016 verdeutlicht das: „Mir ist die aktuelle

Blog der „identitären“ Frauen, Kategorie Handarbeit.

Politik nicht feministisch genug. Sonst wäre der politische Aufschrei nach der Kölner Silvesternacht deutlich lauter gewesen!“ Hinzu kommen vermehrte antifeministische Diffamierungen seit den Ereignissen, die feministische Kämpfe als Bedrohung für die angestrebte heteronormative Gesellschaftsordnung verunglimpfen sollen. Antifeministische Geschlechterbilder beinhalten zumeist Vorstellungen einer „traditionsbewussten Weiblichkeit“, die im Sinne einer Kontrastfolie der „modernen Welt“ entgegengestellt wird. So ist auch die Intention des Slogans „Nichts ist dem Feminismus so gefährlich wie ein traditionelles Mädchen“, abgebildet mit „weißen“ Frauen in trachtenähnlichen Kleidern und langem Haar. Gesellschaftliche Anschlussversuche erfolgen dabei derzeit in einem Klima, in dem sich zunehmend eine Verschiebung im Sagbarkeitsfeld hin zu rassistischen und antifeministischen Argumentationen abzeichnet. Letztere und ein vermeintlich emanzipiertes Geschlechterbild schließen sich nicht aus, sondern werden zusammen eingesetzt, um an Alltagsdiskurse andocken zu können. Wenn „deutsche“ Männer zum „Schutz unserer Frauen“ vor männlichen* Migranten aufgefordert werden, werden sexualisierte Gewalt durch „weiße“ Männer sowie sexistische und patriarchale Strukturen szeneintern und gesamtgesellschaftlich einer Auseinandersetzung entzogen. Der rassistische Diskurs stellt nicht nur eine Strategie für die Rechte dar, er ist auch der Kitt, der den internen Zusammenhalt trotz eigener Widersprüche gewährleistet.

Die unterschiedlichen Geschlechterbilder der Aktivistinnen

Die Aktivistinnen der *Identitären Bewegung* verfolgen eine Strategie, die sich vielfältiger Geschlechterbilder bedient: Von selbstbewusst zu traditionsbewusst, von antifeministisch zu positiver Bezugnahme auf geschlechtliche Gleichstellungspolitiken, aber auch von explizit bis implizit vorgetragenem Rassismus wird die diskursive Bandbreite ersichtlich. Die unterschiedlichen genutzten Geschlechterbilder stehen nicht etwa in einem Widerspruch zueinander, sondern müssen im Hinblick auf die zentralen Bestrebungen um die Anschlussfähigkeit ihrer Agenda betrachtet werden. Die Variabilität der Begründungsmuster wirft ein Licht auf die Diskursfähigkeit der Rechten: Sie reagiert sehr flexibel und unmittelbar auf Alltagsdiskurse, um diese — im Sinne einer angestrebten Deutungshegemonie — selbst zu besetzen. Mit Blick auf die Anschlussfähigkeit nehmen die Aktivistinnen in der Rechten eine zentrale Schlüsselfunktion ein. Ihr strategisches Wirken entzieht sich zudem weitgehend öffentlicher Aufmerksamkeit und kritischer Beobachtung. Denn sie profitieren von der dominanten Vorstellung von der unpolitischen und „friedfertigen Frau“. In Zeiten der zunehmenden Relevanz sozialer Netzwerke als politischen Kommunikationsmittels und Instruments der öffentlichen Meinungsbildung kann eine Etablierung extrem rechter Ideologie, sowie Politisierung (potenzieller) AktivistInnen dann auch niederschwellig und europaweit erfolgen. Deshalb ist es wichtig, diese Strategien zu dekonstruieren. Ihre popkulturelle Inszenierung als vermeintlich „identitäre Feministinnen und Influencerinnen“ kann nicht darüber hinweg täuschen, dass Weiblichkeit hier ausschließlich in der Figur der Mitkämpferin, der Gefährtin, des Sexualobjekts und der Mutter gedacht und rassistisch begründet wird und somit jeglichen emanzipatorischen Gehalts entbehrt. Gegen ihre menschenverachtende Ideologie gilt es sich aus feministischer und emanzipatorischer Sicht entschieden abzugrenzen.

Marc M. fotografiert Gegendemonstrierende in Remagen ab.

Von Oliver Peters

Zwischen Höhenflug und Marginalisierung

Die extreme Rechte im nördlichen Rheinland-Pfalz im Jahr 2017

Im nördlichen Rheinland-Pfalz besetzt die AfD politische Räume, die zuvor von offen neonazistischen Organisationen genutzt wurden. Diese wiederum geraten zunehmend in den Hintergrund. Der Versuch einer Bestandsaufnahme.

Politisch konsequent störten sich im Dezember 2017 AfD und *Junge Alternative* (JA) an der angekündigten jährlichen Gedenkveranstaltung für **Nihat Yusufoğlu** in Hachenburg (Westerwaldkreis). Der 17-Jährige war am 28. Dezember 1990 von Neonazis erstochen worden. „Die Hachenburger Bürger wollen ihre Ruhe und haben den linken Trubel satt", so die AfD Westerwald. Am Tag des Gedenkens zeigten sich dann Mitglieder der JA Westerwald-Mittelrhein am Rande der Veranstaltung. 2016 war es noch die neonazistische Kleinstpartei *Der III. Weg* gewesen, die kurz vor dem Gedenkspaziergang der *Initiative gegen das Vergessen Hachenburg* Flyer verteilte. Und weitere Jahre zuvor störten Aktivist_innen des ebenfalls neonazistischen *Aktionsbüros Mittelrhein* (ABM).

Die Aufbruchstimmung der europäischen Rechten bestimmte 2017 auch den politischen Jahresbeginn im nördlichen Rheinland-Pfalz. Für den 21. Januar kündigte sich ein europäisches Stell-Dich-Ein der Rechtspopulist_innen an. In der Koblenzer Rhein-Mosel-Halle lud die Europaparlaments-Fraktion *Europa der Nationen und der Freiheit* (ENF) zur einer Großveranstaltung. Eingeladen hatte die damalige AfD-Bundessprecherin **Frauke Petry** zusammen mit dem AfD-Europaparlamentarier **Marcus Pretzell**.

Zurück in die Gegenwart: Das ABM

Als prägender Akteur im Norden des Bundeslandes folgte der 2005 aufgelösten *Kameradschaft Westerwald* das *Aktionsbüro Mittelrhein* (ABM), das bis 2012 aktiv war. Mit dem Vorwurf der Bildung einer Kriminellen Vereinigung, entsprechenden repressiven Maßnahmen Anfang 2012 — kurz nach der Selbstenttarnung

des NSU — und dem anschließenden Prozess vor dem Landgericht Koblenz wurde diese Struktur erheblich geschwächt. Doch bereits während des Prozesses waren einige aus der U-Haft entlassene Angeklagte wieder in der neonazistischen Szene aktiv, beispielsweise bei der Vorbereitung und Durchführung der jährlichen „Trauermärsche" in Remagen. **Marc M.** zögerte dabei auch nicht, seine „Anti-Antifa"-Arbeit — immerhin Gegenstand der Anklage gegen das ABM — fortzusetzen und beispielsweise Gegendemonstrant_innen zu fotografieren. Die aufgrund der Pensionierung des Vorsitzenden Richters nach fünf Jahren bzw. 337 Prozesstagen erfolgte Einstellung des Verfahrens bedeutete für die Angeklagten nicht nur einen Straferlass, sondern kam für sie einem „Sieg über das System" gleich. Ihre Verzögerungstaktik — unter anderem durch Befangenheitsanträge der Verteidigung — war erfolgreich, wenn auch nur vorerst. Am 4. Dezember 2017 wurde eine Neuaufnahme des Prozesses beschlossen. Für 17 der einst 26 Angeklagten wird es 2018 also von vorne losgehen.

Nachfolgeorganisation NPD

Parallel zum Wegfall der Strukturen der Kameradschaftsszene geriet die NPD Rheinland-Pfalz in eine existenzbedrohende Krise. Im nördlichen Rheinland-Pfalz gibt es nur noch den Kreisverband Mittelrhein, der maßgeblich aus ehemaligen Mitgliedern des ABM besteht. Im NPD-Landesvorstand ist dieser Personenkreis mit vier Beisitzenden von den insgesamt noch drei bestehenden Kreisverbänden am stärksten vertreten — unter anderem durch die ehemaligen ABM-Führungskader **Sven Lobeck** und **Christian Häger**. Die Tatsache, dass ehemalige ABM-Mitglieder die NPD als neues Betätigungsfeld ausgewählt hatten, ändert(e) allerdings kaum etwas am desolaten Zustand des NPD-Landesverbands. Die Wahlergebnisse im Zuständigkeitsbereich des KV Mittelrhein zeigen wie in ganz Rheinland-Pfalz die Krise der NPD auf: In den Wahlkreisen Ahrweiler, Montabaur und Koblenz kam sie nicht über 0,3 Prozent.
Auch wenn sich die NPD nicht als schlagkräftige Nachfolgeorganisation für das ABM darstellt, bietet sie einzelnen Personen dennoch eine geeignete politische Plattform. Eine Nachfolgeorganisation des „Aktionsbüros" außerhalb der NPD ist aktuell auch nicht erkennbar. Ehemalige Führungspersonen des ABM gingen bundesweit auf Vortragsreise über den ABM-Prozess und nutzen die Partei als öffentliche Plattform. So besuchten einige Angeklagte Ende 2017 den NPD-Europaparlamentsabgeordneten **Udo Voigt** in Brüssel. Dieser machte nach eigenen Aussagen den Prozess in Koblenz zum Thema im EU-Parlament. Der ABM-Angeklagte **Phillip Neumann** erfreut sich mit seiner Band *Flak* sowie als Solokünstler („Phil von Flak") immer größerer Beliebtheit in der Szene. Als ABM-Hausband angefangen, stehen er und seine Band nun europaweit zusammen mit *Blood & Honour*- und „Hammerskin"-Bands auf der Bühne. Bei dem Rudolf-Heß-Marsch in Berlin im Sommer 2017 war Häger in die Demoleitung eingebunden und soll laut Informationen von *berlingegenrechts.de* die Aktion auch angemeldet haben.

Kontinuität „Heldengedenken"

Als Trauermärsche inszenierte nationalsozialistische „Heldengedenken" spielen für die regionale Szene eine wichtige Rolle. Seit 2003 gibt es regelmäßig Aufmärsche mit einem identitätsstiftenden Vergangenheitsbezug. In den Jahren 2003 bis 2007 diente ein SS-Ehrenmal in Marienfels (Rhein-Lahn-Kreis) als Anlass für regelmäßige Demonstrationen.
Schon damals waren auch auswärtige Neonazis wie der Düsseldorfer **Sven Skoda** vor Ort, eine der später im ABM-Prozess angeklagten Personen. 2005 gab es anlässlich des Jahrestags der Befreiung vom Nationalsozialismus einen ersten Aufmarsch in Remagen im Kreis Ahrweiler. Ab 2009 organisierte das ABM seinen eigenen jährlichen Aufmarsch in Remagen und etablierte einen festen Termin im Kalender der überregionalen Neonazi-Szene. Anlass sind die sogenannten Rheinwiesenlager, alliierte Kriegsgefangenenlager, die nach Kriegsende errichtet wurden. Diese Aufmärsche brachen auch nicht mit dem Koblenzer Prozess und der damit verbundenen Untersuchungshaft vieler Angeklagter ab. Inzwischen hat auch ein weiteres Rheinwiesenlager wieder Konjunktur. Regelmäßig eine Woche nach dem Aufmarsch in Remagen findet in Bretzenheim ein neonazistisches „Heldengedenken" statt, organisiert von **Wilhelm Herbi**. Zur Kundgebung erschienen 2017 etwa 90 Teilnehmer_innen am „Feld des Jammers".

Aufbruchstimmung im Westerwald

Ab 2014 eröffneten sich mit der rassistischen Massenmobilisierung neue politische Räume, in denen die traditionellen Akteur_innen der extremen Rechten ihren Platz finden mussten. Dies ließ sich in den vergangenen Jahren gut im Westerwald beobachten. Dort entstand 2015 aus den Protesten gegen eine geplante Flüchtlingsunterkunft am Stegskopf (Landkreis Altenkirchen) das *Bekenntnis zu Deutschland* (BzD), maßgeblich initiiert durch AfD-Mitglied **Thorsten F.** In mehreren Kleinstädten im Westerwald rief der PEGIDA-Ableger zu Demonstrationen auf, an denen zwischen 300 und 500 Menschen teilnahmen. Das BzD zeigt sich von Anfang an offen für Neonazis. An den Demonstrationen be-

teiligten sich unter anderem Reste der lokalen NPD sowie Mitglieder der ehemaligen *Kameradschaft Westerwald* und des ABM. Besonders präsent zeigten sich aber **Julian Bender** und **Matthias Herrmann** vom *Der III. Weg*. Mit dem Einschlafen des BzD versuchte Bender, das Vakuum mit eigenen Demonstrationen zu füllen. Thematisch wurde dafür eine geplante DITIB-Moschee in Hachenburg herangezogen. *Der III. Weg* griff das Thema im Herbst 2016 mit zwei Demonstrationen auf. Im November 2016 gründete sich in Koblenz der „Gebietsverband West" der Partei mit Bender als „Gebietsleiter". Allerdings brachte dieser im Westerwald kaum 30 Neonazis auf die Straße, die Motivation schwand. Im März 2017 blieb noch ein Infostand in der Hachenburger Innenstadt übrig. Fortan beschränkte sich *Der III. Weg* auf Flugblattaktionen und interne Veranstaltungen wie ein völkisches Pfingstfest oder ein nationalistisches Pilzesammeln. Im November 2017 folgte ein juristischer Dämpfer: Vier Teilnehmer der Demonstration im Dezember 2016 in Hachenburg wurden wegen Uniformierung auf einer öffentlichen Versammlung verurteilt. Das Tragen einheitlicher Jacken und Mützen sowie das Gesamterscheinungsbild der Demonstration sei laut Gericht geeignet gewesen, „beim Beobachter suggestiv-militante Effekte in Richtung auf eine einschüchternde uniforme Militanz auszulösen".

Julian Bender beim Versuch, das vom BzD hinterlassende Vakuum zu füllen. Foto: Alex Wißmann

Konkurrenznetzwerk

Den neonazistischen Parteien in Rheinland-Pfalz setzen nicht nur die parlamentarischen Erfolge der AfD zu. Es gelang ihnen im Westerwald nicht, die flüchtlingsfeindlichen Proteste aufrecht zu erhalten und sich als politische Kraft zu etablieren. Die AfD etablierte ihrerseits vornehmlich im Westerwald ein AfD-nahes Netzwerk an Konkurrenzorganisationen. **Justin Cedric Salka**, zweiter AfD-Kreisvorsitzender und ehemaliger Vorsitzender der JA Westerwald-Mittelrhein fungiert hierbei als Bindeglied zur *Identitären Bewegung* (IB). Bei Aktionen der JA verschwimmt auch schon mal die Trennschärfe zu den Organisationen offener Neonazis. Bei einer Veranstaltung zum Volkstrauertag an einem Kriegsdenkmal in Norken im Westerwaldkreis präsentierte die JA einen ehemaligen NPDler als Fahnenträger. Die Wortwahl des Regionalvorsitzenden der JA, **Robert-Leon Pawlik**, ermöglicht einen Einblick in die ideologische Verortung der JA-Aktivist_innen: „Auch wenn zum deutschen Volk angeblich alle hier im Lande lebende Menschen gehören, müssen sich nur die Biodeutschen das Opfergewand anziehen." Insgesamt verstärken sich im Landesverband der AfD die Verbindungen zu noch weiter rechts stehenden Kreisen — und deren Einfluss auf die Partei (siehe LOTTA #65, S. 17), insbesondere aus dem Burschenschaftsmilieu und der IB. Die wenigsten Berührungsängste gibt es hierbei im Westerwald.

Ausblicke

Das Jahr 2017 zeigte eine geschwächte Neonazi-Szene, die sich zu stabilisieren versucht. Dies gelang nur spärlich. Mit der Neuaufnahme des Prozesses gegen das ABM werden auch 2018 einige wichtige Akteure einen Teil ihrer Kapazitäten in ihre Strafverfahren investieren müssen. Dies hinderte jedoch beispielweise Häger am 13. Januar 2018 nicht, sich zum Bundesvorsitzenden der JN wählen zu lassen. Für die Begleitmusik auf der Wahlveranstaltung sorgte „Phil Flak". Aktuell sind es die „Heldengedenken"-Termine, die eine letzte Kontinuität für die rheinland-pfälzische Neonaziszene darstellen. Es ist anzunehmen, dass der jährliche Aufmarsch in Remagen seine wichtige Funktion für die überregionale Neonaziszene behält. Der Versuch von *Der III. Weg*, sich lokal zu verankern, scheint im Westerwald vorerst gescheitert. Die NPD ist im gesamten RLP von ihrer Marginalisierung beim „Kampf um die Parlamente", ihrem schwachen Personal und internen Zwistigkeiten schwer angeschlagen. Da kann auch die Verjüngungskur durch Mitglieder des ehemaligen ABM kaum Abhilfe schaffen. Nicht zu unterschätzen sind jedoch die guten sozialen Netzwerke der neonazistischen Szene im nördlichen Rheinland-Pfalz, die es erlauben, auch längere Durststrecken in ländlichen Rückzugsgebieten zu überwintern. Hervorzuheben sind hier der Kreis Ahrweiler und der Westerwaldkreis. Erfolgsversprechend könnte die neonazistische Subkultur bleiben. Die Schaffung neonazistischer Erlebniswelten liegt nach Themar (vgl. Lotta #68, S. 29 ff.) im bundesweiten Trend und unterliegt nicht der Gefahr, von rechtspopulistischen Akteuren vereinnahmt zu werden.

Unter freiem Himmel

Demonstrative Rechtsaußen-Aktionen im 4. Quartal 2017

Nachgemeldet aus dem 3. Quartal 2017

Eine Minikundgebung mit weniger als zehn Teilnehmenden führte der als *Mädelbund Henriette Reker* bzw. *Identitäre Aktion* auftretende Kreis um Sigrid Schüssler und Melanie Dittmer am **12. Juli 2017** in **Köln (NRW)** durch. Das Motto lautete „Bürger halt's Maul". Man habe, so hieß es nach der Aktion, „satirisch auf die angehende Einschränkung der bundesbürgerlichen Restmeinung hingewiesen", „Flugblätter verteilt" und „Reden zum Thema Zensur gehalten".

Einen „unangemeldeten Fackelzug in **Willich" (Kreis Viersen, NRW)** am späten Abend des **2. September 2017** meldete die zuständige Kreispolizeibehörde. „Eine Gruppe von ca. 25 Personen" sei schweigend, mit „Leuchtfackeln", „weißen Gesichtsmasken" und einem „Banner mit der Aufschrift ‚Migrantengewalt stoppen'" ausgerüstet, an einer Willicher Flüchtlingsunterkunft vorbei gezogen. Der DR-Wuppertal-nahe neonazistische Blog *toeller-sicht.info* meldete, es habe sich um eine namenlose „Gruppe national gesinnter Aktivisten aus dem Großraum Willich gehandelt", die „schon seit längerer Zeit im Rheinland" auf sich aufmerksam mache, „zuletzt durch Transparente auf Autobahnbrücken". Das von den „Aktivisten" gelieferte Foto lässt darauf schließen, dass es sich zumindest bei einem Teil der Vermummten um rechte Hooligans handeln könnte, die im Großraum Mönchengladbach eng mit dem ehemaligen *pro NRW*-Ratsherrn Dominik Roeseler verbandelt sind. Der Polizeiliche Staatsschutz ermittelt wegen eines Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz gegen die unbekannten Teilnehmenden.

PEGIDA NRW

Nachdem der Duisburger Hooligan Kevin Strenzke die Leitung der PEGIDA-Orga übernommen hatte, war es eigentlich nur noch eine Frage der Zeit, bis die Tage von PEGIDA NRW endgültig gezählt sein würden. Obwohl am **9. Oktober 2017** gerade einmal 35 Personen an der 81. PEGIDA-NRW-Aktion vor dem **Duisburg**er Hauptbahnhof teilnahmen, sprach Strenzke noch von einem „Leuchtturm fürs Deutschtum und deutscher Kultur". Einen Monat später fantasierte er anlässlich des letztendlich 40-köpfigen 82. Auftritts am **6. November 2017** von einem „Leuchtfeuer für das Andenken unserer Nation und unserer Geschichte". Es sollte das einstweilen letzte Feuerchen von PEGIDA NRW gewesen sein, vielleicht sogar das allerletzte. Für den 4. Dezember 2017 kündigte Strenzke überraschend einen Umzug des Spektakels nach Dortmund an. Von einem Kooperationsgespräch mit der Dortmunder Polizei am 29. November 2017 kehrte er jedoch nicht zurück, da er im Dortmunder Polizeipräsidium festgenommen worden war. „Gegen den Mann lag wegen des Verdachts zahlreicher Straftaten ein Untersuchungshaftbefehl des Amtsgerichtes Duisburg vor", so die Polizei Dortmund. Die PEGIDA-Aktion wurde daraufhin von Veranstalterseite abgesagt und die Facebook-Seite abgeschaltet.

„Die Rechte" (NRW, RLP)

Etwa 40 Neonazis versammelten sich am „Tag der deutschen Einheit", also am **3. Oktober 2017**, unter dem Motto: „Wir sind das Volk" in der **Dortmund**er Innenstadt. Aufgerufen hatte *Die Rechte* Dortmund.

Unter dem Motto „Tour der Gerechtigkeit" führte der Landesverband Südwest der *Die Rechte* am 14. Oktober 2017 drei Kundgebungen in **Alzey**, **Wörrstadt** und **Wöllstein** (alle **Landkreis Alzey-Worms**, RLP) durch. Es sprachen Florian Grabowski (*Die Rechte*), Jacqueline Süßdorf (NPD Saar) und Detlef Walk (*Nationaler Widerstand Zweibrücken*). Der Landesverband Südwest ist für das Saarland und Rheinland-Pfalz zuständig.

Nach einer Reihe von Störversuchen einer städtischen Gedenkveranstaltung zur Reichspogromnacht am **9. November 2017** am jüdischen Mahnmal in **Dortmund**-Dorstfeld und einer Reihe von polizeilichen Platzverweisen meldete die Dortmunder DR eine „Spontankundgebung gegen das einseitige Gedenken" am Dorstfelder Wilhelmplatz an, an der aber nur wenige

AfD-Kundgebung am 31. Dezember 2017 am Kölner Hauptbahnhof.

Personen teilnahmen. Anlässlich des ersten Jahrestags der „Besetzung" des Balkons des Glockenturms der **Dortmunder** Reinoldikirche führte der Dortmunder Kreisverband der *Die Rechte* am **15. Dezember 2017** eine Kundgebung mit 60 Teilnehmenden durch. Zeitgleich erklärten Neonazis ein Haus an der Wittener Straße im Stadtteil Dorstfeld für besetzt. Die Polizei, die wenige Stunden später das Haus betrat, konnte jedoch niemanden (mehr) antreffen.

Rheinwiesenlager-Gedenken in RLP

Unter dem Motto „Treue um Treue — Den Toten ein Gesicht geben" demonstrierten am **18. November 2017** etwa 230 Neonazis in **Remagen (Kreis Ahrweiler, RLP)**, um ihrer „Helden" zu gedenken. Organisiert wurde die Veranstaltung erneut aus den Reihen des ehemaligen *Aktionsbüros Mittelrhein*. Ans Mikro durften Christian Häger, Sven Skoda, Ralf Tegethoff und Matthias Drewer.

Einem Aufruf Wilhelm Herbis folgten am **25. November 2017** etwa 90 Teilnehmende zum „Feld des Jammers" in **Bretzenheim (Bad Kreuznach, RLP)**. Als Redner_innen waren Alfred Schaefer, Bernhard Schaub, Pfarrer Friedrich Bode, Lydia Walz, Roland Wuttke, Henry Hafenmayer, Dagmar Brenne, Dr. Gunter Kümel, Vitalij Killer, Ricarda Riefling (NPD) und Gerhard Ittner angekündigt. Vor Ort sprach außerdem Richard Edmonds.

Am **26. November 2017** trafen sich in **Bretzenheim (Bad Kreuznach, RLP)** erneut Neonazis zum Gedenken im Fackelschein. Dieses Mal aber waren es nur 14. Unklar blieb, wer die Veranstaltung organisiert hatte und ob sie angemeldet war.

NPD-Mahnwache in RLP

Zwölf Personen nahmen am **30. Dezember 2017** in **Speyer (RLP)** an einer Mahnwache des NPD-Kreisverbands Westpfalz teil, die sich gegen die Kritik an einer Glocke aus dem Nationalsozialismus mit Hakenkreuzeinlassung richtete. Als Redner_innen traten Markus Walter und Ricarda Riefling auf.

Die AfD in NRW und RLP

An einer Kundgebung der AfD in Hassloch (**Landkreis Bad Dürkheim, RLP**) nahmen am **25. November 2017** etwa 50 Personen teil, bei der unter dem Motto „Bürger schützen — Asylwahnsinn stoppen" die sofortige Abschiebung eines Asylbewerbers gefordert wurde. Redner_innen waren Iris Nieland und Joachim Paul, beide Landtagsabgeordnete der AfD in Rheinland-Pfalz.

Am **31. Dezember 2017** führte die **Kölner** AfD mit etwa 20 Funktionär_innen, Abgeordneten, Mitgliedern und Anhänger_innen eine von Gegendemonstrant_innen bedrängte kundgebungsartige Veranstaltung am Kölner Hauptbahnhof durch, um mit Bezug auf die Silvesternacht 2015/2016 Front gegen Geflüchtete zu machen und sich medial zu inszenieren. Der Kölner AfD-Fraktionsgeschäftsführer Wilhelm Geraedts griff am Rande der Aktion einen Gegendemonstranten mit einem Kopfstoß an und verletzte ihn.

Staatenlos in NRW

Mit jeweils maximal zehn Teilnehmenden setzte der dem „Reichsbürger"-Spektrum zugehörige Kreis um die Internet-Seite *staatenlos.info* am **14. Oktober 2017**, **17. November 2017** und **23. September 2017** seine monatlichen Kundgebungen „für Heimat und Weltfrieden" in **Köln** fort, um eine „Generallösung GG 139 + GG 146 in Verbindung mit SHAEF und SMAD", also eine „Generallösung zur Befreiung Deutschlands von Faschismus!" zu präsentieren.

Kurzmeldungen

Fakten, Fakten, Fakten aus NRW, RLP und Hessen

RechtsRock

Auf der Bühne

Die Band *Flak* (NRW) um Sänger **Philipp Neumann** trat am 7. Oktober 2017 in Kirchheim (Thüringen) beim „Joe Rowan Memorial"-Konzert der „Hammerskins" auf. Im Rahmen einer „Interessentenversammlung" des *Bündnis Zukunft Hildburghausen* am 30. Oktober 2017 trat Liedermacher *Flak* in der Gaststätte „Goldener Löwe" von **Tommy Frenck** in Kloster Veßra (Thüringen) auf. Am 4. November 2017 spielte Neumann dann im Rahmen des Kongresses „Gemeinsam für Europa", den *Die Rechte* mit zirka 150 TeilnehmerInnen in Schwerte durchführte. Zumindest angekündigt waren ein Liederabend und ein Konzert mit *Flak* am 24. und 25. November 2017 in Bulgarien, die von den lokalen *Blood & Honour*-Strukturen organisiert wurden.

„Live im Zuchthaus" lautete das Motto eines Konzert am 21. Oktober 2017 mit *Reichstrunkenbold* und *Blutlinie* in einer von Neonazis gemieteten ehemaligen Kneipe in Hamm (NRW).
Beim „Rock gegen links" am 28. Oktober 2017 stand neben der australischen Band *Fortress* auch *Oidoxie* (NRW) im thüringischen Themar vor zirka 1.100 Gästen auf der Bühne.
Im Raum Hamm fand am 18. November 2017 das „Verteidigt Europa"-Konzert mit *Blitzkrieg* (Sachsen), *Exzess* (Brandenburg), *Germanium* und *Barbarossa* (beide Baden-Württemberg) statt.
Smart Violence (NRW) trat am 2. Dezember bei einem Konzert unter dem Motto „German Skins Stick Together" im thüringischen Kirchheim auf.

Ein Auftritt des Liedermachers **Martin Böhne** (Hamm) beschloss eine Veranstaltung des *Die Rechte*-Kreisverbands Rhein-Erft anlässlich dessen fünfjährigen Bestehens.
An einem bislang unbekannten Ort stand *Division Germania* um **Andreas Koroschetz** aus Mönchengladbach (NRW) am 9. Dezember 2017 beim „White X-Mas"-Konzert auf der Bühne.
Die Rechte veranstaltete am 5. Dezember 2017 in Dortmund einen Liederabend mit **Michael Regener** alias *Lunikoff*. Regener war Sänger der Berliner RechtsRock-Band *Landser*.

RechtsRock (Sachsen, Hessen)

„Schild und Schwert"-Festival

Als politische Kundgebung wurde das Festival „Schild und Schwert" für den 20. und 21. April 2018 durch **Thorsten Heise** und Rechtsanwalt **Peter Richter** (beide NPD) angemeldet. Es soll auf dem Gelände des von **Hans-Peter Fischer** (*Freie Liste Biblis*, Hessen) betriebenen „Hotel Neisseblick" in Ostriz (Sachsen) stattfinden. Angekündigt sind die Bands *Nahkampf* (Solo), *Die Lunikoff Verschwörung*, *Griffin*, *Kategorie C*, *Amok*, *Die Liebenfelskapelle* (Solo), *Oidoxie*, *Bataillon 500* und *Sons of Odin*.

RechtsRock

Auf dem Plattenteller

„Heimat — Treue — Glaube — Wille — Stolz — Tradition" lautet der Titel der im Oktober 2017 beim hauseigenen Label *Wolfszeit Records* erschienenen CD der ostwestfälischen Band *Sleipnir*.
Das Einmann-Projekt *Sturmrebellen* aus Hessen veröffentlichte im Oktober die CD „Kampfgeschlecht" beim Label *Das Zeughaus*.
„German Skinhead Anthems" heißt die Split-CD der drei Bands MPU, *Overdressed* und *Smart Violence* (NRW), die im November 2017 von *Oldschool Records* veröffentlicht wurde.
Unter dem Namen *Revoltopia* produzierte **Kevin Link** aus dem hessischen Limburg die im Dezember 2017 erschienene CD „Eine Liebe".
An einem Demo arbeitet derzeit die neue Band *Farben des Krieges* aus dem Raum Dortmund. Sie besteht aus (ehemaligen) Mitgliedern der Bands *Notwehr*, *Libertin* und *Dux et Patria*.
Julian Fritsch alias *Makss Damage* veröffentlichte eine neue CD mit dem Titel „64 Lines EP".

Meinhard Otto Elbing von „Die Rechte".

Neonazis (NRW)

„Heldengedenken" zum Volkstrauertag

Am Volkstrauertag versammelten sich 15 Neonazis mit Trommeln, Fackeln und schwarz-weiß-roten Fahnen am Ehrenmal zum Gedenken an die Gefallenen des Weltkrieges auf dem Tönsberg im ostwestfälischen Oerlinghausen (Kreis Lippe). In Reden wurde zum Kampf gegen das System aufgerufen; die Taten von SS-Soldaten wurden verherrlicht. Unter den anwesenden Nazis befanden sich auch **Bernd Stehmann** (NPD) und **Meinhard Otto Elbing** (*Die Rechte*). Seit vielen Jahren versammeln sich Neonazis aus der Region regelmäßig zum Volkstrauertag an dem „Ehrenmal" in Oerlinghausen.

In Dortmund beteiligten sich ungefähr 30 Neonazis aus dem Umfeld der *Die Rechte* — obwohl unerwünscht — an der offiziellen Gedenkveranstaltung zum Volkstrauertag am 19. November 2017 auf dem Dortmunder Hauptfriedhof. Am gleichen Tag führte die *Aktionsgruppe-West* Mahnwachen und Kranzniederlegungen an vier Kriegerdenkmälern im Dortmunder Westen durch.

Auch die Neonazis von *Syndikat 52* führten im Aachener Land ein „Heldengedenken" durch.

Neonazis (NRW)

VS kooperierte mit SS-Siggi

Die *Ruhrnachrichten* berichteten am 28. November 2017, dass **Siegfried** „SS-Siggi" **Borchardt** sich mit dem Verfassungsschutz (VS) „für ein paar Flaschen Schnaps" zu Gesprächen getroffen haben soll. Borchardt soll aber nie offiziell als V-Mann geführt worden sein, heißt es mit Verweis auf Aussagen eines VS-Mitarbeiters. Borchardt könnte demnach eine jener Quellen des NRW-VS gewesen sein, die nie förmlich als V-Leute verpflichtet worden waren, aber nach Aussage des VS-Leiters **Burkhard Freier** vor dem NSU-PUA des Landtags über Jahre zur Informationsgewinnung genutzt wurden — und „um Einfluss auf die Organisation zu nehmen" (vgl. LOTTA #67, S. 4 ff.). Die *Ruhrnachrichten* zitieren zudem aus einem Geheimdienst-Vermerk, wonach Borchardt bei einem Kameradschaftstreffen im Januar 2005 von einem „Arrangement" mit Polizei und Verfassungsschutz berichtet habe, um „unnötige Demonstrationen" zu vermeiden. Die Zeitung fragt zurecht, welche Gegenleistung SS-Siggi für sein Zugeständnis erhalten habe.

Rechte Gewalt (NRW)

Mordversuch an Obdachlosem

In der Nacht des 8. auf den 9. November 2017 wurde in Bochum-Langendreer ein 55-jähriger, aus Polen stammender Obdachloser angegriffen. Der unbekannte Täter schlug sein Opfer nieder und bewarf es mit Steinen. Danach bedeckte der Täter sein bewusstloses Opfer beinahe komplett mit Steinen, einer Palette und mehreren mit Splitt gefüllten Säcken. Das Opfer wurde erst Stunden später gefunden und musste einen Monat im Krankenhaus behandelt werden.

Rechte Gewalt (NRW)

Mordversuch an Bürgermeister

Andreas Hollstein, CDU-Bürgermeister der Kleinstadt Altena (Märkischer Kreis), wurde am 27. November 2017 in einem Imbiss mit einem Messer attackiert und verletzt. Der Täter, der 56-jährige **Werner S.** aus Altena, versuchte dem Bürgermeister die Kehle durchzuschneiden. Durch das beherzte Eingreifen der Imbissbetreiber **Ahmet** und **Abdullah Demir** wurde Hollstein gerettet. Zu dritt gelang es ihnen, den Angreifer zu überwältigen. Werner S. äußerte vor der Tat gegenüber Hollstein: „Sie lassen mich verdursten und holen 200 Flüchtlinge nach Altena." Die Staatsanwaltschaft sieht ein politisches Motiv, geht aber davon aus, dass die Tat spontan und nicht geplant war. Sie wirft dem Täter versuchten Mord vor. Bislang ist nicht bekannt, dass Werner S. über eine Vorgeschichte in extrem rechten Organisationen verfügt. Hollstein war bereits mehrfach bedroht worden, weil Altena mehr Flüchtlinge aufnahm, als die Stadt nach dem Verteilschlüssel aufnehmen müsste.

Parteien (Hessen)

Chaos in der AfD Hessen

Peter Münch legte nach dem Bundesparteitag sein Amt im hessischen AfD-Vorstand nieder. Wie der gesamte bisherige Vorstand stellte er sich nicht wieder zur Wahl. Die AfD Hessen sei ihm aktuell zu wenig radikal und in einem katastrophalen Zustand, so Münch. Er zeigte außerdem seinen Vorstandskollegen **Albrecht Glaser** wegen des Verdachts der Veruntreuung an. Nachdem es die Delegierten am 11. November nicht schafften, über einen neuen Vorstand abzustimmen, fand dessen Wahl erst am 16. Dezember statt. Dem AfD-Rechtsaußen **Andreas Lichert** gelang es nicht, in den Vorstand gewählt zu werden. Stattdessen wurden **Robert Lambrou** im ersten Wahlgang mit 56 und **Klaus Herrmann** im zweiten Wahlgang mit 55 Prozent als neue AfD-Sprecher gewählt. Beide können dem vergleichsweise liberalen Flügel zugerechnet werden. Im Sommer kam es bei der AfD Bergstraße zu zwei Austritten: **Michael Obermaier** und **Tobias Fischer** (Unterstützer der „Erfurter Resolution") sind nun Teil der Bergsträßer FDP-Fraktion.

Parteien (Hessen)

„Die Blauen" gegründet

Am 11. November 2017 fand die Auftaktveranstaltung des neuen Parteiprojekts der ehemaligen AfD-Sprecherin **Frauke Petry** und ihres Lebensgefährten, dem ehemaligen Sprecher der AfD-NRW, **Marcus Pretzell,** in Rodgau (Landkreis Offenbach) statt. Vorgestellt wurde das *Bürgerforum Blaue Wende*, das als Impulsgeber für die am 17. September 2017 gegründete *Die Blaue Partei* gelten soll, wie es bei der Veranstaltung hieß. Während die Mitgliederschaft in der Partei stark begrenzt werden soll, steht das *Bürgerforum* auch Nichtmitgliedern und Interessierten offen. Um sich von der AfD abzugrenzen, sprach Petry nun von einem „kulturellen Patriotismus". Unter den etwa 70 Anwesenden befand sich neben dem Bundesvorsitzenden der *Die Blaue Partei*, **Michael Muster,** auch der stellvertretende Landesvorsitzende der *Freien Wähler* aus NRW, **Henning Rehse**, der von einem „Deckungsgrad von fast 75 Prozent" zwischen den Parteien sprach. Als Rednerin trat die hessische Autorin **Katja Schneidt** auf.

Sonstiges (Hessen)

Evangelikale verlieren Fördergelder

Auf ihrer diesjährigen Synode in Bonn beschloss die Evangelische Kirche in Deutschland, dem evangelikalen Mediennetzwerk *Informationsdienst der Evangelischen Allianz* (IDEA) aus Wetzlar bisherige Zuschüsse in Höhe von zuletzt 132.000 Euro jährlich bis einschließlich 2020 komplett zu streichen. **Peter Hahne**, ZDF-Fernsehmoderator und Kuratoriumsmitglied des evangelikalen Missionierungsvereins *Pro Christ e.V.* aus Kassel, rief daraufhin zu einer Spendenkampagne für IDEA auf und gab an, selbst 50.000 Euro zu spenden.

Braunzone (RLP)

Immunität von Münzenmaier aufgehoben

Mitte Dezember hob der Bundestag die Immunität des rheinland-pfälzischen AfD-Abgeordneten **Sebastian Münzenmaier** (siehe LOTTA #68, S. 42) auf, um weitere Ermittlungsverfahren zu ermöglichen. Münzenmaier war im Oktober zu einer Haftstrafe von sechs Monaten, ausgesetzt für drei Jahre auf Bewährung, und zu einer Strafzahlung von 10.000 Euro verurteilt worden. Staatsanwaltschaft und Verteidigung legten Revision ein. Münzenmaier soll 2012 an einem Überfall auf Mainzer Fußballfans beteiligt gewesen sein.

Braunzone (Hessen)

Parlamentarisches Nachspiel

In ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage von **Lisa Gnadl** (MdL, SPD) zum Kongress der *Jungen Alternative (JA)* im Haus der *Burschenschaft Germania Marburg* teilte die hessische Landesregierung mit, dass es sich bei einem Gründungsmitglied von *EinProzent* um einen „ehemaligen Verbindungsstudenten der Germania" handele — und bewies damit ihr Unwissen: Zum einen zählt **Philip Stein** mit seinem Status als Inaktiver als vollwertiges Mitglied zur Aktivitas, zum zweiten gibt es den Begriff „ehemalig" im „Lebensbund" Burschenschaft nicht.

Wurde zum „Die Rechte"-Landesvorsitzenden Hessen gewählt: Christian Göppner (links).

Parteien (NRW, Hessen)

„Die Rechte"-Splitter

Die Partei *Die Rechte* (DR) gründete am 26. August 2017 im Main-Kinzig-Kreis erneut einen Landesverband Hessen. Es sollen bereits „Ortsgruppen" im Main-Kinzig-Kreis, in Marburg und Wiesbaden bestehen. Landesvorsitzender wurde **Christian Göppner** aus Marburg, der bereits von 2012 bis 2014 dieses Amt innehatte, als die DR schon einmal versuchte, in Hessen Fuß zu fassen.
Einen zweiten Anlauf, einen Kreisverband im Kreis Recklinghausen zu etablieren, nahm die DR am 1. Dezember 2017. Nachdem lange Zeit nichts mehr von dem am 9. November 2014 gegründeten KV Recklinghausen zu hören war, gibt es jetzt in NRW einen KV Gelsenkirchen/Recklinghausen. „Zum Vorsitzenden des Kreisverbandes wurde der Gelsenkirchener **Henry Schwind** gewählt, ihm steht der aus Haltern stammende **Patrick Rink** als Stellvertreter zur Seite", hieß es am Tag darauf auf der Homepage des neuen Kreisverbands. Auch „ehemalige Aktivisten" der *Aktionsgruppe Ruhr-Mitte* hätten an der Versammlung teilgenommen.

Nachdem bereits am 17. Oktober 2017 die Bildung eines DR-„Stützpunkts" Unna (NRW) vermeldet wurde, erfolgte am 5. Januar 2018 in Lünen die offizielle Gründung eines eigenständigen Kreisverbands. „Die Unneraner Aktivisten" würden sich aber „nicht als Konkurrenz" zum NPD-KV Unna/Hamm sehen, mit dem „eine enge Zusammenarbeit" existiere. Als Vorsitzender sei der „langjährige Aktivist David L. aus Lünen" gewählt worden, gemeint ist vermutlich **David Labenz**. Sein Stellvertreter wurde **Joel Herget** aus Selm, der zuvor für die NPD/JN tätig war.
Am 4. November 2017 lud der DR-KV Dortmund dem Kongress „Gemeinsam für Europa" nach Schwerte (Kreis Unna) ein. Neben **Michael Brück**, **Sascha Krolzig** und **Sven Skoda** traten auch Neonazis aus Bulgarien, Frankreich, den Niederlanden, Norwegen, Russland und Ungarn als Redner auf. Der DR-KV Dortmund wählte am 17. Dezember 2017 seinen Vorstand und bestätigte den Vorsitzenden **Siegfried Borchardt** und dessen Stellvertreter **Christoph Drewer** im Amt. Die Namen von „mehreren Beisitzern" werden nicht genannt.

Vor Gericht (Hessen)

Anklage erhoben

Die Bundesanwaltschaft erhebt vor dem Oberlandesgericht Frankfurt Anklage gegen Oberleutnant **Franco Hans Albrecht** wegen der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Straftat. Er soll Anschläge auf Politiker_innen und Personen des öffentlichen Lebens geplant haben. Dafür entwendete er aus Bundeswehrbeständen Gewehre, Munition und Sprengkörper. Der 28-Jährige gab sich als syrischer Asylbewerber aus, vermutlich um den Verdacht auf Geflüchtete zu lenken. Albrecht wurde am 29. November 2017 aus der U-Haft entlassen. Die Ermittlungen gegen die mutmaßlichen Mittäter **Maximilian Tischer** und **Mathias Flöhr** dauern an. AfD-Mitglied Tischer, bei dem eine Liste mit möglichen Anschlagszielen gefunden wurde, hat sich nach *Spiegel*-Informationen bei der AfD-Bundestagsfraktion auf eine Stelle als wissenschaftlicher Mitarbeiter beworben. Derzeit ist er im Stab der deutsch-französischen Brigade in Müllheim (Baden-Württemberg) eingesetzt.

Vor Gericht (RLP)

ABM-Prozess wird neu aufgerollt

Da die Staatsanwaltschaft mit einer Beschwerde erfolgreich war, wird der gescheiterte Prozess gegen 17 mutmaßliche Mitglieder des *Aktionsbüros Mittelrhein* (ABM) wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung von Neuem beginnen. Nach 337 Verhandlungstagen musste der Prozess im Mai 2017 beendet werden, da der Vorsitzende Richter in Pension ging. Die Verteidigung hatte über 500 Befangenheitsanträge gestellt, was zu erheblicher Verfahrensverlängerung geführt hatte.

Foto: attenzione-photo.com

Peggy Hufenbach aus Witten (Ennepe-Ruhr-Kreis), stellvertretende „pro NRW"-Parteivorsitzende.

Parteien (Bund, NRW)

Neues aus dem „pro"-Hospiz

Ihre Auflösung beschloss die Partei *Bürgerbewegung pro Deutschland* am 11. November 2017 in Wuppertal. „Die ehemaligen Mitglieder und kommunalen Mandatsträger" seien „aufgefordert, sich der AfD anzuschließen". Damit trug die Partei ihrer anhaltenden Erfolgslosigkeit bei Wahlen Rechnung. Die eng mit *pro Deutschland* verbandelte *Bürgerbewegung pro Köln* begrüßte diese Entscheidung, ihre „kommunalpolitische Arbeit" bliebe davon aber unberührt. Auch die von *pro NRW* zu *pro Deutschland* gewechselten KommunalpolitkerInnen in Solingen, Wuppertal, Radevormwald, Remscheid, Hagen, Gelsenkirchen und Bonn behalten ihre Mandate. Der bisherige *pro Deutschland*-Vorsitzende **Manfred Rouhs** ließ im Oktober in Berlin den Verein *Signal für Deutschland e.V.* im Vereinsregister eintragen, der Spenden sammelt und Hilfe für „Opfer politisch motivierter Straftaten" anbieten will. Der *pro NRW*-Vorsitzende **Markus Beisicht** hingegen verkündete, seine Partei habe sich „neu aufgestellt" und bereite „mögliche kommunale Wahlantritte im Jahr 2020 vor". Zudem liefen „Bestrebungen, mit einer bundesweit konzipierten Anti-Islam-Liste zur Europawahl anzutreten." Auf dem *pro NRW*-Parteitag am 27. Oktober 2017 war zuvor ein neuer Parteivorstand gewählt worden. Markus Beisicht (KV Leverkusen) wurde als Vorsitzender bestätigt, als seine Stellvertreter fungieren **Franz-Herbert Schneider** (KV Siegen-Wittgenstein) und **Peggy Hufenbach** (KV Ennepe-Ruhr). Generalsekretärin ist nun **Katja Engels** (KV Rhein-Berg), Schatzmeisterin bleibt **Christine Öllig** (KV Essen), Geschäftsführer **Thorsten Crämer** (KV Ennepe-Ruhr) und Schriftführer **Andreas Lange** (KV Wuppertal). „Den Parteivorstand komplementieren" würden „die Beisitzer **Jürgen Kossakowski** (KV Neuss), die Leverkusener Ratsfrau **Susanne Kutzner**, **Markus Hohnholz** (KV Wuppertal), **David Biell** (Flensburg) und die Essener Ratsfrau **Silwana Spiegelhoff**". Als „Präsident des Schiedsgerichts" sei „Rechtsanwalt **André Picker** aus Witten" wiedergewählt worden.

Neonazis (NRW, Hessen)

Schönborn verzogen

Der langjährige Neonaziaktivist **Meinof Schönborn** ist mit seiner Organisation *Recht und Wahrheit* von Ostwestfalen nach Nordhessen verzogen. Er hatte sich im letzten Jahr bereits viel in der Region aufgehalten, zusammen mit der Holocaustleugnerin **Michèle Renouf** organisierte er auf dem ehemaligen Hof des Rechtsterroristen **Manfred Roeder** Veranstaltungen. Schönborn lebt jetzt in dem kleinen Ort Knüllwald-Wallenstein, nur neun Kilometer vom „Reichshof" entfernt, der seit 2013 im Besitz der Familie Renouf ist.

Parteien (NRW)

„Der III. Weg"

Die neonazistische Minipartei *Der III. Weg* verfügt in NRW über die „Stützpunkte" „Sauerland-Süd" mit Schwerpunkten im Kreis Olpe sowie „Hermannsland" im (ost)westfälischen Raum. Seit Anfang Oktober 2017 berichtet die Partei aber auch über Aktivitäten in Düsseldorf und im Düsseldorfer Umland: mehrere Flugblattverteilungen im Düsseldorfer Süden, eine fünfköpfige „Nationale Streife" durch den Stadtpark „Hofgarten", „Heldengedenken" sowie eine von **Julian Bender** aus Olpe geleitete, mindestens 20-köpfige „Parteivorstellung" in Mettmann, offenbar die Vorstufe zur Gründung eines dem „Gebietsverband West" untergliederten „Stützpunktes" im Rheinland. Austragungsort der Saalveranstaltung war die Gaststätte *Lounge Deluxe* in Mettmann. Deren Inhaber **Frank Krellner** stellt der Neonazi-Szene seit mindestens acht Jahren Räumlichkeiten zur Verfügung. Als einen der Aktivisten benannten Düsseldorfer Antifaschist_innen den *Fortuna Düsseldorf*-Hooligan **Sascha Vasic**.

Vor Gericht (Hessen)

„Reichsbürger" vor Gericht

Ein 61-jähriger Reichsbürger aus Dreieich (Landkreis Offenbach), der bereits im April 2017 wegen versuchter Nötigung eine Geldstrafe zahlen musste, wurde vor dem Amtsgericht Langen zu drei Monaten Haft verurteilt. Er kam der Aufforderung, seine acht Lang- und sieben Kurzwaffen abzugeben, nicht nach, legte Einspruch ein und forderte mit einer 22-Stunden-Frist vom zuständigen Landrat als Legitimation für den Widerruf der Waffenbesitzkarte einen „Handelsvertrag". Da er während des Prozesstages im Oktober unter anderem seine Aktenmappe auf den Tisch der Richterin geknallt hatte, wurde gegen ihn zusätzlich ein Ordnungsgeld von 150 Euro verhängt. In Hessen gibt es etwa 700 „Reichsbürger". Der Kreis Offenbach gilt als „Reichsbürger"-Hochburg, dort sollen 20 von ihnen wohnen. In Heusenstamm organisierte bis 2016 die *Exil-Regierung Deutsches Reich* viele Vorträge, außerdem gab es im Industriegebiet ein „Reichsmeldeamt". Mittlerweile sind die Aktivitäten dort scheinbar eingestellt und nach Hungen (Landkreis Gießen) verlegt worden.

Rechte Gewalt (Hessen)

Chronik 4. Quartal 2017

In der Nacht vom 9. auf den 10. November wurde ein Brandanschlag auf die *Dar al-Salem Moschee* in Marburg verübt. Der Täter hatte eine Tasche vor dem Eingang abgelegt und diese angezündet. Durch das Feuer verpuffte der Taschenninhalt.
An einem Wohnhaus in Freigericht (Main-Kinzig-Kreis) wurden in der Nacht zum 18. November Nazi-Symbole und die Parole „Raus aus Deutschland" gesprüht. Auch im Umkreis des Hauses befanden sich weitere Schmierereien. Als Adressaten dürften die „nicht-deutschen" Bewohner_innen des Hauses gemeint gewesen sein.
Auf dem Kasseler Weihnachtsmarkt griff ein Mann am 27. November Besucher an, nachdem er ihnen „Heil Hitler" entgegengerufen hatte. Am Abend des 12. Dezember wurden in Laubach (Kreis Gießen) mehrere Scheiben einer Geflüchteten-Unterkunft eingeschlagen.

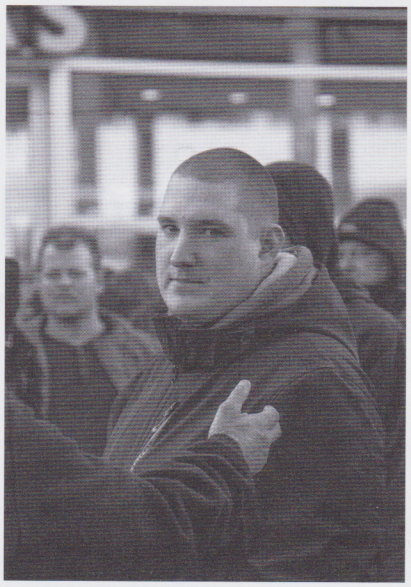
Sonstiges (RLP)

NS-Symbolik und Drohungen

In Guntersblum (Landkreis Mainz-Bingen) wurden zwischen Oktober und November 2017 in Schaufensterkästen einer Bankfiliale Hakenkreuze eingeritzt. In der Nacht des 17. November wurden in Kastellaun und Bell (Rhein-Hunsrück-Kreis) private Wohngebäude mit Hakenkreuzen und anderen Sprüchen bemalt. Am 1. Dezember 2017 wurde ein DIN-A4-Blatt mit der Aufschrift „Letzte Warnung, Verpiss dich du Dreckssau" und einem aufgemalten Hakenkreuz an der Tür eines Bistros in Bechhofen (Landkreis Südwestpfalz) entdeckt.

Vor Gericht (NRW)

„Die Rechte"-Bezirksvertreter verurteilt



André Penczek im Januar 2016.

Der *Die Rechte*-Bezirksvertreter **André Penczek,** der aufgrund einer Haftstrafe von **Daniel Grebe** für diesen in die Bezirksvertretung Dortmund-Scharnhorst nachgerückt war, und seine Freundin **Damiana Glied** standen in den vergangenen Wochen gleich zwei Mal vor Gericht. Ende November mussten sie sich wegen Volksverhetzung, Verunglimpfung von Verstorbenen und Billigung von Straftaten verantworten, weil sie die Parolen„Wer sitzt im Schrank? Anne Frank!", „Thomas Schulz, das war Sport!" und „Deutschland den Deutschen — Ausländer raus" bei einer Kundgebung im Dezember 2014 gerufen hatten. Penczek erhielt eine Gesamtstrafe von fünf Monaten Haft auf Bewährung. Glied wurde zu einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen zu je 10 Euro verurteilt. Am 11. Dezember 2017 mussten sich Penczek und Glied für das Blenden von Zivilpolizisten erneut vor Gericht verantworten, das Verfahren wurde jedoch auf Antrag der Staatsanwaltschaft nach §154.2 StPO mit einer Verwarnung eingestellt.

Von Rainer Roeser

„Bonnie und Clyde haben fertig“

AfD in NRW mit neuem Landesvorstand

Die AfD hat in NRW mit den beiden Landtagsabgeordneten Thomas Rökkemann und Helmut Seifen zwei neue Landessprecher gewählt. Die beim NRW-Parteitag in Kalkar (Kreis Kleve) zelebrierte neue Eintracht hat ihren Preis: Auch im einwohnerstärksten Bundesland rückt die AfD weiter nach rechts.

Den radikaleren Part im neuen Führungsduo besetzt in Zukunft **Thomas Röckemann**. Er war bereits Gegenspieler von Ex-Landessprecher **Marcus Pretzell**, als es im Herbst 2016 um die Frage ging, wer die Partei in den Landtagswahlkampf führen sollte. Damals unterlag der Mindener Rechtsanwalt. Trotz des miserablen Listenplatzes 16 zog er aber so gerade noch ins Düsseldorfer Parlament ein. In der Fraktion bildete der Höcke- und „Flügel“-Anhänger gemeinsam mit **Christian Blex** die Opposition gegen Pretzell und dessen damals noch 13 Anhänger unter den Abgeordneten. Das Rechtsaußenduo Röckemann/Blex schaffte es sogar, mit Erfolg einen veritablen Shitstorm gegen die Überlegung der Fraktionsmehrheit zu organisieren, bei der Wahl des Ministerpräsidenten **Armin Laschet** (CDU) zu unterstützen. Damit sei, so Röckemann, „gleichzeitig das Ende von Marcus Pretzell eingeläutet worden“. Seit dessen Abgang sei die Luft in der Fraktion wieder sauber. Rökkemann sagte mit Blick auf Pretzell und Ex-Bundessprecherin **Frauke Petry**: „Bonnie und Clyde haben fertig.“

Radikalisierung

Der Riss in der Fraktion ist mittlerweile Vergangenheit. Inzwischen fallen nicht mehr nur Blex und Röckemann durch scharfe Töne auf. Fraktionsvize **Helmut Seifen** etwa, bisher einer, der auf Pretzells Linie surfte, nannte kürzlich die BRD einen Staat, „der nicht mehr demokratisch ist“, wetterte über „die Freiheit des Mobs“ und sah eine „Gesinnungsdiktatur“ heraufziehen. Seine Rede bei einer Veranstaltung der Fraktion in Leverkusen stellte er unter die Überschrift: „Im Schatten eines postdemokratischen Staates: Die AfD als bürgerliche Widerstandsbewegung“. Noch vor wenigen Monaten wären derlei Anleihen beim Jargon **Björn Höcke**s und seiner Rechtsaußengruppe „Der Flügel“, die gerne mit den Begriffen „Widerstand“ jonglieren und die AfD als eine „Bewegung“ sehen, aus Seifens Mund kaum vorstellbar gewesen.

Insofern überrascht es auch nicht, dass gerade er künftig als gleichberechtigter Ko-Landessprecher fungiert. Zweifel, ob er nicht doch eher ein unsicherer Kantonist ist, versuchte Seifen in Kalkar mit einer Rede auszuräumen, die auch den Radikaleren gefiel. Das Plädoyer von SPD-Chef **Martin Schulz** für mehr europäische Integration unter dem Label „Vereinigte Staaten von Europa“ konterte der frühere Geschichtslehrer, der bis Juni 2017 Schulleiter eines Gymnasiums in Gronau, war, mit einem historischen Vergleich: „2025 ist dann endgültig zerstört, was zwei Kriege und ein tiefer moralischer Fall unseres Volkes nicht schaffen konnten.“ Die Freiheit werde „in die Ketten einer despotischen Eurokratie gelegt“.

Doppelspitze

Möglich wurde der für NRW-Verhältnisse relativ konfliktfreie Parteitag, weil die Landes-AfD ihren Neustart in die Ära nach Pretzell erneut mit einer Doppelspitze angehen will, bei der beide Lager

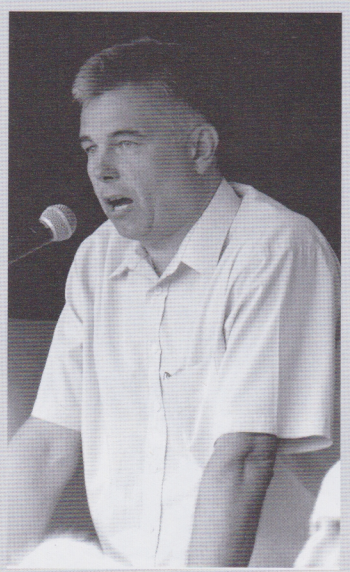
personell zum Zuge kommen sollen. Für die vormaligen Pretzell-Anhänger heißt dies aber, dass sie, wie Seifen, genug Flexibilität nach rechtsaußen zeigen müssen. Tun sie das nicht, scheitern sie so wie der Gelsenkirchener Bundestagsabgeordnete **Jörg Schneider**. Der hatte vor dem Wochenende in Kalkar für eine Einerspitze votiert und sich selbst als potenziellen Landeschef in Stellung gebracht. Dem rechten Parteiflügel freilich kam das von Schneider präsentierte Vorstandsteam wie eine Ansammlung derer vor, die bis vor wenigen Monaten „wie eine Mauer hinter Petry und vor allem hinter Pretzell standen". Sie hätten sich „über Nacht ihrer P+P-Wappen" entledigt und würden nun „treuherzig das Wohl des Landesverbandes zum neuen Credo" erheben, ätzte einer aus dem Lager der Radikaleren. Am Ende hatte Schneider in der Abstimmung gegen Röckemann nur 39 Prozent der Delegierten auf seiner Seite. Ebenso scheiterte sein Versuch, den seiner Meinung nach „hektisch-polarisierenden" Blex als Vize-Sprecher zu verhindern. Doch erneut zog das Lager Schneiders den Kürzeren: Der „Flügel"-Anhänger Blex gewann bereits im ersten Wahlgang — zwar auch nur mit 51 Prozent der Stimmen, aber immerhin mit 20 Prozent Vorsprung vor einem (nach AfD-Maßstäben) „gemäßigten" Kandidaten.

Renners Rückzug

Möglich wurde der Neustart ohne große Konflikte aber auch, weil der bisherige Ko-Landessprecher **Martin Renner** nicht wieder kandidierte. Noch kurz vor dem Treffen der mehr als 400 Delegierten hatte er erklärt, erneut antreten zu wollen. Beim Parteitag selbst aber machte Renner, dessen Rückhalt in den eigenen Reihen zuletzt deutlich geschrumpft war, einen Rückzieher.
Zugeschüttet sind die Gräben, die die NRW-AfD spalteten und beinahe zerrissen, aber immer noch nicht zur Gänze. Die Abstimmungsergebnisse der beiden Landessprecher wirkten eher dürftig. Für Röckemann votierten nur knapp 53 Prozent der Delegierten, für Seifen etwas mehr als 57 Prozent. Von der bisherigen Vorstandscrew gehören nur noch zwei Mitglieder dem neuen Führungsgremium an: **Fabian Jacobi**, der als Satzungsexperte der NRW-AfD gilt, als Landesvize und der langjährige Landesgeschäftsführer **Andreas Keith**.
Eine Abfuhr erteilten die Delegierten in Kalkar zwei AfD-Politikern, die eine Woche zuvor beim Bundesparteitag in Hannover noch mit sozialpopulistischen Tönen erfolgreich gewesen und in den Bundesvorstand gewählt worden waren. **Kay Gottschalk** unterlag bei der Abstimmung über den zweiten Landesvize-Posten mit 32 zu 52 Prozent seinem Bundestagskollegen Jacobi. **Guido Reil** verlor bei der Wahl des dritten stellvertretenden Vorsitzenden mit 42 zu 52 Prozent gegen **Jürgen Spenrath**, der die AfD für die Kommunalwahl im Jahre 2020 fit machen soll.

AfD-Politik bleibt Männersache

Weit dürrer als nach den Erfolgen bei den Landtags- und Bundestagswahlen erhofft, fiel die Entwicklung der Mitgliederzahlen aus. 4.331 Mitglieder zählte die Partei im einwohnerreichsten Bundesland Anfang Dezember. Damit sei die NRW-AfD sogar hinter den bayerischen Landesverband zurückgefallen, klagte Röckemann.
In einer Hinsicht bewies die Partei den Mut zu einer AfD-spezifischen Kontinuität: Ihre Politik ist Männersache — und das bleibt sie. In der alten Führungsspitze arbeiteten immerhin noch drei Frauen mit. Im neuen zwölfköpfigen Vorstand findet sich mit der Bielefelder Grundschullehrerin **Heliane Ostwald** nur noch eine Frau, gewählt als Beisitzerin.



AfD-Landesvorstandssprecher Thomas Röckemann am 13. Mai 2016 in Paderborn.

AfD-Landesvorstand NRW

Sprecher:
Thomas Röckemann
Helmut Seifen

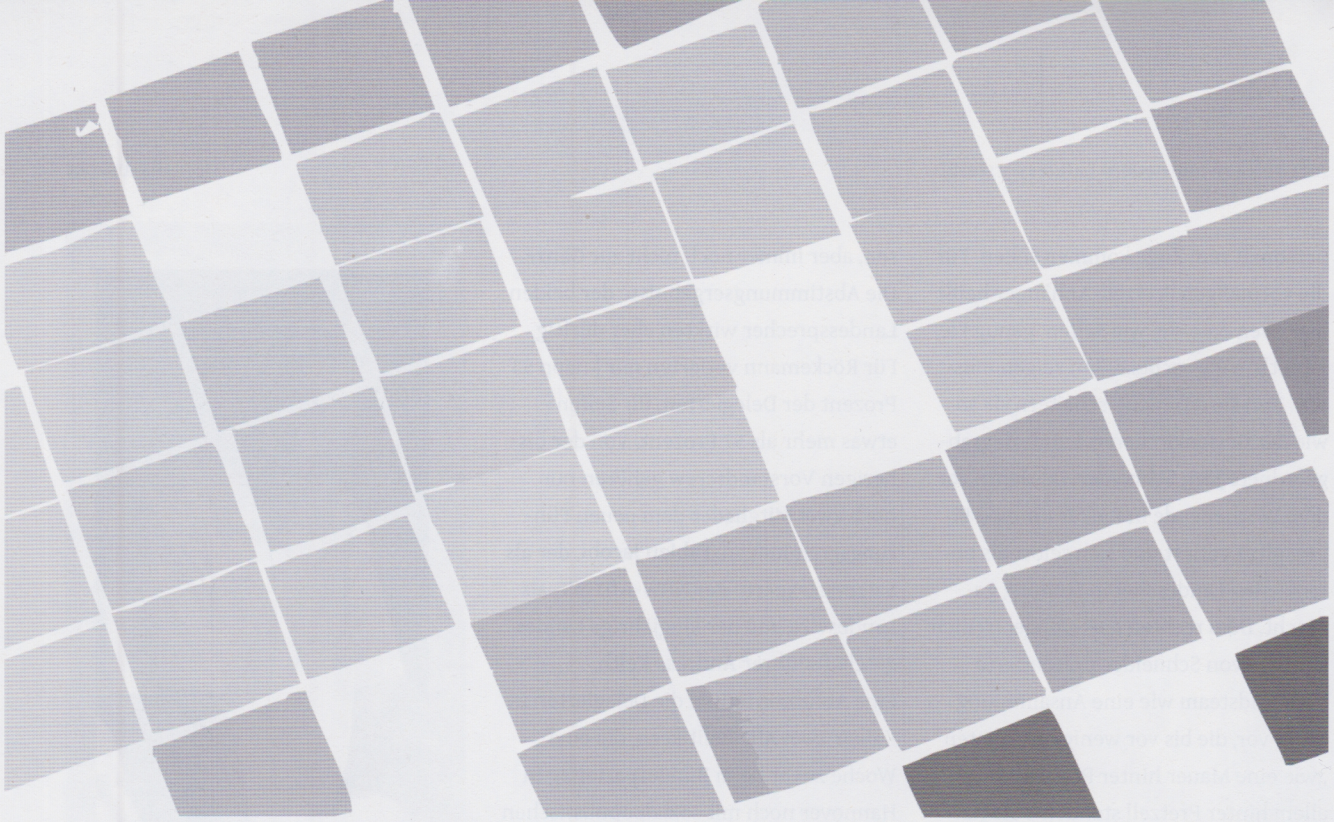
Stellvertretende Sprecher:
Christian Blex
Fabian Jacobi
Jürgen Spenrath

Schatzmeister:
Heinz Burghaus

Stellvertretender Schatzmeister:
Friedhelm Rikowski

Schriftführer:
Michael Schlembach

Beisitzer:
Matthias Helferich
Andreas Keith
Heliane Ostwald
Martin Schiller



Von Felix Hansen und Sebastian Schneider

„Hier im Prozess sind meine Fragen nicht beantwortet worden“

Die Plädoyers der Nebenklage im Münchener NSU-Prozess

Nach 387 Verhandlungstagen im NSU-Prozess begannen Mitte November 2017 die Plädoyers der Nebenklage. Viele Betroffene und ihre Anwält_innen üben harte Kritik an den Ermittlungen und der Rolle der Bundesanwaltschaft (BAW). Sie kritisieren, dass die Chance einer umfassenden Aufklärung vom Gericht versäumt wurde.

„Hier im Prozess sind meine Fragen nicht beantwortet worden: Warum Mehmet? Warum ein Mord in Dortmund? Gab es Helfer in Dortmund? Sehe ich sie heute vielleicht immer noch, es gibt so viele Nazis in Dortmund? Und für mich so wichtig: Was wusste der Staat? Vieles davon bleibt unbeantwortet nach diesem Prozess. Frau Merkel hat ihr Versprechen von 2012 nicht gehalten.“ Mit diesen Worten eröffnete **Elif Kubaşık**, Witwe des am 4. April 2006 in Dortmund ermordeten **Mehmet Kubaşık**, die Plädoyers der Nebenklage ihrer Familie und brachte auf den Punkt, welche Lücken der NSU-Prozess trotz seines enormen Umfanges zeigt und wie verheerend dies auf die Angehörigen wirkt. Elif Kubaşık und ihre Tochter Gamze gehören zu den Nebenkläger_innen, die am häufigsten im Prozess anwesend waren und auch selbst bei den Plädoyers das Wort ergriffen haben.

Die offenen Fragen der Familienmitglieder nach der konkreten Auswahl ihrer Angehörigen als Mordopfer, nach dem unaufgeklärten Netzwerk und weiteren Mordhelfer_innen zogen sich durch viele der Plädoyers. Es sei bis heute unklar, wer bei dem Anschlag in der Kölner Probsteigasse die Bombe platziert habe, kritisierte **Edith Lunnebach**, die Anwältin der betroffenen Familie. **Mehmet Daimagüler**, Vertreter von Angehörigen zweier Mordopfer, kritisierte, dass die Bundesanwaltschaft mit aller Macht ver-

suche, ihre These von der isolierten NSU-Zelle durchzusetzen.
Nach den oft kräftezehrenden und ermüdenden Monaten der Beweisaufnahme der letzten zwei Jahre, in denen es kaum noch inhaltliche Fortschritte gab, machten die Nebenklageplädoyers die historische Rolle und gesellschaftliche Relevanz des Prozesses deutlich. Einige Vertreter_innen der Nebenklage hatten sich hierbei mit ihren Plädoyers thematisch abgestimmt, so dass sie gewissermaßen gemeinsam ein großes Plädoyer hielten. Dieses ebenso umfangreiche wie prägnante Plädoyer machte noch einmal klar, um was es für viele Nebenkläger_innen im Prozess geht. Es formulierte die offenen Fragen ebenso wie die zutage getretenen Skandale.

Nebenkläger_innen verlangen Antworten

Wie wichtig diese Arbeit für die Angehörigen ist, erklärte **Sebastian Scharmer**, Vertreter von **Gamze Kubaşık**, in seinem Plädoyer. Die Bundesanwaltschaft sehe die Rolle der Nebenklage als eine passive und in der Opferrolle verbleibende, doch genau das wolle seine Mandantin nicht. Sie nehme ihre Rolle im Prozess aktiv wahr, stelle Dinge in Frage und wolle die vollständige Aufklärung: „Gamze Kubaşık ist nicht hier, um ihre Betroffenheit zu zeigen. Sie will kein Mitleid, sie will Antworten auf ihre berechtigten Fragen!" Er appellierte an die Ehrlichkeit des Gerichts, das im Urteil deutlich machen müsse, dass der NSU nicht aufgeklärt sei. Das Urteil dürfe keine Geschichtsschreibung mit Persilschein für Polizei, Verfassungsschutz (VS) und BAW sein.
In jedem der einzelnen Teilplädoyers wurde auf die im Jahr 2015 verstorbene Nebenklage-Anwältin **Angelika Lex** verwiesen und ihre Rolle gewürdigt. So zitierte Nebenklage-Anwalt **Carsten Ilius** Lex mit den Worten: „Rassistische Taten werden nicht als das wahrgenommen, was sie sind, nämlich rassistische Taten straff organisierter Rechtsradikaler und rechtsterroristischer Strukturen." Über den NSU hinaus gebe es viele andere Fälle, bei denen nie in Richtung neonazistischer Täter ermittelt worden sei, sondern gegen die Betroffenen. Ilius, ebenfalls Vertreter der Familie Kubaşık ging in seinem Plädoyer auf den institutionellen Rassismus der Behörden und die Wirkung auf die betroffenen Familien ein. Es habe den Zielen des NSU entsprochen, dass die Opfer der Anschläge und ihr Umfeld auch noch Opfer der Ermittlungen von Polizei und Staatsanwaltschaft wurden. Die Ermittlungen seien diskriminierend und von falschen Vorannahmen geprägt gewesen und hätten die vom NSU „beabsichtigte Tatwirkung der Verunsicherung der migrantischstämmigen, insbesondere türkeistämmigen Bevölkerung in Deutschland" verstärkt. Die Akten der Dortmunder Ermittlungsbehörden zum Mord an Mehmet Kubaşık enthielten keine einzige Ermittlungsmaßnahme in Richtung auf ein rassistisches Motiv und rechte Täter, so Ilius. Zur besseren Einordnung beschrieb der Anwalt die Rolle der Behörden aus einer internationalen Perspektive. Dazu griff er auf den Begriff der „Verleugnung" des Kriminologen **Stanley Cohen** zurück, den **Liz Fekete** auf den NSU angewendet hat (vgl. Lotta #56, S. 22). Sie spricht von einer „wörtlichen Verleugnung" der Täterschaft von Nazis vor der Aufdeckung des NSU im November 2011 und einer „interpretativen Verleugnung" danach. Da offensichtlich ist, dass die Taten durch Nazis begangen wurden, konnte dies nicht länger geleugnet werden. Im neuen, nach der NSU-Selbstenttarnung entstandenen Narrativ seien es aber nur „Pannen" gewesen, die eine Aufklärung verhindert hätten. Auch das Verhalten der BAW sei eine „interpretative Verleugnung", um die Verantwortung staatlicher Stellen abzustreiten. Dass dies besonders für die Verfassungsschutzämter und ihre V-Leute gilt, zeigte Rechtsanwalt Scharmer anhand verschiedener Schaubilder, auf denen er ein regelrechtes Netzwerk von V-Leuten im Umfeld des NSU abbildete. Die Beweisaufnahme und die zahlreichen Beweisanträge des Nebenklage legten mehr als nahe, dass V-Leute von den Aktivitäten gewusst haben mussten und dies entweder konsequent nicht weiter meldeten oder ihre Informationen nicht berücksichtigt wurden, so Scharmer.
Dass der NSU kein von der rechten Szene abgeschottetes Trio war, wie es die BAW darstellt, zeigte Nebenklage-Vertreter **Peer Stolle** in seinem Plädoyer. Dabei machte er eine auch strafprozessual bedeutende Differenz zur BAW deutlich: Die Gruppe, die verantwortlich für die verhandelten Taten ist, sei nicht erst Mitte des Jahres 1998 gegründet worden und bestehe nicht nur aus Mundlos, Zschäpe und Böhnhardt. Spätestens mit der Anmietung der als Bombenwerkstatt benutzten Garage durch Zschäpe seien die Tatbestandsmerkmale der Bildung einer terroristischen Vereinigung erfüllt gewesen. Das NSU-Motto „Taten statt Worte" sei keine Abkehr von der Szene, sondern die Umsetzung des vorher diskutierten Konzeptes der Zellenbildung. Der NSU und seine Taten seien Folgen einer spezifischen Situation in Ostdeutschland in der Nachwendezeit. In dieser hochpolitischen Zeit habe ein rassistischer und nationalistischer Alltagsdiskurs vorgeherrscht, der sich in rassistischen Pogromen, etwa in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen, entladen habe. Rechten Jugendlichen seien keine Grenzen gesetzt worden. Auch in jenem Jenaer Jugendclub, in dem sich die NSU-Mitglieder trafen, wurde das Konzept der akzeptierenden Sozialarbeit praktiziert. Ein zum Club gehöriges Streetworker-Projekt sei gefördert wor-

den durch Mittel aus einem Jugendförderprogramm, das die damalige Bundesjugendministerin **Angela Merkel** aufgelegt hatte. Doch all dies bringe allein noch keinen NSU hervor. Dazu seien ideologische Festigkeit und Entschlossenheit notwendig, ein Netzwerk und entsprechende Konzepte, die vorher in der Szene, unter den „Kameraden" diskutiert wurden. Stolle: „Der THS [*Thüringer Heimatschutz*], der NSU, die Kampagne ‚Volkstod stoppen' — es ist derselbe völkische, gewalttätige, mörderische Rassismus."

Auf die Folgen der Nagelbombe in der Kölner Keupstraße ging der Anwalt **Stephan Kuhn** ein. Bei dem Anschlag im Jahr 2004 wurden 23 Personen teils schwer verletzt. Obwohl es anfangs zutreffende „Operative Fallanalysen" gegeben habe, mit der Aussage, dass die Täter das Ziel gehabt hätten, so viele türkische Personen wie möglich zu treffen, zu verletzen und zu töten, richteten sich die Ermittlungen über Jahre ausschließlich gegen die Betroffenen. Diese Ermittlungen seien ein Paradebeispiel des institutionellen Rassismus, so Kuhn. Insbesondere die Deutung des Anschlags als kriminell und nicht als politisch durch den damaligen Innenminister **Otto Schily** habe seine Wirkung entfaltet und die an rassistischen Vorstellungen und Mythen orientierte Vorgehensweise der Strafverfolgungsbehörden legitimiert, so Nebenklage-Anwalt **Berthold Fresenius**. Der betroffene Nebenkläger M.A. beschrieb in seinem Plädoyer selbst, dass er von den rassistischen Ermittlungen derart eingeschüchtert gewesen sei, dass er sich erst nach dem Auffliegen des NSU getraut habe, zu einem HNO-Arzt zu gehen. Neben unmittelbaren körperlichen Verletzungen kämpfen die Betroffenen bis heute mit den Folgen: Traumata, Angstzustände, Berufsunfähigkeit und weitere Zerrüttungen.

Das Netzwerk des NSU

Nebenklage-Anwältin **Antonia von der Behrens** machte das Netzwerk des NSU und die Rolle der Geheimdienste zum Schwerpunkt ihres Plädoyers. Über Stunden zeigte sie in akribischer Kleinarbeit auf, wie groß und bundesweit das Netzwerk des NSU war: „Von einem abgeschottet agierenden Trio [kann] ebensowenig die Rede sein [...] wie davon, dass die VS-Behörden keine Kenntnisse über Ursprung und Existenz des NSU hatten". Die BAW habe die Größe des NSU, das Netzwerk und das staatliche Mitverschulden nicht aufgeklärt — wider besseres Wissen. Detailliert zeigte von der Behrens den Aufbau neonazistischer Strukturen in Thüringen auf, der vom Verfassungsschutz überwacht worden sei. Durch die Straffreiheit für V-Leute und deren finanzielle und logistische Ausstattung sei der Strukturaufbau noch vorangetrieben worden, was selbst das Bundeskriminalamt 1997 als „Brandstiftereffekt" bezeichnet habe. Der VS Thüringen habe über die V-Leute **Tino Brandt** und **Marcel Degner** faktisch den Aufbau des THS und der *Blood & Honour*-Sektion Thüringen gesteuert.

Noch vor der Begehung des ersten Mordes sei es möglich gewesen, die drei flüchtigen Jenaer Neonazis festzunehmen, da das gesamte Umfeld engmaschig überwacht gewesen sei. Es müsse davon ausgegangen werden, dass die Behörden Kenntnis von der Beschaffung von Waffen und vom Umzug nach Zwickau hatten. Später sei die Nähe des vom Bundesamtes für Verfassungsschutz geführten V-Mannes **Ralf Marschner** zu den Untergetauchten auffällig. Zur Rolle der Verfassungsschutzämter nach der Selbstenttarnung des NSU führte von der Behrens aus, dass diese relevantes Wissen zurückgehalten hätten. Unterlagen, aus denen sich relevantes Wissen hätte ergeben können, seien vernichtet worden, vor Gericht auftretende Verfassungsschützer und V-Leute hätten Wissen zurückgehalten oder gelogen. Aber auch die BAW habe Aufklärung behindert, indem sie sich frühzeitig auf die These eines abgeschotteten Trios festgelegt und nur in diese Richtung ermittelt habe. Relevante Ermittlungsergebnisse seien dem Gericht vorenthalten und VS-Ämter und V-Leute bewusst aus dem Verfahren herausgehalten worden. Symptomatisch hierfür sei schon die Benennung der Ermittlungseinheit als „BAO Trio" und nicht etwa als „BAO NSU".

Dass es dabei auch um ein politisches Interesse der Bundesanwaltschaft geht, liegt auf der Hand. Rechtsanwalt Ilius hatte dies in seinem Plädoyer herausgestellt: Das Narrativ der BAW diene auch der Verteidigung des schönen Bildes eine postnazistischen, freien und freundlichen Deutschlands, so Ilius. In ein solches passe ein Trio, das am Rande des Wahnsinns agiere, besser als ein Netzwerk, das durch staatliche Stellen mitfinanziert über Jahre in Ruhe morden und bomben könne.

Entschieden trat Nebenklage-Anwalt **Björn Elberling** der immer wieder gehörten Tendenz zur Psychologisierung des NSU entgegen. Insbesondere die Verteidigung von **Ralf Wohlleben** hatte versucht, die Taten als Werk von Psychopathen darzustellen, die aus reiner Mordlust handelten, und führte dazu die enorme Brutalität der Taten an. Dies sei aber nichts Neues, so Elberling, sondern ein altbekanntes Phänomen, das zu den Verdrängungsmechanismen und Abwehrreaktionen von rassistischen Verbrechen gehöre. Auch beim Anschlag auf das Oktoberfest oder aktuell beim Münchener OEZ-Attentat lasse sich eine ähnliche Psychologisierung und Entpolitisierung finden. Aber: „Menschenverachtung, Empathielosigkeit sind Ausdruck nationalsozialistischer Ideologie", so Elberling. Dies zeige sich auch bei den

Raubüberfällen, wo Mundlos und Böhnhardt mit äußerster Brutalität vorgegangen seien.

Täter_innen wollten Spaltung der Gesellschaft

Rechtsanwalt **Alexander Hoffmann** führte aus, dass die Morde das Ziel gehabt hätten, die Spaltung der Gesellschaft in sogenannte Deutsche und Fremde zu vergrößern. In diesem Sinne seien sie damit letztlich sogar erfolgreich gewesen: „Diese Tatmotivation findet sich in den Propagandaschriften sowohl des Netzwerkes um den *Thüringer Heimatschutz*, bei *Blood and Honour*, **Eminger**s ‚*Weisser Bruderschaft Erzgebirge*', in der Propaganda der ‚Hammerskins', der NPD, die das Ganze als ‚Europa der Vaterländer' verkauft, aber auch in Höckes und Gaulands AfD, die zur Zeit die deutsche Gesellschaft nach rechts treiben." Dahinter stehe die Wahnvorstellung, es gäbe „Rassen", ethnisch definierbare Völker, und die Kultur einer Bevölkerung sei in irgendeiner Weise mit der Zugehörigkeit zu einer „Rasse" verknüpft. „Eine Ideologie des völkischen Rassismus, in der sich die Protagonisten in einer permanenten Notwehrsituation gegen den herbeiphantasierten Volkstod, in einem beständig geführten ‚Heiligen Rassenkrieg' sehen, in dem die Verteidigung des Bestandes des eigenen Kollektivs nur über die Vertreibung oder die Vernichtung der angeblichen Bedrohung erfolgen kann." Das Bekenntnis zum bewaffneten Kampf finde sich beim THS genau so wie bei *Blood & Honour*. Daher sei es kein Wunder, dass es bis heute Unterstützung gebe, wie am Verhalten der *Blood & Honour*-Mitglieder im Prozess zu sehen sei.

Auch nach dem Ende des großen Plädoyers folgten zumeist ebenfalls bewegende und aufschlussreiche Plädoyers der Nebenklage. Beispielsweise vom Kölner Rechtsanwalt **Eberhard Reinecke**, der mehrere Betroffene aus der Keupstraße vertritt. Er äußerte sich in seinem Plädoyer ausführlich und detailreich zur Einlassung von **Beate Zschäpe** vor Gericht und deren Unglaubhaftigkeit. Die Verweigerung von Antworten auf Fragen der Nebenklage belege Zschäpes Verachtung gegenüber den Opfern, so Reinecke. In seinem Plädoyer ging er unter anderem darauf ein, dass Zschäpe versucht habe, die Familie Eminger herauszuhalten, doch es spreche vieles dafür, dass gerade beim Anschlag in der Keupstraße der Kontakt zu den Emingers besonders eng gewesen sei.

Foto: Robert Andreasch

Elif Kubaşık mit ihrem Rechtsanwalt Carsten Ilius vor dem Strafjustizzentrum München am 21. November 2017.

Kein Schlussstrich

Mit den Plädoyers nahmen die Nebenkläger_innen — persönlich und/oder über ihre Vertreter_innen — noch einmal die Gelegenheit wahr, in einem offiziellen Rahmen aktiv Einfluss auf die Aufklärung des NSU-Komplexes zu nehmen. Die Nebenklage-Plädoyers sind damit auch der Maßstab, an dem sich eine kritische Beschäftigung mit dem Thema NSU und weitere Aufklärungsbemühungen in Zukunft werden messen lassen müssen. Sie sind das beste Mittel gegen Bemühungen etwa der BAW, die Aufklärung des NSU mit dem in Kürze zu erwartenden Urteil für beendet zu erklären. Sie sind die detaillierte und pointierte Ausformulierung der Forderung „Kein Schlussstrich!".

Elif Kubaşık äußerte am Ende ihres Plädoyers: „Die, die das gemacht haben, die diese Taten begangen haben, sollen nicht denken, weil sie neun Leben ausgelöscht haben, dass wir dieses Land verlassen werden. Ich lebe in diesem Land, und ich gehöre zu diesem Land. Ich habe zwei Kinder in diesem Land zur Welt gebracht, und mein Enkel Mehmet ist hier zur Welt gekommen. — Wir sind ein Teil dieses Landes, und wir werden hier weiterleben."

Foto: protestfotografie ffm

Von Sonja Brasch

Ungeklärte Fragen

Das Ende des hessischen Untersuchungsausschusses

Die Beweisaufnahme ist beendet. Mehr als drei Jahre haben sich die Abgeordneten mit dem Mord an Halit Yozgat, einer möglichen hessischen Unterstützer_innenszene und vor allem mit der Rolle des Verfassungsschutzes beschäftigt. Was bleibt, sind einige Einblicke, viel mehr Fragen als Antworten und die abschließende Erkenntnis, dass es unter Schwarz-Grün in Hessen keine Aufklärung geben wird.

Der 27. November 2017 ist ein besonderer Tag im hessischen Landtag. Es ist der Tag, an dem die Eltern von **Halit Yozgat** ihre Erlebnisse und Erinnerungen rund um den Mord an ihrem Sohn im April 2006 erzählen. Und es ist auch zugleich die letzte öffentliche Sitzung des hessischen Untersuchungsausschusses (UA). Viele sind gekommen, um sie bei dieser schweren, aber doch so notwendigen Aufgabe zu unterstützen. Ob und wie das Ehepaar Yozgat vernommen wird, war lange unklar. Anders als beim NRW-Ausschuss sind die Hinterbliebenen und Betroffenen in Hessen nicht direkt zu Beginn oder nach den Expert_innen geladen worden.

Ayşe Yozgat und **İsmail Yozgat** betreten den Saal. Wie bereits im Gerichtsprozess in München nehmen sich die Yozgats den Raum, den sie brauchen, um ihren Erinnerungen Platz zu schaffen. Ayşe Yozgat wurde vom Ausschuss nicht einmal offiziell geladen. Sie nimmt sich einen Stuhl und setzt sich neben ihren Mann, der ein Kinderfoto von Halit am Tisch befestigt, so dass die Abgeordneten es sehen können. Geduldig beantwortet İsmail Yozgat die formellen Fragen des Vorsitzenden **Hartmut Honka**, die von einer Dolmetscherin ins Türkische übersetzt werden. Schließlich bittet er Honka darum, ihn in seinen Forderungen zu unterstützen: die Umbenennung der Holländischen Straße, in der Halit geboren wurde, aufwuchs und starb, nach seinem Sohn sowie eine Begehung des Tatortes in seinem Beisein. Als Honka ihm mitteilt, dass beides außerhalb seiner Befugnisse liege, holt

Herr Yozgat den Tatort in den Plenarraum. Er bittet darum, seine Erinnerungen erzählen zu dürfen, rückt dann Tische und Stühle zur Seite. Er baut den Schreibtisch, hinter dem Halit gelegen hat, nach und erklärt den Abgeordneten die räumlichen Verhältnisse im Internetcafé. Schließlich zeigt er, wie er seinen sterbenden Sohn fand. Er lässt alle im Raum Anwesenden an seinem Schmerz teilhaben, vielen stehen die Tränen in den Augen.

Größte Leerstelle des Ausschusses

Die Sicht der Betroffenen hätte die Arbeit des UA leiten müssen. Vielleicht wären die Befragungen der oft aussageunwilligen Geheimdienstmitarbeiter dann schärfer geführt worden, wenn man gewusst hätte, dass Yozgats sich sicher sind, dass **Andreas Temme** über einen langen Zeitraum mehrmals die Woche im Internetcafé war, einmal in Begleitung einer größeren Frau. Vielleicht hätte man begonnen, Rassismus als Tatmotiv ernst zu nehmen und die geladenen Nazizeug_innen mit ihrer Ideologie zu konfrontieren, anstatt ihnen zu erlauben, ihr Tun als unpolitischen Freizeitspaß zu präsentieren (vgl. Lotta #62). Und vielleicht hätte man einen Eindruck davon bekommen, wie es ist, den eigenen Sohn zu verlieren, öffentlich mit einer Demonstration um Hilfe zu bitten und klar zu sagen, dass es sich um Ausländerfeinde gehandelt haben muss, und dann ein Kaufangebot für das Internetcafé von verdeckten Ermittlern zu bekommen. Manchmal, so sagte Frau Yozgat, fühle sie sich immer noch verfolgt.

Parteipolitisches Klein-Klein

Doch nicht Yozgats Sicht auf das Geschehene prägte die Ausschussarbeit, sondern die Uneinigkeit der Parteien. Die Regierungskoalition aus CDU und *Grünen* war von vornherein nicht an der Einsetzung des UA interessiert. Es gab im hessischen UA kein gemeinsames Ziel und dementsprechend keinen gemeinsamen Fahrplan für die Arbeit. Die Regierungsparteien behinderten aktiv die Aufklärung der staatlichen Verantwortung, manifestiert in der Anwesenheit des Geheimdienstbeamten Andreas Temme während des Mordes sowie der Rolle von Ministerpräsident **Volker Bouffier**. Die Arbeit der Oppositionsparteien war dementsprechend mühsam und von juristischen Auseinandersetzungen geprägt. Sie konnten kleine Erfolge erringen, der große Durchbruch in den zentralen Fragen blieb aber aus. So konnte *Die Linke* Temme in einem Punkt der Lüge überführen und zeigte ihn wegen Falschaussage an. Temmes Vorgesetzte **Iris Pilling** hatte ausgesagt, im März 2006 ihre V-Mann-Führer per Mail angewiesen zu haben, die Quellen nach der Czeska-Mordserie zu befragen. Temme gab an, von der Mordserie vor dem Mord in Kassel nichts gewusst zu haben. *Die Linke* hatte die Umlaufmappe mit den Kürzeln der Beamt_innen zur Mail von Pilling ausfindig gemacht und damit beweisen können, dass Temme entgegen seiner Aussage die Mail zur Kenntnis genommen hatte. Die große Frage, was er im Internetcafé zu suchen hatte und ob er dienstlich vor Ort war, bleibt aber weiterhin unbeantwortet.

Große Schlagzeilen zum Schluss

Eine der interessantesten Zeuginnen des UA war sicherlich **Corynna Görtz**, die sich Anfang der 1990er bis Anfang der 2000er Jahre im Grenzgebiet Nordhessen, Thüringen und Südniedersachen aufhielt und dort mit allen Szenegrößen bekannt war. Schaut man sich ihre Biografie an, so wird klar, dass sie eine Drahtzieherin in der Szene war. Sie war Mitglied der *Wiking-Jugend*, ging dann nach NRW, um beim Verlag und Versand des kürzlich nach Hessen verzogenen Naziaktivisten **Meinolf Schönborn** mitzuarbeiten. Die ursprünglich aus Thüringen stammende Görtz wird vom LKA Thüringen in einem Dossier zu rechten Gewalttätern geführt — als einzige Frau neben **Beate Zschäpe**. Görtz war mit vielen Führungsgrößen der *Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei* (FAP), wie beispielsweise **Friedhelm Busse**, **Thorsten Heise** und **Siegfried Borchardt**, bekannt. Der damalige stellvertretende hessische Vorsitzende **Dirk Winkel** war ihr Lebensgefährte, mit Borchardt und Busse war sie befreundet. Für Heise reichte sie während seiner Haft Briefe an die *Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige* (HNG) weiter, eine Organisation, für die sie selbst aktiv war. Auch mit dem Kasseler **Stanley Röske**, einer führenden Figur der *Oidoxie-Street-Fighting-Crew* (vgl. Lotta #62), die als Verbindungsstruktur zwischen Kassel und Dortmund gilt, ist Görtz seit langer Zeit bekannt. In ihrer Vernehmung versuchte sie allerdings, das alte Stereotyp der unpolitischen Frau zu bedienen: Sie habe eher Kontakt zu den Frauen und Freundinnen gehabt denn zu den Nazikadern selbst. Mit dem Rechtsterroristen **Martin Wiese** habe sie nur eine persönliche Freundschaft verbunden, das sei kein Szenekontakt gewesen. Die Panzerfaust, die bei einer Hausdurchsuchung gefunden wurde, als die Polizei auf der Suche nach dem *Oidoxie*-Mitglied **Marco Eckert** war, gehöre ihrem Lebensgefährten. Görtz behauptete, 2003 aus der Szene ausgestiegen zu sein, wurde gegenüber der Polizei aber 2009 bei einem Konzert der Band *Kinderzimmerterroristen* im thüringischen Roßleben anlässlich des Geburtstags des Naziaktivisten **Rene Hagedorn** als Verantwortliche benannt. Im Jahr 2000 ging Görtz mit Winkel nach Österreich, laut Berichten der Journalisten Tornau und

Foto: protestfotografie ffm

İsmail Yozgat und Ayşe Güleç („Kasseler Initiative 6. April") bei einer Gedenkveranstaltung für Halit Yozgat.

Meyer, um sich einem deutschen Haftbefehl zu entziehen. Sie arbeitete dort in einem Szeneladen in direkter Nachbarschaft zum 1992 aus Deutschland ausgewiesenen FAP-Kader **Karl Polacek**. Auf die Frage, ob sie während ihrer Zeit in Österreich Kontakt zu Behörden hatte, verweigerte sie die Aussage. Es liegt also nahe, dass sie dort mit den Behörden kooperiert hat. Die erstaunlichste Aussage kam allerdings erst zum Ende ihrer Vernehmung: Auf die Frage des CDU-Abgeordneten **Holger Bellino** nach dem Internet-Café der Yozgats gab Görtz freimütig zu Protokoll, dass sie während ihrer Zeit im offenen Vollzug in Kassel mehrfach mit ihrer Bekannten dort gewesen sei. Die genaueren Umstände dazu konnten im UA nicht geklärt werden. Zwar wurde besagte Bekannte geladen, sie dementierte jedoch die Aussage von Görtz. Ob Görtz als mögliche Unterstützerin des NSU in Nordhessen infrage kommt und ob sie gar die Tatort-Skizze vom Internetcafé angefertigt haben könnte, bleibt unbeantwortet.

Nicht nichts gebracht

Obwohl so vieles auch nach dem Ende des UA ungeklärt bleibt, muss festgehalten werden, dass das Gremium wichtig für die Auseinandersetzung mit den NSU-Morden in Hessen war. Noch nie wurde dem Geheimdienst in Hessen so sehr auf die Finger geschaut, nie zuvor mussten sich seine Mitarbeiter_innen dermaßen für ihr Handeln rechtfertigen. Auch in der Frage der Thematisierung von Nazistrukturen konnten im Ausschuss Fortschritte erzielt werden. Es wurde zumindest einer kritischen Öffentlichkeit klar, dass der Verfassungsschutz kein kompetenter Ansprechpartner sein kann. Doch trotz der eklatanten Missstände, die sich in der Arbeitsweise des VS offenbarten, geht das Amt dank Schwarz-Grün gestärkt aus der Auseinandersetzung hervor. Es ist ein Affront, dass die Regierung noch in der Beweisaufnahme einen Entwurf für ein neues Verfassungsschutzgesetz vorlegt, in dem die Kompetenzen des VS massiv erweitert und die Bürger_innen in ihren Rechten gegenüber der Behörde beschnitten werden. Und so muss leider angenommen werden, dass aus der ganzen Arbeit, die Abgeordnete und Ehrenamtliche in diesen Untersuchungsausschuss gesteckt haben, keine Lehren in Richtung einer demokratischen Kontrolle gezogen werden, ganz zu schweigen von einer grundsätzlichen Infragestellung der Praxis der Behörde an sich. Es bleibt festzuhalten, dass eine Fortführung der staatlichen Aufklärung, die so dringend nötig wäre, unter einer erneuten Regierungsbeteiligung der CDU oder der *Grünen* keinen Sinn macht.

Starke zivilgesellschaftliche Initiativen

Was aber bleibt von der vielen Arbeit, ist eine gestärkte Zivilgesellschaft mit ausgeprägtem Misstrauen gegenüber staatlichen Strukturen. Es sind zwischen den verschiedenen Initiativen, die sich mit dem NSU-Komplex in Hessen beschäftigen, Kooperationen und Freundschaften entstanden. Der gemeinsame Prozess hat zu einem neuen Selbstbewusstsein geführt, weil den Beteiligten klar wurde, dass in Hessen eine Aufklärung nicht mit, sondern nur gegen den Staat und seine Institutionen passieren kann. So konnte die *Initiative 6. April* zusammen mit der bundesweiten Struktur des Tribunals *NSU-Komplex auflösen* das Institut der Londoner Goldsmith University *Forensic Architecture* gewinnen, um die Aufklärung zu unterstützen. Dank der *Kasseler Initiative Nachgefragt* wurde Temme von seiner Stelle im Regierungspräsidium, wo er mit sensiblen Personendaten arbeitete, mittlerweile versetzt. Es wurden gemeinsame Diskussionsveranstaltungen organisiert, und die Initiativen unterstützen sich gegenseitig bei politischen Vorhaben. Auch wenn die staatliche Aufarbeitung in Hessen vorerst wohl zum Erliegen kommt, bleiben die zivilgesellschaftlichen Initiativen aktiv. „Unsere Arbeit war nie auf die Laufzeit des UAs beschränkt", so die Sprecherin von *NSU-Watch Hessen*: „Wir haben jedes Puzzle-Teil aufgesammelt, das im Ausschuss zu Tage kam, wir bewahren sie gut auf und machen sie der Öffentlichkeit zugänglich. Die Aufklärung des NSU Komplexes und der staatlichen Verstrickungen wird uns auch noch die nächsten Jahrzehnte beschäftigen."

Foto: Jordi Borras

Von Miquel Ramos

Gegen das Recht auf Selbstbestimmung Kataloniens

Die spanische extreme Rechte verbündet sich mit dem Staat

Seit Jahrzehnten hat die extreme Rechte Spaniens keine Lebenszeichen von sich gegeben, die über ihre üblichen Kampagnen, punktuellen Aktionen und schwach besuchten Demonstrationen hinausgingen. Mit Beginn der katalanischen Bewegung für das Recht auf Selbstbestimmung fingen mehrere ultrarechte Gruppierungen an, sich innerhalb weniger Monate mehr denn je zu verschiedenen Anlässen in ganz Spanien zu zeigen.

Alle spanischen ultrarechten Gruppen haben an den Massendemonstrationen gegen das Selbstbestimmungsrecht teilgenommen, die von der spanischen nationalistischen Gruppe *Societat Civil Catalana* (SCC) zusammen mit Mitgliedern der großen Parteien *Partido Popular* (PP, die Partei des spanischen Ministerpräsidenten **Mariano Rajoy**, konservativ-nationalistisch), PSOE (spanische Sozialdemokraten) und *Ciudadanos* (eine neoliberale Partei) veranstaltet wurden. Neonazi-Gruppen wie *Democracia Nacional* (DN), die FaschistInnen der *Falange* (Partei des Diktators **Franco**), die *Plataforma per Catalunya* (PxC) und Mitglieder extrem rechter Ultra-Gruppierungen wichtiger spanischer Fußballvereine wurden auf all diesen Demonstrationen beobachtet. Während die spanische Presse die Teilnahme dieser Gruppen weitestgehend ignoriert hat, haben katalanische JournalistInnen nicht nur die Teilnahme dokumentiert, sondern auch über die vielen Übergriffe vor, während und nach den Demonstrationen berichtet.

Die Polizei ließ die extreme Rechte gewähren

Während des abgehaltenen Referendums am 1. Oktober 2017 haben mehr als zwei Millionen Menschen über die Frage der Unabhängigkeit Kataloniens abgestimmt. Zeitgleich haben die spanische Bundespolizei und die paramilitärische Guardia Civil versucht, diese Abstimmung mit Hilfe von mehr als 15.000 nach Katalonien entsandten Einsatzkräften zu unterbinden. Die PolizistInnen griffen Wahllokale an, beschlagnahmten Wahlurnen und verletzten dabei fast tausend Menschen. Am selben Tag zeigte sich die Neonazi-Gruppe *Hogar Social Madrid* an mehreren Stellen in Barcelona, um ihre Ablehnung des Referendums kundzutun. Auch Gruppen wie die *Falange* oder DN hielten Demonstrationen im Zentrum der Stadt ab. Zahlreiche BürgerInnen beklagen, von Mitgliedern der extremen Rechten an diesem Tag angegriffen worden zu sein. Mitglieder der entsandten spanischen Polizei waren ebenfalls an mehreren gewaltsamen Auseinandersetzungen in mehreren katalanischen Städten beteiligt, als

BürgerInnen gegen die Präsenz der spanischen Polizei demonstrierten. Der Innenminister und der Ministerpräsident verneinen, dass es übermäßige Polizeigewalt gegeben hätte, jedoch beschuldigen sie die TeilnehmerInnen des Referendums, gewaltsam gegen die Polizei vorgegangen zu sein. Dabei gibt es zahlreiche Berichte und Videos, die zeigen, wie die Polizei gewaltsam gegen friedliche DemonstrantInnen vorgeht. Tage zuvor, als die PolizistInnen aus ihren Quartieren in ganz Spanien auszogen, um nach Katalonien verlegt zu werden, wurden sie von Hunderten versammelten FaschistInnen unter Applaus verabschiedet. Mit auf dem Weg gab man ihnen den Schlachtruf „A por ellos!" (in etwa so wie „Holen wir sie uns").
Am 12. Oktober, dem Nationalfeiertag Spaniens, kam erneut die gesamte spanische extreme Rechte in Barcelona zusammen, um die Anlehnung einer Abspaltung Kataloniens vom spanischen Staat zu bekunden. Dabei lieferten sich im Stadtzentrum Dutzende Neonazis, die Mitglieder verfeindeter Ultra-Gruppierungen spanischer Fußballvereine sind, untereinander eine Prügelei mit Stühlen. Das Ganze fand vor den Kameras der versammelten Presse statt. Am selben Tag kam es zu etlichen rassistischen Attacken sowie Übergriffen auf Menschen und Einrichtungen, die BefürworterInnen der Unabhängigkeit Kataloniens sind. Die Polizei nahm nicht eine einzige Person wegen dieser Übergriffe fest.

Einseitige Unabhängigkeitserklärung

Am 27. Oktober hat das katalanische Parlament das Resultat des Referendums anerkannt und trotz des Urteils des obersten Gerichts und der spanischen Regierung, dass die Abstimmung illegal sei, die Katalanische Republik ausgerufen. In der selben Nacht griffen hunderte FaschistInnen den öffentlich-rechtlichen katalanischen Radiosender, berichterstattende JournalistInnen sowie feiernde UnabhängigkeitsbefürworterInnen und deren Einrichtungen an. Nach Angaben mehrerer katalanischer Medien ist es seit September 2017 zu mehr als 100 Angriffen durch FaschistInnen gekommen, die mit dem spanischen Nationalismus verknüpft sind.
Nach der Erklärung der Unabhängigkeit haben spanische Gerichte entschieden, dass sich Mitglieder der katalanischen Regierung sowie Mitglieder der Vereine *Omnium Cultural* und *Assemblea Nacional Catalana* (ANC) mehrerer schwerwiegender Vergehen gehen die spanische Verfassung schuldig gemacht haben könnten. Des Aufstandes und der Rebellion beschuldigt, wurden bekannte Mitglieder der katalanischen Regierung und der vormals genannten Organisationen verhaftet. Der Ministerpräsident Kataloniens, **Carles Puigdemont**, flüchtete vor der Polizei nach Belgien und versucht seitdem, über seine Rückkehr zu verhandeln. Zudem hat die spanische Zentralregierung zum ersten Mal in der Geschichte der spanischen Demokratie beschlossen, den Artikel 155 der spanischen Verfassung anzuwenden. Mit Hilfe dieses Artikels hat die Zentralregierung die Geschäftsführung für die katalanische Regierung übernommen und Neuwahlen für den 21. Dezember angesetzt. Damit hatte die spanische Zentralregierung die Kontrolle, von der Polizei bis zu den Konten der katalanischen Regierung, übernommen. Bei den am 21. Dezember abgehaltenen Neuwahlen des katalanischen Parlaments haben die BefürworterInnen der Unabhängigkeit erneut die absolute Mehrheit erringen können. Der Block aus *Junts per Catalunya* (Liberale), *Esquerra Republicana de Catalunya* (Linke) und der *Candidatura d'Unitat Popular — CUP* (Linksradikale) hat zusammen 70 Sitze. Damit hat sie 13 Sitze mehr als der spanische Block aus *Ciudadanos*, PSOE und PP. Zudem hat der katalanische Ableger der Linkspartei *Podemos*, *Catalunya en Comú — Podem* acht Sitze im neuen Parlament. Diese hatte sich zwar für das Referendum, aber gegen die einseitige Unabhängigkeitserklärung ausgesprochen. Damit bleibt im Parlament im Prinzip alles beim Alten. Die Befürworter der Unabhängigkeit verfolgen weiterhin den Plan der Abspaltung, und die Zentralregierung droht mit der erneuten Anwendung des Artikels 155.
Auch in Städten außerhalb Kataloniens gab es Angriffe der extremen Rechten mit Bezug zum katalanischen Prozess. In

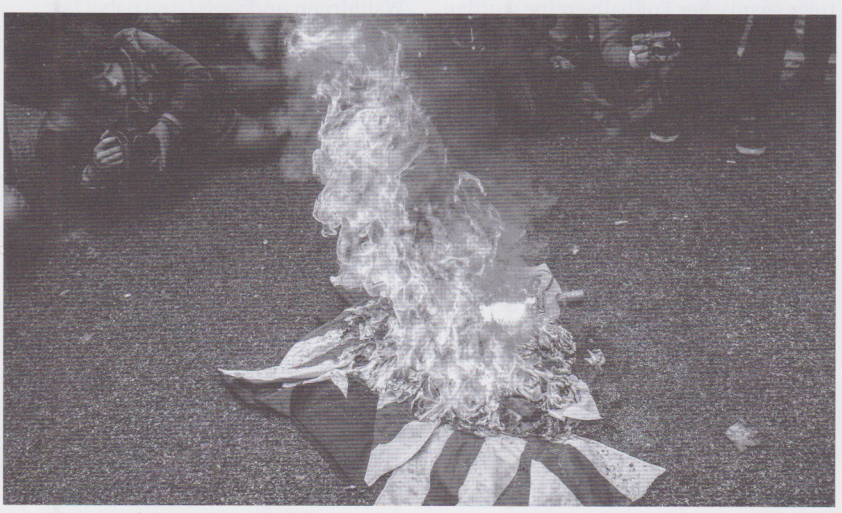


Foto: Jordi Borras

Die katalanische Fahne brennt.

Valéncia spricht man ebenfalls Catalán, hier gibt es Gruppen, die für eine Unabhängigkeit und eine Vereinigung mit Katalonien sind. Deshalb gab es vor allem in dieser Stadt Übergriffe. Valéncia wurde am 9. Oktober Schauplatz einer extrem rechten Gegendemonstration gegen die traditionelle Demonstration zum valencianischen Nationalfeiertag, der jedes Jahr von linken Gruppen gefeiert wird. Hunderte FaschistInnen kreisten die DemonstrantInnen ein und griffen vor den Augen der Polizei zahlreiche Menschen an, ohne dass es zu Festnahmen kam. Es gab mindestens 15 Verletzte, darunter JournalistInnen, die anschließend die Angriffe und die Passivität der Polizei beklagten. Aktuell werden mehr als 20 Ultrarechten Straftaten wegen Körperverletzung, Raub und Grundrechtsverletzungen vorgeworfen. Auch in Valéncia und Umgebung hat es Neonazi-Angriffe auf Personen oder Einrichtungen gegeben, die BefürworterInnen der Unabhängigkeit Kataloniens sind. Tage vor dem Referendum, am 25. September, gab es in Valéncia eine Demonstration der faschistischen Partei *España2000* vor einem Theater, in dem eine Veranstaltung von UnabhängigkeitsbefürworterInnen stattfand. Die Polizei ging nur gegen antifaschistische Selbstverteidigungsgruppen vor, denen sie untersagte, sich dem Theater zu nähern. Den FaschistInnen hingegen war es erlaubt, das Gebäude zu umstellen. In der Nacht des 18. Oktober versammelten sich zudem Mitglieder von *España2000* vor dem Haus der stellvertretenden Ministerpräsidentin **Mónica Oltra** von der Linkspartei *Compromís*. Sie spielten spanische nationalistische Musik, schwenkten spanische Flaggen und bezichtigten Oltra als Unabhängigkeitsbefürworterin. In Zaragoza hat die Linkspartei *Podemos* eine Veranstaltung organisiert, in der mögliche Lösungen für den katalanischen Konflikt thematisiert werden sollten. Auch diese Veranstaltung wurde von hunderten FaschistInnen eingekreist. Die Polizei ging erneut nicht gegen die FaschistInnen vor, die Gegenstände auf TeilnehmerInnen der Veranstaltung warfen. Die Ministerpräsidentin von Aragón, **Violeta Barba**, die an der Veranstaltung ebenfalls teilnahm, wurde durch einen Flaschenwurf am Kopf verletzt.

Foto: Jordi Borras

Spanische Faschisten verbrennen die katalanische Fahne in Barcelona.

Aufschwung für die extreme Rechte?

Der spanische Staat zählt zu den wenigen verbliebenen Ländern in Europa, in denen es keine extrem rechte Partei ins Parlament schafft. Die wichtigste Partei für die Rechte ist die regierende *Partido Popular*, die seit ihrer Gründung in den 1980er Jahren die Stimmen der gesamten Rechten, von den eher gemäßigten bis hin zu den meisten extrem rechten WählerInnen, einstreicht. Die extrem rechten Parteien erhalten beim Urnengang nicht mehr als 0,5 Prozent der Stimmen. Es sind Projekte wie *España2000*, PxC oder DN, die allesamt sehr auf ihre Führungsfigur fokussiert sind. Streit untereinander und zahlreiche PR-Desaster machen es ihnen gerade unmöglich, sich zu nur einer Partei zu verbünden, die von den WählerInnen ernst genommen werden könnte. Auf der anderen Seite gibt es in Spanien die gleichen extrem rechten Milieus wie im Rest Europas. Der Unterschied ist vielleicht, dass die Inhalte von Parteien wie PP oder *Ciudadanos* genutzt werden, um diese Wählerpotenzial abzugreifen. Die Krise in Katalonien ist sicherlich das beste und aktuellste Beispiel. Aber auch bei anderen Themen ist Ähnliches zu beobachten, beispielsweise bei der Aufarbeitung der spanischen Geschichte, wo die PP dabei bleibt, die Verbrechen der Franco-Diktatur nicht weiter untersuchen zu wollen, und zeitgleich Organisationen wie die *Fundación Francisco Franco* finanziert. So befindet sich die extreme Rechte in Spanien in der bequemen Lage, PP und andere Parteien wählen zu können, die ihre Erwartungen erfüllen. Es bleibt abzuwarten, ob es in Zukunft einen Zusammenschluss extrem rechter Parteien geben wird, der in der Lage ist, den politischen Raum zu besetzen, den bislang die bürgerlichen rechten Parteien einnehmen.

—

Der Autor Miguel Ramos ist Journalist und lebt in Valéncia. Sein Artikel wurde von einem Unterstützer der Lotta aus dem Spanischen ins Deutsche übersetzt.

Von Dominik Lange

Überlebende fordern sicheren Aufenthalt und Anerkennung

23 Jahre nach dem Brandanschlag in Köln-Gremberg

Am 26. Januar 1994 verübten Unbekannte einen Brandanschlag auf eine Notunterkunft in Köln-Gremberg, in der auch geflüchtete Roma untergebracht waren. Zwei Menschen starben, sechs weitere wurden zum Teil schwer verletzt. 23 Jahre später wandten sich die Überlebenden der bis heute unaufgeklärten Tat an die Öffentlichkeit.

Auf einer Podiumsdiskussion, die im Rahmen der Sonderausstellung „Rassediagnose Zigeuner. Der Völkermord an den Roma und Sinti und der lange Weg der Anerkennung" am 31. August 2017 in Köln stattfand, wandte sich die betroffene Familie J., vertreten durch eine Mitarbeiterin der *Opferberatung Rheinland* (OBR), an die Öffentlichkeit, um die Folgen des Anschlags zu schildern. Auf dem Podium saßen Vertreter*innen des *Rom e.V.*, des Kölner Flüchtlingsrats und der Kölner Ausländerbehörde, die über Möglichkeiten für ein Bleiberecht für Roma in Köln diskutierten.

Der Brandanschlag ereignete sich in der Nacht des 26. Januar 1994 gegen zwei Uhr. Auf der Etage, auf der zwei Roma-Familien sowie deutsche Obdachlose lebten, wurde an mehreren Stellen Feuer an dem im Flur befindlichen Mobiliar gelegt. Die deutschen Obdachlosen blieben während des Brandes in ihren Zimmern. Die Roma-Familien gerieten durch das Feuer in Panik und flohen durch den brennenden Flur ins Freie. Ein elfjähriges Mädchen und eine 61 Jahre alte Frau verstarben im Krankenhaus an den erlittenen Brandverletzungen. Nach der Tat wurden erhebliche Sicherheitsmängel an der Unterkunft bekannt, so stand die Eingangstür zur Unterkunft die ganze Nacht über offen, und es gab keine Feuerlöscher im Haus. Eine Feuerwehrzufahrt war verschlossen, der Schlüssel konnte in der Brandnacht nicht gefunden werden. Auch der Fluchtweg durch ein Flurfenster war in der Brandnacht zugestellt.

Polizei schloss rassistisches Motiv aus

Die Polizei gab bereits einen Tag nach der Tat bekannt, dass sie zwar von Brandstiftung ausgehe, aber es keine Hinweise auf ein rassistisches Motiv gäbe. Der Verein *Rom e.V.*, der sich für Menschen- und Bürgerrechte von Sinti und Roma einsetzt, kritisierte dies im Februar 1994 und wies daraufhin, dass es sowohl vor als auch nach der Tat rassistische Äußerungen durch Anwohner*innen gegeben habe, die sich scheinbar durch das Handeln des Wohnungsamtes bestärkt fühlen konnten. So sollte bereits beim Einzug der ersten Roma-Familie im Jahr 1988 dieser der Zugang in die Unterkunft durch einen Sitzstreik der deutschen Bewohner, die dabei von der Hausmeisterin unterstützt wurden, verwehrt werden. Im Sommer 1993 forderte das Wohnungsamt eine neu eingezogene achtköpfige Roma-Familie auf, die Unterkunft zu verlassen. Sie sollten in eine laut *Rom e.V.* menschenunwürdige Unterkunft auf einem Schiff im Deutzer Hafen umziehen. Als die Familie dies ablehnte, wurde sie wiederholt durch Mitarbeiter*innen des Wohnungsamts aufgefordert, die Wohnung zu verlassen, und mit einem Einschreiten der Polizei bedroht. Dabei waren auch andere Bewohner des Hauses zugegen. Zuletzt drohte ein Mitarbeiter am 24. Januar, also zwei Tage vor der Tat, im Beisein von weiteren Bewohnern, dass die Familie die Unterkunft zu verlassen habe. Käme sie dieser Auffor-

derung nicht freiwillig nach, würde sie durch die Polizei geräumt werden. Zwei Tage nach der Tat äußerte sich ein Bewohner gegenüber Mitarbeiter*innen des *Rom e.V.*, dass etwas passieren müsse, weil es nicht so weiter gehen könne. Eine weitere betroffene Familie wurde nach der Tat immer wieder telefonisch bedroht.

Noch im Februar 1994 wurden ein tatverdächtiger Bewohner der Unterkunft und sein Bruder festgenommen. Der Bewohner war bereits wegen Brandstiftung verurteilt worden, sein Bruder, der zwei Tage vor dem Brand zu Besuch kam und in der Unterkunft blieb, stand zumindest im Verdacht, in der Vergangenheit mehrere Brände gelegt zu haben. Die beiden Verdächtigen wurden bereits einen Tag nach der Festnahme wieder auf freien Fuß gesetzt.

Die Ausblendung eines rassistischen Motivs durch die Polizei, ungeachtet des sich damals in zahlreichen Anschlägen äußernden mörderischen Rassismus, ähnelt stark dem polizeilichen Vorgehen bei den mutmaßlich rassistisch motivierten Sprengfallen-Anschlägen 1992 und 1993 in Köln. Im weiteren Verlauf der Ermittlungen gab die Polizei den Betroffenen sogar eine Mitschuld am Tod der beiden Romnija, als ein Polizeisprecher gegenüber der ARD erklärte: „Die tragischen Folgen dürften mit dem Verhalten der Bewohner nach Ausbruch des Brandes in Zusammenhang stehen."

Ausweisung statt Unterstützung

Die Familie setzte sich gemeinsam mit dem *Rom e.V.* und weiteren Supporter*innen ein Jahr lang verhement dafür ein, dass die Brandstiftung aufgeklärt werde. Es folgte eine intensive Pressearbeit, in der auf die Umstände der Tat hingewiesen, die Polizei kritisiert und zur Solidarität mit den Betroffenen aufgefordert wurde. In einer Presseerklärung vom 10. Februar 1994 warf der *Rom e.V.* der Stadt Köln und der Polizei vor, die Hintergründe der Tat zu vertuschen. Im März 1994 forderten Initiativen auf einer Mahnwache einen unbefristeten Aufenthalt für die Überlebenden.

Mittwoch, 16. März 1994 EXPRESS

Drama um bosnische Flüchtlingsfamilie in Nippes

Brandanschlag: Überlebenden droht Abschiebung

Schwer verletzt: Nenad Jovanovic

Dragan Jovanovic trauert um seine Tochter

Von VERA KETTENBACH

exp Köln - Sie flohen vor dem Bürgerkrieg aus dem ehemaligen Jugoslawien, um in Köln Zuflucht zu finden. Die neun Mitglieder der Familie Jovanovic fanden zunächst Unterschlupf bei Verwandten in Gremberg und wurden später in einem Übergangsheim in der Lüderichstraße untergebracht. Das war im Dezember 1993. Doch Frieden fanden sie hier nicht. Nur wenige Wochen später kam es zur Katastrophe.

Am 25. Januar legte ein Unbekannter Feuer in dem Wohnheim. Zwei Mitglieder der Familie überlebten den Anschlag nicht, die übrigen wurden zum Teil schwer verletzt und jetzt droht ihnen sogar

minka trauert. Das elfjährige Mädchen erlag am Samstag seinen schweren Verbrennungen, die es vor sechseinhalb Wochen erlitten hatte (EXPRESS berichtete). Bereits elf Tage nach dem Anschlag war die 61jährige Raina Jovanovic an ihren Verletzungen gestorben. Der 17jährige Nenad wird sein Leben lang von Narben gezeichnet sein.

Mittlerweile lebt die Familie in der Xantener Straße in Nippes. Mit einem Mitarbeiter des Rom e.V. ging Dragan Jovanovic am Montag zum Bezirksamt, um eine Aufenthaltsgestattung zu beantragen - und bekam eine Ausreiseaufforderung vorgelegt. Nicht nur er, auch sechs Familienangehörige,

Identität bei der Stadt Köln nicht durch Vorlage von Ausweispapieren nachgewiesen, „weil sie, ja gar nicht wußten, wo sie dann nun eigentlich bleiben wollten", erklärt Kurt Holl, Vorsitzender von Rom e.V. Er ist empört: „Selbst wenn das Vorgehen der Stadt formaljuristisch vielleicht in Ordnung ist, kann man doch so nicht mit Menschen umgehen. Bei dem Feuer wurden die Papiere der Familie bis auf den Führnschein von Dragan Ivanovic vernichtet. Der Führerschein wurde nicht als Dokument anerkannt, mit dem die Identität nachgewiesen wird." Eine Stadt, in der bei dem „Arsch Huh"-Konzert 100000 Menschen gegen Fremdenfeindlichkeit demonstriert ha-

Jasminka (li.), die an ihren Verbrennungen starb, auf einem Foto mit ihrem Opa Rade, einer Freundin und Nenad Jovanovic. Fotos/Repro: Michels

Bezirksamtes Nippes: „Wir sehen natürlich die menschliche Tragödie, die sich hinter den rein juristi-

Ausreisefrist nicht gelingen, gibt es die Möglichkeit der Verlängerung."

Die Brandopfer erhielten keine Unterstützung von der Stadt und mussten teilweise noch längere Zeit in der Unterkunft leben. Die Angehörigen der Familie J., die als Asylsuchende nach Deutschland gekommen waren, erhielten bereits zwei Tage nach dem Tod der elfjährigen Tochter von der zuständigen Ausländerbehörde die Aufforderung, Deutschland zu verlassen. Am 14. April 1994 wurden die Familienmitglieder auf das Ausländeramt geladen, wo sie verhört und erneut aufgefordert wurden, Deutschland spätestens bis zum 16. Mai 1994 zu verlassen. Abgeschoben wurde die Familie zwar nicht, sie lebt noch heute in Deutschland, doch ist sie auch 23 Jahre nach dem Brandanschlag nach wie vor nur „geduldet".

Immer noch nur „geduldet"

Auf der Podiumsdiskussion im August 2017 kritisierte die Mitarbeiterin der Opferberatung, dass die Familienmitglieder bis heute nicht als Betroffene eines rassistischen Brandanschlags wahrgenommen würden und nach wie vor keinen gesicherten Aufenthaltsstatus hätten. Gleichzeitig wolle die Familie mit dem Schritt an die Öffentlichkeit mahnen, dass der Anschlag nicht in Vergessenheit gerate, da es weiterhin rassistische Gewalt in Deutschland gebe.

Die Vertreterin des Ausländeramtes erklärte, dass sie zu Einzelfällen keine Angaben machen könne, der Fall aber im Rahmen der Prüfung der Langzeitgeduldeten in Köln behandelt werden könne. Diese Initiative war im Januar 2017 durch den Stadtrat initiiert worden, der an die Verwaltung appellierte, Ermessensspielräume zu nutzen, um langjährig geduldeten Geflüchteten aus Köln einen dauerhaften Aufenthalt zu gewährleisten. Aktuell verhandelt die Familie mit der Ausländerbehörde über einen sicheren Aufenthaltsstatus. Es bleibt zu hoffen, dass die Stadt nach so langer Zeit endlich einlenkt.

Foto: Arbeitskreis Gedenkstättenfahrten

Gedenkstätte in Belzec: ein letzter Blick zurück auf dem Weg in die Gaskammer.

Von Michael Sturm

„Ein halbes Jahrhundert des Vergessens“

Die bis heute prekäre Erinnerung an die Opfer der „Aktion Reinhardt“

„Ja, ich habe überlebt, um Zeugnis abzulegen von dem Riesenschlachthof Treblinka!“ Mit diesem Satz schloss Chil Rajchman seinen Bericht über seine Erlebnisse im Vernichtungslager Treblinka, in das er im Oktober 1942 deportiert worden war. Rajchman war einer von knapp 60 Personen, die der Mordfabrik entrannen und die Zeit des Zweiten Weltkriegs überlebten. Er beteiligte sich am Häftlingsaufstand am 2. August 1943, konnte fliehen und bis zum Ende der Naziherrschaft untertauchen. Bereits auf der Flucht begann er seine Erlebnisse aufzuzeichnen.

Der Bericht von **Chil Rajchman** blieb jedoch Jahrzehnte unveröffentlicht. Er wurde erst im Jahr 2009, fünf Jahre nach seinem Tod, publiziert. Dennoch hatten seine Erinnerungen seit den 80er Jahren vor allem in den USA und in Israel größere Beachtung gefunden. Sowohl in dem von den Vereinigten Staaten angestrebten Ausbürgerungsverfahren als auch im Prozess gegen **John** „Ivan“ **Demjanjuk** 1988 in Jerusalem sagte er als Zeuge aus. Rajchmans Geschichte und seine erst spät veröffentlichten Aufzeichnungen stehen exemplarisch für das in den Erinnerungskulturen an die Shoah bis heute häufig randständig gebliebene Bewusstsein für die „Aktion Reinhardt“ — für die „vergessenen Orte des Holocaust“.

Im „Schatten von Auschwitz“

Während die Gedenkstätte Auschwitz jährlich von rund 1,5 Millionen Menschen aus aller Welt besucht wird, verzeichnet die rund 80 Kilometer nordöstlich von Warschau gelegene Gedenkstätte Treblinka, dem größten der drei Vernichtungslager der „Aktion Reinhardt“, in dem mindestens 870.000 Jüdinnen und Juden ermordet wurden, pro Jahr etwa 60.000 BesucherInnen. Zur Gedenkstätte in Bełżec, nahe der polnisch-ukrainischen Grenze, wo im März 1942

das erste Vernichtungslager der „Aktion Reinhardt“ entstand, in dem etwa 470.000 Jüdinnen und Juden ermordet wurden, kommen jährlich rund 30.000 Menschen. Die ebenfalls im Osten Polens gelegene Gedenkstätte auf dem Gelände des ehemaligen Vernichtungslagers Sobibor, in dem rund 180.000 Deportierte starben, wird von etwa 25.000 Personen besucht.

Auch in den Debatten um die Zukunft der Erinnerung an die NS-Verbrechen, spielen die entlegenen und pädagogisch wie infrastrukturell nur schlecht erschlossenen Erinnerungsorte der „Aktion Reinhardt“ weiterhin eine untergeordnete Rolle. Nach wie vor bildet „Auschwitz“ den Kristallisationspunkt geschichtspolitischer, pädagogischer und erinnerungskultureller Diskurse. Diese Feststellung bedeutet weder, die Monstrosität der in Auschwitz begangenen Verbrechen zu relativieren, noch eine Opferkonkurrenz zu konstruieren. Vielmehr geht es darum, den Blick und das Bewusstsein für die Dimensionen des NS-Massenmords über „Auschwitz“ hinaus zu schärfen.

Zeugen des Massenmordes

Nur sehr wenige Überlebende können das Mordgeschehen in den Vernichtungslagern der „Aktion Reinhardt“ bezeugen. Aus dem Vernichtungslager Belzec konnten lediglich zwei Menschen fliehen: **Rudolf Reder**, ein aus Lemberg stammender Seifenfabrikant, der 1949 zunächst nach Israel und von dort nach Kanada emigrierte, wo er 1968 starb, und **Chaim Hirszman**, der sich nach seiner Flucht einer jüdischen Partisanengruppe anschloss, jedoch schon kurz nach Ende des Zweiten Weltkrieges, im März 1946, unter bis heute ungeklärten Umständen in Lublin ermordet wurde. Beide berichteten Jüdischen Kommissionen in der unmittelbaren Nachkriegszeit von ihren Erlebnissen. Über das Geschehen in den Vernichtungslagern Treblinka und Sobibor konnten hingegen mehrere ehemalige Häftlinge Auskunft geben. In beiden Lagern hatte es Revolten gegeben, in deren Folge insgesamt mehreren hundert Gefangenen die Flucht gelang. Am 2. August 1943 setzte in Treblinka eine Gruppe von Häftlingen Teile des Lagers in Brand. Bis zu 250 von ihnen gelang es, den Lagerzaun zu überwinden und in die angrenzenden Wälder zu fliehen. Einige Wochen später, am 16. Oktober 1943 kam es schließlich zu einem Aufstand in Sobibor, in dessen Verlauf zwölf SS-Männer getötet wurden. Rund 250 Gefangene brachen aus dem Lager aus.

Die von einigen der Überlebenden verfassten, teilweise erst Jahrzehnte später veröffentlichten Berichte — etwa von **Richard Glazar**, **Samuel Willenberg** und Chil Rajchman für Treblinka oder **Jules Schelvis**, **Thomas** „Toivi“ **Blatt** und **Aleksandr Petscherski** für Sobibor — sind Zeugnisse der erschütternden Eindrücke vom beispiellosen Morden in den Vernichtungslagern, aber auch vom Selbstbehauptungswillen ihrer Urheber. Dennoch blieb ihre Zeugenschaft im Vergleich zu den wesentlich zahlreicheren Überlieferungen aus anderen NS-Lagern äußerst marginal.

Systematische Beseitigung der Spuren

Noch vor dem Ende der „Aktion Reinhardt“ begannen die Deutschen, die Spuren des monströsen Verbrechens zu beseitigen. Ab Herbst 1942 wurden in Sobibor und Belzec die zunächst in Massengräbern verscharrten Leichen wieder exhumiert und auf großen Scheiterhaufen verbrannt. In Treblinka begannen die Verbrennungen im Februar 1943. Bereits im Frühjahr 1943 setzte der Rückbau des Vernichtungslagers Belzec ein. Holzbaracken und Zäune wurden demontiert, das Lagergelände planiert und anschließend mit Bäumen bepflanzt. Nichts sollte an das Mordgeschehen erinnern.

Ähnlich gingen die „Experten der Vernichtung“ in Sobibor und Treblinka vor. Das Vernichtungslager Sobibor wurde unmittelbar nach dem Aufstand am 14. Oktober 1943 abgetragen. Ein eigens errichteter Bauernhof und ein neu gepflanzter Kiefernwald sollten die düstere Vorgeschichte des Ortes verschleiern. Auch auf dem Gelände von Treblinka entstand ein unscheinbarer Bauernhof. Bauliche Relikte, die als sichtbare Erinnerungsorte hätten dienen können, existierten — anders als etwa in Auschwitz — nicht mehr.

Nichtthematisierung der Shoah im Nachkriegspolen

Noch während des Zweiten Weltkriegs im November 1944 entstand auf dem Gelände des vormaligen Konzentrations- und Vernichtungslagers Lublin/Majdanek eine erste Gedenkstätte, die vor allem den polnischen Opfern des NS-Terrors gewidmet war. Auch das 1947 eröffnete Staatliche Museum Auschwitz-Birkenau rückte zunächst das Leiden, die Verfolgung und den Widerstand des polnischen Volkes in den Mittelpunkt. In der unmittelbaren Nachkriegszeit stand im staatssozialistischen Polen, so urteilte der polnische Historiker **Robert Kuwalek**, „die Geschichte von Heldentum und Märtyrern gegenüber dem Leiden der Opfer deutlich mehr im Vordergrund“. In dieses Narrativ fügte sich die Geschichte der Vernichtungslager der „Aktion Reinhardt“ jedoch kaum ein, zumal die in Belzec, Sobibor und Treblinka Ermordeten nahezu ausschließlich Jüdinnen und Juden gewesen waren. Zwar bemühten sich jüdische Organisationen Ende der 40er Jahre um die Errichtung einer Gedenkstätte in Treblinka, also in jenem Vernichtungslager, in dem ein Großteil der Warschauer Jüdinnen und

Foto: Arbeitskreis Gedenkstättenfahrten

Granitsteine und Mahnmal auf dem Gelände der Gedenkstätte in Treblinka.

Juden ermordet worden waren. Diese Initiativen fanden jedoch keine offizielle Unterstützung, im Gegenteil wurden im Zuge der vollständigen Stalinisierung Polens nach 1949 sogar einige dieser Organisationen aufgelöst. In jenen Jahren entschloss sich auch ein Teil der Überlebenden der „Aktion Reinhardt“ zur Emigration. Chil Rajchman ging nach Uruguay, Rudolf Reder nach Israel. Samuel Willenberg, der sich maßgeblich am Aufstand in Treblinka beteiligt hatte, wanderte 1950 ebenfalls nach Israel aus.

Gedenkstätten an den Schauplätzen der „Aktion Reinhardt“

In Folge der Entstalinisierung entstanden in den 60er Jahren an den Orten der vormaligen Vernichtungslager der „Aktion Reinhardt“ Gedenkstätten. Nach wie vor blieb jedoch die Tatsache, dass die dort Ermordeten nahezu ausschließlich Jüdinnen und Juden gewesen waren, weitgehend unerwähnt. Am 1. Dezember 1963 wurde in Bełżec im Beisein eines Vertreters der „Gesellschaftlich-Kulturellen Vereinigung der Juden“ aus Krakau ein Denkmal enthüllt, dessen Inschrift lautete: „Zur Erinnerung an die Opfer des Hitlerterrors, die in den Jahren 1941-1943 ermordet wurden.“ Die polnischen Medien berichteten nur in knappen Notizen über die Einweihung des Denkmals. Auch das am 27. Juni 1965 durch die Volksrepublik Polen eröffnete Erinnerungsensemble in Sobibór blieb in der Benennung der Opfer abstrakt. Die Gedenkinstallation gab keinerlei Auskunft darüber, wer im damaligen Vernichtungslager Sobibor den NS-Mördern zum Opfer gefallen war. Deutlichere Bezüge zur fast ausnahmslos jüdischen Herkunft der Ermordeten wies hingegen die im Jahr 1964 errichtete Gedenkstätte in Treblinka auf. 17.000 Granitsteine sollten an die Opfer und die Zerstörung der jüdischen Gemeinden erinnern. Im Zentrum der Anlage, dort, wo man die Gaskammern und die Verbrennungsstätten vermutete, wurde ein aus mehreren Granitblöcken zusammengesetztes neun Meter hohes Mahnmal errichtet, auf dessen Rückseite eine jüdische Menora zu sehen ist (siehe Foto). Konkretere Erläuterungen oder eine museale Aufbereitung fehlten freilich auch hier. Doch immerhin existierten nun in Bełżec, Sobibór und Treblinka manifeste Erinnerungszeichen, die die zentralen Schauplätze der Verbrechen der „Aktion Reinhardt“ markierten.

Schweigen im Land der Täter

Im Land der Täter beziehungsweise in den Nachfolgestaaten des Deutschen Reiches herrschte indessen Schweigen. In der Bundesrepublik dominierte bis zum Ende der 1950er Jahre eine unverkennbare Schlussstrichmentalität. Dies galt in besonderem Maße für jene Massenmorde, die im „Osten“ verübt worden waren und deren Schauplätze sich nun in der Hochphase des Kalten Kriegs jenseits des Eisernen Vorhangs befanden. Die Lager Auschwitz, Belzec, Sobibor und Treblinka erschienen nicht nur zeitlich weit entfernt. Die Strafverfolgung von NS-Verbrechen war im Laufe der 50er Jahre fast vollständig zum Erliegen gekommen. Anfang des Jahrzehnts war im Zusammenhang mit der „Aktion Reinhardt“ **Erich Hermann Bauer**, einer der vormaligen „Gasmeister“ in Sobibor, im Mai 1950 vor dem Berliner Landgericht wegen „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ zum Tode verurteilt worden, 1971 wurde die Strafe in eine lebenslange Freiheitsstrafe umgewandelt. Auch der SS-Unterscharführer **Hubert Gomerski** wurde aufgrund seines Einsatzes in Sobibor im Jahr 1950 vom Landgericht Frankfurt zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt, ebenso im folgenden Jahr **Josef Klier,** der in Treblinka gemordet hatte. Auch der im August 1963 vor dem Landgericht München eröffnete Prozess gegen acht Angehörige des Lagerpersonals von Belzec, verlief enttäuschend. Lediglich **Josef Oberhauser**, einstmals Adjutant des Lagerleiters **Christian Wirth**, wurde zu einer viereinhalbjährigen Freiheitsstrafe verurteilt. Das Hauptverfahren gegen die sieben Mitangeklagten wurde gar nicht erst eröffnet, da das Gericht davon ausging, dass sie in erster Linie aus Angst vor Wirth gehandelt hatten. Im

Verlauf der 1960er und zu Beginn der 1970er Jahre kam es zu weiteren Prozessen in Hagen und Düsseldorf, bei denen sich ehemalige Angehörige der Lagermannschaften aus Sobibor und Treblinka verantworten mussten. Das öffentliche Interesse an der Aufarbeitung der Verbrechen der „Aktion Reinhardt“ blieb jedoch gering. Auch in den sich entwickelnden Erinnerungskulturen kamen Belzec, Sobibor und Treblinka kaum vor.

Zivilgesellschaftliches Engagement

Erst seit den 1990er Jahren erfahren die „vergessenen Orte“ des Holocaust allmählich mehr Beachtung. Einige der von Überlebenden verfassten Berichte erschienen in deutscher Sprache. Bereits im Jahr 1985 hatte ihnen **Claude Lanzmann** mit „Shoah“ ein filmisches Denkmal gesetzt. Es waren kleinere Initiativen, die das Bewusstsein für die Dimensionen des Holocaust im besetzten Polen zu schärfen versuchten. In erster Linie ist hier das *Bildungswerk Stanisław Hantz* aus Kassel zu nennen, das seit 1995 Bildungsveranstaltungen und Studienreisen zu den Schauplätzen der NS-Vernichtungspolitik im heutigen Polen, aber auch in die baltischen Staaten und in die Ukraine organisiert. Zudem kooperiert das Bildungswerk eng mit dem *Club der ehemaligen Konzentrationslagerhäftlinge* in Zgorzelec (Polen) und der niederländischen *Stichting Sobibor* in Amsterdam sowie mit den Gedenkstätten in Bełżec, Sobibór und Treblinka. So entstand beispielsweise auf dem Gelände des ehemaligen Vernichtungslagers Sobibor — entlang des mutmaßlichen Weges, den die Deportierten zu den Gaskammern gehen mussten — eine Gedenkallee, gesäumt von Steinen mit Namen dort ermordeter Jüdinnen und Juden.

Zwischen Neugestaltung und prekärer Gegenwart

Die Situation der drei Gedenkstätten ist jedoch nach wie vor prekär. Auf maßgebliche Initiative von **Miles Lerman** — Beiratsmitglied des Holocaust-Museums in Washington –, dessen gesamte Familie im Lager Belzec ermordet worden war, wurde 2004 in Bełżec eine aus Spendengeldern sowie Fördermitteln der polnischen Regierung finanzierte neu gestaltete Gedenkstätte eröffnet. Unberücksichtigt blieb bei der Neukonzeption jedoch das noch existierende ehemalige Kommandanturgebäude, das bis 2010 als Wohnhaus fungierte. Als im Frühjahr 2015 die Besitzerin des Hauses, die PKP (Polnische Bahngesellschaft), das Gebäude meistbietend versteigern wollte, startete das *Bildungswerk Stanislaw Hantz* eine Crowdfundig-Kampagne, um die ehemalige Kommandantur zu erwerben und für die historische Bildungsarbeit nutzbar zu machen. Gleichzeitig meldeten sich kritische Stimmen, darunter der italienische *Verband der Opfer nationalsozialistischer Konzentrationslager*, die die Versteigerung dieses historischen Ortes grundsätzlich verurteilten. Die internationale Aufmerksamkeit führte schließlich dazu, dass die PKP das Gelände kostenfrei dem *Staatlichen Museum Majdanek*, das auch für die Gedenkstätte in Bełżec verantwortlich ist, überließ. Auch die Neugestaltung der Gedenkstätte in Sobibór verlief nicht ohne Konflikte. Dort war 1993 erstmals ein kleines Museum eröffnet worden. Auf Grund der prekären finanziellen Ausstattung der Gedenkstätte musste dass das vom Landkreis Włodawa getragene Museum im Jahr 2011 sogar zwischenzeitlich schließen. Im selben Jahr wurde jedoch die vollständige Neugestaltung der Gedenkstätte beschlossen. Die Umsetzung der seit 2013 vorliegenden Konzeptionen begann allerdings erst im Jahr 2017. Während sich in der Steuerungsgruppe der Gedenkstätte VertreterInnen aus Polen, Israel, den Niederlanden und der Slowakei engagieren, zeigte sich die Bundesrepublik Deutschland lange Zeit an der Entwicklung der Gedenkstätte desinteressiert. Noch im Jahr 2013 begegnete die damalige Staatsministerin im Auswärtigen Amt, **Cornelia Pieper** (FDP), den Forderungen nach finanzieller Förderung der Gedenkstätte durch die BRD mit dem historisch ebenso falschen wie unsensiblen Argument, dass unter den in Sobibor Ermordeten keine aus Deutschland stammenden Deportierten gewesen seien. Bis heute halten die Querelen um die Förderung der Gedenkstätte Sobibor an.

Erinnerung vor Ort gestalten

Nicht aus dem Blick geraten sollte, dass der beispiellose Massenmord seine Wurzeln im Deutschen Reich hatte. Das Netzwerk der Täter rekrutierte sich im Wesentlichen aus den Protagonisten der mit dem Begriff „T4“ umschriebenen Patientenmorde. Zehntausende Jüdinnen und Juden, die in den Lagern der „Aktion Reinhardt“ ermordet wurden, stammten aus dem Deutschen Reich. An zentral gelegenen Orten, etwa auf dem ehemaligen Schlachthof- und heutigen Hochschulgelände in Düsseldorf-Derendorf, wurden sie zusammengetrieben und von dort über das Durchgangsghetto Izbica — 65 Kilometer südöstlich von Lublin — in die Vernichtungslager Belzec und Sobibor deportiert. Eine kritische Erinnerungskultur sollte es sich zur Aufgabe machen, den Lebenswegen und Schicksalen, aber auch dem Selbstbehauptungswillen der Deportierten nachzuspüren und den in den Gaskammern von Belzec, Sobibor und Treblinka als Namenlose Ermordeten wieder eine individuelle Biografie zu geben.

Von Christian Hummer

Polens Rolle rückwärts

Die Partei *Recht und Gerechtigkeit* (PiS) hat 2015 die Präsidentschafts- und Parlamentswahl gewonnen. Seitdem demontiert die neue Regierung systematisch demokratische Grundrechte und Institutionen. Krzysztof Pilawski und Holger Politt versuchen in ihrem Buch „Polens Rolle rückwärts“, den Weg zum Erfolg der Rechtsnationalen in der ehemaligen Volksrepublik nachzuzeichnen. Den ersten Teil des Buches widmen sie der Entwicklung des post-kommunistischen Polens. Sie beschreiben die gewaltsame Anpassung der Wirtschaft an ein neoliberales, kapitalistisches Wirtschaftssystem, das eine ökonomisch gespaltene Gesellschaft produziert hat. Pilawski und Politt benennen dies schlüssig als Grundlage für den Wahlerfolg von PiS. Sie ergänzen das Bild um den Einfluss des allgegenwärtigen Katholizismus, rassistischer Einstellungsmuster und einer dominanten rechten Jugendkultur. Der zweite große Teil behandelt Episoden der polnischen Geschichte, deren Traditionslinien bis heute prägend sind. Die Rechte bedient sich hier großzügig und arbeitet emsig an ihrer Deutung. Vor allem der polnische Widerstand gegen die deutschen und russischen Besatzer im zweiten Weltkrieg sowie die Wiedererlangung der Unabhängigkeit 1918 spielen eine herausragende Rolle.

Die Autoren liefern einen knappen, soliden und schlüssigen Abriss über den Rechtsruck Polens und den Erfolg der PiS-Partei. Gelegentlich geht das Detailwissen etwas mit den Autoren durch; trotzdem ist es ihnen gelungen, ein Buch zu verfassen, das sich auch mit knappem Vorwissen zur Geschichte des Landes mit Gewinn lesen lässt.

Krzysztof Pilawski und Holger Politt
Polens Rolle rückwärts. Der Aufstieg der Nationalkonservativen und die Perspektiven der Linken
Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung
VSA: Verlag, Hamburg 2016
176 Seiten, 14,80 Euro

Von Alena Becker

Der „Antibolschewistische Block der Nationen“ (ABN)

„Er verlor nie den Glauben an seine Landsleute im couragierten Streit für Menschenrechte und die nationale Unabhängigkeit der Ukraine gegen die Zwillingstyranneien des Nazismus und des Kommunismus“: Diese Worte richtete US-Präsident Ronald Reagan an die Witwe Jaroslav Stetzkos, als dieser am 5. Juli 1986 auf dem Münchner Waldfriedhof begraben wurde. Stetzko führte gemeinsam mit Stepan Bandera während des Zweiten Weltkrieges die OUN-B, eine faschistisch-nationalistische Organisation in der Ukraine. Im Juni 1941 proklamierte er sich als Ministerpräsident der Ukraine, heizte ein antijüdisches Pogrom an, beteiligte sich daran und schwor dem NS-Regime die Treue. Dennoch fand sich Stetzko kurz darauf im KZ wieder. Nach Kriegsende suchte und fand er neue Verbündete. Westliche Geheimdienste auf der Suche nach Helfershelfern im Kampf gegen die UdSSR unterstützen seine Bemühungen, unter dem Banner des Antikommunismus möglichst viele möglichst unappetitliche Organisationen zusammenzubringen. So gelang es den leidenschaftlichen NS-Kollaborateuren nicht nur, als „stärkste Verbündete des Westens“ anerkannt zu werden, sondern auch Einfluss zu nehmen, der bis heute nachwirkt.

Das recht schmale Buch von Stefanie Birkholz ist zwar viel zu schnell zu Ende gelesen, aber sie informiert prägnant über die wichtigsten Stationen und zeichnet so ein klares Bild des Charakters und der Aktivitäten des ABN.

Stefanie Birkholz
„Die stärksten Verbündeten des Westens“. Der Antibolschewistische Block der Nationen 1946-1996. Geschichte, Organisation und Arbeitsweise eines Netzwerks zur Zerschlagung der Sowjetunion
konkret texte 71, Hamburg 2017
144 Seiten, 15 Euro

Von Alexander Brekemann

„Reichsbürger“ unter der Lupe

Seien wir ehrlich: So richtig ernst genommen hat sie doch kaum jemand, diese „Reichsbürger“. Mit Ausnahme derjenigen vielleicht, die den NS verherrlichen und sich im neonazistischen Spektrum bewegen. Aber wenn ein als „Ufo“ vorgestellter Redner dazu aufgefordert, Personalausweise gegen selbst gebastelte Ausweise irgendeiner „Exilregierung“ oder irgendwelcher „Selbstverwalter“ einzutauschen, fällt es schon schwerer, dieses Milieu als gefährlich wahrzunehmen. Einige wenige Beobachter_innen der „Reichsbürger“-Szenerie warnen hingegen schon lange vor der mit einer zunehmenden Zahl von Gewalttaten einhergehenden Entwicklung der Szene. Doch es bedurfte erst der tödlichen Schüsse auf einen Polizeibeamten in Georgensgemünd, um allmählich mit der Mär von den „harmlosen Spinnern“ aufräumen zu können. Andreas Speit, der sich seit Jahrzehnten mit der extremen Rechten beschäftigt, hat nun einen Sammelband herausgegeben, in dem er und elf weitere Autor_innen diese „facettenreiche, gefährliche Bewegung“ mit mehr als 12.000 Anhänger_innen unter die Lupe nehmen. Behandelt werden unter anderem die „Reichsideologie der extremen Rechten“, die Themen „Waffen in der Szene“ und „Antisemitismus im Milieu“ sowie die Frage, ob das „Reichsbürger“-Dasein eine reine „Männersache“ ist. Thematisiert werden auch die praktische Auseinandersetzung, der staatliche Umgang sowie internationale Aspekte. Das auch für Nicht-expert_innen gut lesbare Buch verschafft einen kompakten Überblick über die oft nur schwer zu fassende Reichsbürger-Szene und sei hiermit wärmstens empfohlen.

Andreas Speit (Hg.)
Reichsbürger. Die unterschätzte Gefahr
Ch. Links Verlag, Berlin 2017
216 Seiten, 18 Euro

Von Johannes Hartwig

Das NSU-Unterstützungsnetzwerk in Sachsen

Der NSU-Prozess neigt sich seinem Ende zu. Wenig überraschend vertrat die Staatsanwaltschaft in ihrem Plädoyer nach wie vor die These, beim NSU habe es sich um das Trio Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt gehandelt. Offenbar gibt es kein Interesse, sich mit dem mutmaßlich bis zu hundert Personen umfassenden Unterstützungsnetzwerk des NSU zu befassen, auf dessen Dimensionen die Nebenklage immer wieder hinwies. Einem Ausschnitt dieses Netzwerkes widmet sich die Broschüre „Unter den Teppich gekehrt!“ des *Kulturbüros Sachsen*. Zunächst wird die Flucht von Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt nach Chemnitz und ihr späteres Untertauchen in Zwickau dargestellt. Herzstück der Broschüre sind die Kurzportraits der Nazi-Aktivist_innen Jan Werner, Antje Probst, Frank Fiedler, Susann Eminger, Hendrik Lasch, Mandy Struck, Thomas Starke und Ralf Marschner, die als zentrale Akteur_innen des sächsischen NSU-Unterstützungsnetzwerks vorgestellt werden. Abgerundet wird die Broschüre mit einem Artikel, der sich den Möglichkeiten und Grenzen der Aufklärung im NSU-Komplex beschäftigt. Trotz der Täter-Fokussierung geraten die Opfer und Betroffenen des NSU-Terrors nicht aus dem Blick. Bebildert ist die Broschüre mit Fotos, die die damaligen Tatorte der NSU-Morde und -Anschläge im Jahr 2017 zeigen. Die Broschüre leistet einen wichtigen Beitrag in der Auseinandersetzung mit dem NSU, die auch nach dem Prozess und den Parlamentarischen Untersuchungsausschüssen noch lange nicht abgeschlossen ist. Leider ist die Broschüre zur Zeit vergriffen, ein Nachdruck ist in Vorbereitung. News unter https://www.kulturbuero-sachsen.de

Kulturbüro Sachsen e.V. (Hrsg.)
Unter den Teppich gekehrt! Das Unterstützungsnetzwerk des NSU in Sachsen
Dresden, Oktober 2017
50 Seiten

THEMA_
RELIGION UND ANDERE DROGEN
ZAG
ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT
NUMMER 74/2017 · ISSN: 2192-6719 · EUR 5,00
ZAG c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V.
im Mehringhof,
Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin
E-Mail redaktion@zag-berlin.de
Internet www.zag-berlin.de

Empfänger Antirassistische Initiative
IBAN DE46 1002 0500 0003 0396 00
Verwendungszweck Gedenkort Burak

JETZT SPENDEN!

DIE SINNE SCHÄRFEN! JETZT TESTEN:
4 Ausgaben für 10 €
Bestellungen unter www.akweb.de

ak
analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis

graswurzel revolution
für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft

Foto: Jutta Brunnauer

GWR Nr. 425, Jan. 2018:
Das weibliche Gesicht des Streiks
Probeheft kostenlos:
www.graswurzel.net

Unsere Solidarität gegen ihre Repression!

Spendenkonto: Rote Hilfe e.V.
Sparkasse Göttingen
IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
BIC: NOLADE21GOE

info@rote-hilfe.de
★ www.rote-hilfe.de ★
Solidarität organisieren
Mitglied werden!

DIE ROTE HILFE
Zeitung der Roten Hilfe e.V. – Zeitung gegen Repression

Auch in gutsortierten Bahnhofsbuchhandlungen

DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 4 Euro, im Abonnement 20 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. **Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.**

Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

Einzelexemplar: 3,50 EUR
Abo 17,50 EUR (5 Ausg.)
Abo 35,00 EUR (10 Ausg.)

www.antifainfoblatt.de
mail@antifainfoblatt.de
facebook.com/AntifaschistischesInfoblatt
twitter.com/AntifaInfoBlatt

Kostenloses Probeexemplar

Lotta abonnieren!

±Bei Fragen rund um das Thema Abos und Bestellungen steht der LOTTA-Vertrieb unter der E-Mail-Adresse lotta-vertrieb@nadir.org zur Verfügung.

Ich bestelle:
O ab der aktuellen Ausgabe
O ab der nächsten Ausgabe:

Jahreseinzelabo über 4 Ausgaben
O Jahresabo, Inland 18 Euro
O Jahresabo, Ausland 27 Euro
O Jahresförderabo (beliebige Summe ab 28 Euro.
Eine Spendenquittung über die Fördersumme stellen wir ab 50 Euro aus) ___ Euro

» Alle Preise inkl. Porto und Versand.
» Zu Nachbestellungen von älteren Ausgaben und zum Thema Weiterverkauf bietet unsere Homepage nähere Informationen: http://www.lotta-magazin.de unter „Lotta bestellen".
» Es gilt nur die zum Zeitpunkt des Eingangs der Bestellung auf unserer Homepage veröffentlichte aktuelle Preis- und Bestellliste!

O Ich überweise den Betrag innerhalb von 7 Tagen auf folgendes Konto:

VFKB e.V.
Postbank Dortmund
IBAN DE18 4401 0046 0994 5404 60
BIC PBNKDEFF

Bitte bei Überweisungen unbedingt den Namen der abonnierenden Gruppe/Person und die Nummer/n der bezahlten/bestellten Ausgabe(n) angeben!

O Ich habe den Betrag in bar (keine Briefmarken) beigelegt.

Achtung Kleingedrucktes: Ein Abo verlängert sich automatisch um vier weitere Ausgaben, wenn nicht bis spätestens vier Wochen nach Erscheinen der letzten abonnierten Ausgabe gekündigt wird.

An die LOTTA
Am Förderturm 27
46049 Oberhausen

.....
Vorname, Name oder Organisation

.....
Anschrift PLZ, Ort

.....
E-Mail (unbedingt angeben)

....
Ort, Datum Unterschrift

Impressum

LOTTA
Am Förderturm 27, 46049 Oberhausen
lotta-redaktion@no-log.org
lotta-vertrieb@nadir.org
www.lotta-magazin.de

Verlag und Druck im VFKB e.V., c/o LOTTA
V.i.S.d.P.: S. Zinflou, c/o LOTTA

ISSN: 1865-9632

Auflage: 1.000
Erscheinungsweise: vierteljährlich

Alle Rechte an den Fotos und den Artikeln liegen bei den Fotograf_innen und den Autor_innen. Nicht in allen Fällen konnten die Urheber_innen der verwendeten Fotos ermittelt werden. Wir bitten darum, sich ggf. bei uns zu melden.
Der Inhalt namentlich gekennzeichneter Artikel spiegelt nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zurhabenahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit Begründung der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitung nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur diese, dem Absender mit Begründung der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Anzeige

Antifa-Themenabend jeden letzten Mittwoch im Monat, Eintritt frei

INPUT

PROGRAMM FEBRUAR BIS APRIL 2018

28. Februar 2018, 20 Uhr

Österreichs extreme Rechte im Zentrum der Macht.

Wie die FPÖ den Aufstieg in die Regierung geschafft hat — und was jetzt passieren wird.

Referent: Michael Bonvalot (freier Journalist und Autor aus Wien)

Kulturzentrum zakk, Fichtenstr. 40, Düsseldorf

28. März 2018, 19.30 Uhr

Die Neonazi-Partei „Die Rechte".

Eine Bestandsaufnahme vor dem Dortmunder „Europa erwache!"-Aufmarsch.

Referent_in: Antirassistisches Bildungsforum Rheinland

Zentrum Hinterhof, Corneliusstr. 108, Düsseldorf

25. April 2018, 20 Uhr

„Kulturkampf" und Gewissen.

Organisierter „Lebensschutz", christlicher Fundamentalismus und Antifeminismus.

Referentin: Eike Sanders (apabiz, Berlin)

Café Freiraum, Hochschule Düsseldorf (HSD), Geb. 3, Erdgeschoss, Münsterstr. 156, (direkt am S-Bf. Derendorf), in Kooperation mit dem Frauen*referat an der HSD.

Veranstalter: Antifaschistischer Arbeitskreis und AG INPUT, in Kooperation mit dem Antirassistischen Bildungsforum Rheinland (ABR) und SJD – Die Falken Düsseldorf